



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**„Politischer und gesellschaftlicher Wandel im Nahen Osten
und die Rolle des Internets als neue Form politischer
Partizipation“**

Verfasserin

>Mag. phil Katharina Meltzow, Bakk. phil, BA<

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, >Jahr<

Wien, Juni 2011

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 066824

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Gottweis

Plagiatserklärung

Ich, Katharina Meltzow, bestätige hiermit, die vorliegende Arbeit eigenständig verfasst zu haben und sie entsprechend der Richtlinien redlichen wissenschaftlichen Arbeitens der Universität Wien (veröffentlicht im Mitteilungsblatt vom 31.1.2006) sorgfältig überprüft zu haben.

Alle übernommenen Formulierungen oder Gedanken aus Werken anderer AutorInnen sind als solche gekennzeichnet.

Diese Arbeit wurde nicht bereits in anderen Lehrveranstaltungen an Universitäten im In- oder Ausland von mir oder anderen zur Erlangung eines Leistungsnachweises vorgelegt.

Wien, Juni 2011

Katharina Meltzow

INHALTSVERZEICHNIS

I. Einleitung	9
1.1 Thema und Erkenntnisinteresse	9
1.2 Forschungsfragen und Hypothesen	10
1.3 Forschungsmethode	11
1.4 Aufbau der Arbeit	12
II. Theoretischer Teil	13
<u>2. Transformationsforschung</u>	13
2.1 Eine Typologie politischer Systeme	13
2.1.1 Das politische System	13
2.1.2 Die vier politischen Ebenen	14
2.1.3 Demokratien und Autokratien	15
2.2 Demokratisierung	16
2.3 Wandel politischer Systeme	18
2.4 Systemtransformationen	19
2.4.1 Die vier Theoriebereiche der Transformationsforschung	20
2.4.2 Indizes zur Messung des Demokratisierungsgrads	22
2.4.3 Die drei Demokratisierungswellen nach Huntington	23
2.5 Voraussetzungen und auslösende Faktoren für Transformationen	25
2.6 Phasen von Systemtransformationen	27
<u>3. Bedeutende historische Transformationen:</u>	
<u>Osteuropa vs. Französische Revolution</u>	29
3.1 Die Relevanz der historischen Entwicklungen	29
3.2 Die Französische Revolution	30
3.3 Die osteuropäischen Staaten nach 1989	32
3.4 Schlussfolgerungen für den Nahen Osten	34

<u>4. Internet und Politische Partizipation</u>	35
4.1 Medientheorien	35
4.2 Das Internet	38
4.3 Politische Partizipation und Teilhabe	40
4.4 Das Internet und seine Einflussmöglichkeiten bei politischen Prozessen	42
III. Der Nahe Osten im Umbruch	45
<u>5. Tunesien</u>	52
5.1 Vom französischen Protektorat zur autoritär regierten Mittelstandsgesellschaft	52
5.2 Die Proteste und der Sturz Ben Alis	55
5.3 Internet in Tunesien: Landesweite Mobilisierung trotz strenger Zensur	57
<u>6. Ägypten</u>	60
6.1 Die Entwicklung Ägyptens bis 2011	60
6.2 Die Proteste und die Abdankung Mubaraks	63
6.3 Internet in Ägypten: Onlineaktivismus seit 2008	65
<u>7. Jemen</u>	68
7.1 Die konflikträchtige Vereinigung des Jemen und die schwierigen Lebensbedingungen der Bevölkerung	68
7.2 Die Proteste und die Ausreise Salehs	70
7.3 Internet im Jemen: Ein Minderheitenmedium	73
<u>8. Iran</u>	75
9.1 Die islamische Republik und die Grüne Revolution	75
9.2 Die Proteste 2011	78
9.3 Die iranische Medienrevolte	80
<u>9. Bahrain</u>	84
9.1 Vom autoritären Staat zur konstitutionellen Monarchie und der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten	84

9.2 Die Proteste: Bahrain als „Nutshell des saudisch- iranischen Konflikts“ und der Einmarsch der saudischen Truppen	86
9.3 Bahrain: One of the most Internet- connected countries in the Middle East	89
<u>10. Libyen</u>	91
10.1 Gaddafis Machtergreifung und die islamisch- sozialistische Volksrepublik	91
10.2 Die Proteste und die militärische Intervention	93
10.3 Internet in Libyen: Ein Medium mit wenig Einfluss	96
<u>11. Syrien</u>	97
11.1 Die Geschichte Syriens und die Voraussetzungen für die Revolution	97
11.2 Die Proteste und die Verbrechen der Sicherheitskräfte	99
11.3 Syrien: „The biggest prison for cyber- dissidents in the Middle East“	102
<u>12. Die Proteste in der arabischen Welt als Gesamtphänomen</u>	103
12.1 Warum jetzt? Nationale Ausgangssituationen	103
12.2 Der Verlauf und die bisherigen Resultate der Proteste	106
<u>13. Die Rolle des Internets für die Protestbewegung</u>	108
 IV. Schluss	 114
<u>14 Beantwortung der Forschungsfragen und Bewertung der Hypothesen</u>	114
 <u>15. Quellenverzeichnis</u>	 120
 <u>16. Anhang</u>	 135
Abstract	135
Lebenslauf	137

I. Einleitung

1.1 Thema und Erkenntnisinteresse

„Während die Demokratie (wie auch immer) in den vergangenen dreißig Jahren so ziemlich jede andere Region der Welt erfasst hat- von Lateinamerika bis nach Mittel- und Osteuropa, vom südöstlichen Asien bis hinein nach Schwarzafrika-, blieben die arabischen Länder davon unberührt.“¹ (2010)

„Und dann kamen die Revolutionen. Vollkommen überraschend für die Despoten, für Journalisten und Geheimdienste, aber selbst für die Initiatoren der Aufstände, haben sich seit der Jahrtausendwende die Völker der arabischen Welt erhoben. Erst fiel Tunesiens Diktatur, dann stürzte Ägyptens ewiger Pharao Husni Mubarak, in Libyen kämpften die Aufständischen, in Syrien und Bahrain trotzen Demonstranten den scharf schießenden Schergen der Regime. Auf einmal gibt es ein Ziel, für das tatsächlich Millionen auf die Straße gehen und etwas erreichen.“² (Mai 2011)

In dieser Masterarbeit sollen die Ereignisse, die seit Ende des letzten Jahres in zahlreichen arabischen Staaten zu beobachten sind, genauer untersucht werden. Die Welle der Proteste, die sich im gesamten arabischsprachigen Raum mit mehr oder weniger hoher Intensität auszubreiten scheint, wird vielerorts bereits als die „Vierte Demokratisierungswelle“ bezeichnet. Die autoritär regierten Staatssysteme und die herrschenden Autokraten sehen sich mit einer Protestbewegung konfrontiert, die die gesamte Region erfasst hat und deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Ziel der Arbeit ist es, das Phänomen des sich aktuell vollziehenden Wandels zu erfassen und diesen im Hinblick auf bestimmte Punkte am Beispiel ausgewählter Staaten zu analysieren. Der Schwerpunkt des Forschungsinteresses soll dabei auf der Bedeutung des Internets für die Protestbewegung liegen. Grundlegend ist dabei eine Auseinandersetzung mit den regionalen Gegebenheiten, den gesellschaftlichen Strukturen, den auslösenden Faktoren und Abläufen der Proteste sowie den Besonderheiten der einzelnen Staaten.

Zudem sollen die Ereignisse in einen größeren Kontext eingeordnet werden:
Die Transformationsforschung untersucht den Wandel politischer Systeme und ist bei der Analyse und Bewertung der Ereignisse von zentraler Bedeutung.

¹ Gardner (2010): S.13

² Di Grazia (2011): S.57

Ein Vergleich mit vergangenen Zeiträumen, in denen es in speziellen Regionen zu gravierenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen kam, wie zum Beispiel nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion oder nach der Französischen Revolution, und die allgemeine Beschäftigung mit Staatsformen und Demokratie dienen dazu, die Ereignisse nicht isoliert zu betrachten.

1.2 Forschungsfragen und Hypothesen

Meine Forschungsfragen und Hypothesen können in die oben genannten zwei Bereiche eingeteilt werden: Zum einen möchte ich mich die Rolle auseinandersetzen, die das Internet für die gesamte Protestbewegung spielt. Zum anderen werde ich das Phänomen der Protestwelle insgesamt untersuchen, indem ich es vor dem Hintergrund der Transformationsforschung bewerte und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ausgangssituationen und Protestverläufen der ausgewählten Staaten aufzeige.

Meine Forschungsfragen zum Internet sind die folgenden:

- Kann in autoritär regierten Staaten das Internet neue Formen der politischen Partizipation ermöglichen?
- Bietet der Austausch politischer Meinungen über das Medium Web 2.0 in autoritär regierte Staaten die Möglichkeit, größere Massen zu mobilisieren?
- Ist das World Wide Web im Stande, die anderen Medien Fernsehen, Radio und Print im politischen Diskurs zu ersetzen?
- Inwieweit unterstützt das Internet die Kommunikation der oppositionellen Bewegung mit anderen Staaten?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem gesellschaftlichen Aufbau sowie der sozialen Struktur einer Gesellschaft und dem Stellenwert des Internets für die Proteste?

Meine Hypothesen lauten folgendermaßen:

- Das Internet kann nicht Hauptauslöser von Protesten sein: Nur in Kombination mit anderen Faktoren kann es zu einer Mobilisierung der Bevölkerung führen.
- Das Internet hat eine unterstützende Funktion innerhalb der aktuellen Protestbewegung.
- Wenn die öffentlichen Massenmedien durch staatliche Institutionen kontrolliert und zensiert werden, dann eröffnet das Internet den Betroffenen einen alternativen Kommunikationsraum für den politischen Diskurs.

→ Wenn die Einwohner eines autoritären Staates die Ereignisse im Internet veröffentlichen, dann werden die Informationen weltweit zugänglich und damit wächst der Druck auf die Regierenden.

Meine Forschungsfragen zum Gesamtphänomen sind:

→ Wie stellen sich die jeweiligen nationalen Ausgangssituationen dar und inwieweit ist ein Zusammenhang zum Verlauf der Proteste erkennbar?

→ Handelt es sich um eine homogene Protestbewegung mit einheitlicher Zielsetzung oder um national abgegrenzte und agierende Bewegungen?

→ Hat in den Staaten bereits ein Transformationsprozess hin zu einem demokratischen System eingesetzt?

Meine Hypothesen dazu lauten:

→ Bestimmte Gegebenheiten begünstigen die Erfolgsaussichten der Proteste, andere verschlechtern sie.

→ Die Stärke der autokratisch Herrschenden und die Stabilität des Regimes hängen vor allem vom Verhalten und der Loyalität des Militärs und des Sicherheitsapparats ab.

→ In Tunesien und Ägypten kann bereits von einer beginnenden Transformation gesprochen werden, deren Ergebnis allerdings noch nicht abzusehen ist.

1.3 Forschungsmethode

Als Methode werde ich die Literatur- und Internetrecherche verwenden, also das Studium und die Analyse von wissenschaftlicher Sekundärliteratur, Internetquellen, Reportagen, Artikeln und Interviews.

Für die Darstellung und Interpretation der aktuellen Ereignisse seit Dezember 2010 werde ich fast ausschließlich Internetquellen verwenden. Auf Grund der zeitlichen Nähe ist die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen zum Thema sehr überschaubar.

1.4 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Masterarbeit gliedert sich in drei Teile:

Im ersten theoretischen Teil werde ich verschiedene Arten von politischen Systemen, autokratische und demokratische, beschreiben (2.1). Ich werde ausführen, welche Faktoren die Implementierung einer Demokratie begünstigen (2.2) und auf welchem Wege Systeme verändert werden können (2.3).

Zudem werde ich Grundlagen der Transformationsforschung darlegen (2.4): Hierbei geht es um die Theorien, auf denen die Transformationsforschung basiert, um die Faktoren (2.5), die eine Transformation begünstigen und die Phasen (2.6), in denen sie abläuft.

Darauf folgt die Schilderung zweier bekannter Transformationsprozesse (3), die sehr konträr verliefen bzw. deren Erfolg sehr unterschiedlich bewertet wurde. Dabei handelt es sich zum einen um die Französische Revolution von 1789, zum anderen um den Systemwechsel in den osteuropäischen Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Thema des letzten Kapitels des theoretischen Teils ist das Medium Internet: Nach der Erläuterung relevanter kommunikationswissenschaftlicher Theorien (4.1) werden die Eigenschaften und das Potential des Internets skizziert (4.2). Abschließend wird der Begriff der politischen Partizipation erklärt (4.3) und im Hinblick auf die Möglichkeiten, die das Internet bietet, diskutiert (4.4).

Der dritte Teil der Arbeit widmet sich dem Umbruch bzw. den Umbrüchen im Nahen Osten: Die sieben ausgewählten Staaten Tunesien, Ägypten, der Jemen, der Iran, Bahrain, Libyen und Syrien sind Thema der Kapitel 5 bis 11.

In den jeweiligen Kapiteln werden die historische Entwicklung der Staaten bis zum Juni 2011 und die nationalen Besonderheiten und Voraussetzungen erläutert, sowie die herrschenden Eliten und die Staatsform beschreiben. Zudem werden die Faktoren, die zum Ausbruch der Proteste führten, dargestellt und die Träger der Revolution, deren Motivation und Zielsetzungen und die Reaktion der Herrschenden auf die Proteste thematisiert.

Schließlich wird das Phänomen der Proteste als Ganzes betrachtet (12) und die Rolle, die das Internet für die Protestbewegung spielt/e, untersucht (13).

Im Schlussteil (14) erfolgen eine Beantwortung der Forschungsfragen und eine Bewertung der Hypothesen.

II. Theoretischer Teil

Der theoretische Teil meiner Arbeit soll einen Überblick über die zwei Bereiche geben, die für mein Thema und zur Beantwortung meiner Forschungsfragen relevant sind.

Zum einen ist hier der Bereich der Transformationsforschung gemeint, zum anderen die Bedeutung des Internets für die politische Partizipation.

2. Transformationsforschung

2.1 Eine Typologie politischer Systeme

In diesem einleitenden Kapitel möchte ich die zentralen Begriffe und Konzepte definieren, die für die Transformationsforschung und die Analyse von politischen Entwicklungen von Bedeutung sind. Bei der Beschäftigung mit gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Staatssystemen stellt sich die Frage nach einer systematischen Kategorisierung dieser Systeme und nach einer Abgrenzung selbiger voneinander. Vor dem Hintergrund einer solchen Einteilung können im weiteren Verlauf die Veränderungen im Nahen Osten eingeordnet und die politischen Auswirkungen der Protestbewegung bewertet werden.

2.1.1 Das politische System

Der Begründer der Systemtheorie, Niklas Luhmann, definiert ein System als „ein soziales System aus faktischen Handlungen, die sinngemäß zusammenhängen.“³

Jedes System hat in seinem sozialen Umfeld und Kontext bestimmte Funktionen, besteht aus den Handlungen seiner Akteure und unterliegt, durch die notwendige Anpassung an die sich wandelnde Umgebung, ständigen Veränderungsprozessen.⁴

Eine Gesellschaft setzt sich aus zahlreichen einzelnen Teilsystemen zusammen, die innerhalb selbiger jeweils eine bestimmte Funktion erfüllen, wie zum Beispiel Recht, Religion, Wirtschaft und Politik.⁵ Aufgabe des politischen Systems ist es, „durch die gesellschaftlich verbindliche Allokation von Werten und Gütern das Überleben der Gesellschaft zu sichern.“⁶

Das politische System nimmt also innerhalb des Gesamtsystems einen hohen Stellenwert ein und übt auch einen bedeutenden Einfluss auf die anderen funktionalen Teilsysteme aus.

Die Stärke dieses Einflusses ist maßgeblich abhängig vom Typ des politischen Systems sowie von dessen Prinzipien und Werten.

³ Luhmann (1970): S.42

⁴ Vgl. Burkhart (2002): S.380f

⁵ Vgl. Birnbaumer (1994): S.25

⁶ Merkel (2010): S.21

2.1.2 Die vier politischen Ebenen

Ein Staat kann als ein „politisches Gebilde“⁷ verstanden werden. Laut dem Soziologen Max Weber hat er das alleinige Monopol zur legalen Gewaltausübung inne.⁸ Man kann den Staat an Hand verschiedenster Kriterien, wie über sein Institutionen, Akteure oder Handlungen definieren. In der Politikwissenschaft gibt es dazu verschiedenste Ansätze, wie den Institutionalismus, den Realismus oder den Pluralismus.⁹

Prinzipiell verwende ich das Wort Staat in meiner Arbeit als Bezeichnung für die geografisch bestimmten arabischen Länder, die ich im Hinblick auf verschiedene politische, gesellschaftliche und soziale Aspekte untersuchen werde. Hierzu zählen neben den individuellen Akteuren wie Bürgern und Politikern auch die kollektiven Akteure wie Parteien und Institutionen.¹⁰

Allerdings verweist Merkel in seinem Werk zur Transformationsforschung darauf, dass es bei der Untersuchung von Transformationsprozessen von großer Bedeutung ist, zwischen vier Einheiten zu unterscheiden und genau zu bestimmen, welche dieser vier einem Wandel unterliegt:

- A) Regierung: Ein Regierungswechsel als Konsequenz einer Wahl ist in funktionierenden Demokratien in der Regel unproblematische Normalität. Auch in autokratischen Systemen ist er möglich, bringt in der Regel aber keine gravierenden Veränderungen der Herrschaftsstrukturen mit sich.¹¹
- B) Regime: Hiermit ist neben der politischen Organisation auch die Beziehung zwischen den Herrschenden sowie zwischen Herrschenden und der Bevölkerung.¹² Sie sind relativ beständig und „ein Wechsel ist erst vollzogen, wenn sich Herrschaftszugang, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise grundlegend geändert haben.“¹³
- C) Staat: Der Begriff beschreibt die relativ beständigen politischen Organisationsformen, die oft auch eine Transformation überdauern. Meist ändert sich eher das Regime, das heißt die Auffassung über Normen, Werte und den Umfang des staatlichen Gewaltmonopols, während die Strukturen verhältnismäßig beständig sind.¹⁴

⁷ Stykow (2007): S.26

⁸Vgl. Merkel (2010): S.21

⁹ Vgl. Benz (2001): S.63ff

¹⁰ Vgl. Benz (2001): S.141ff

¹¹ Vgl. Merkel (2010): S.63

¹² Vgl. Merkel (2010): S.64

¹³ Vgl. Merkel (2010): S.63f

¹⁴ Vgl. Merkel (2010): S.64

D) System: Das System vereint alle drei oben genannten Begriffe in sich und umfasst auch die anderen oben genannten gesellschaftlichen Teilsysteme und deren Veränderungen.¹⁵

2.1.3 Demokratien und Autokratien

Die gängigste Unterscheidung politischer Systeme ist die dichotome Einteilung in Polyarchien bzw./ oder Demokratien und Autokratien. Allerdings geht man davon aus, dass zwischen diesen beiden Bereichen eine große „Grauzone“ liegt, in der sich Systeme befinden, die Elemente beider Bereiche auf durchaus stabile Art und Weise in sich vereinen.¹⁶

Prinzipiell sind Kategorisierungen oder Typisierungen politischer Systeme nur Ordnungsmöglichkeiten, die „wichtige gemeinsame Merkmale einer Mehrzahl von Einzelphänomenen hervorheben und damit sichtbar machen, was diese Klasse von Phänomenen von einer anderen unterscheidet.“¹⁷ Die Beschreibung der Systeme geht immer von einem Idealtyp des Systems aus, der in der reinen Form in der Regel nicht existiert. Die folgende Tabelle zeigt die Unterscheidung politischer Systeme nach Merkel in zwei Bereiche mit jeweils zwei Subtypen. Seine Einteilung trifft er auf Basis der sechs genannten, die Herrschaft betreffenden Kriterien:

Autokratie (Merkel (2010): S.24

	Totalitäres Regime	Autoritäres Regime
Herrschaftslegitimation	Weltanschauung	Mentalitäten
Herrschaftszugang	geschlossen	restriktiv
Herrschaftsanspruch	unbegrenzt	umfangreich
Herrschaftsmonopol	Führer/ Partei (ohne Legitimation durch Wahlen Verfassung)	Führer/ Oligarchie (nicht oder nur z.T. durch Wahlen legitimiert)
Herrschaftsstruktur	monoistisch	semitpluralistisch
Herrschaftsweise	willkürlich, systematisch repressiv, terroristisch	begrenzt repressiv

¹⁵ Vgl. Merkel (2010): S.64f

¹⁶ Vgl. Stykow (2007): S.58

¹⁷ Beyme (1987): S.7

	Defekte Demokratie	Rechtsstaatliche Demokratie
Herrschaftslegitimation	Volkssouveränität	Volkssouveränität
Herrschaftszugang	offen (universelles Wahlrecht)	offen (universelles Wahlrecht)
Herrschaftsanspruch	begrenzt; rechtsstaatlich definierte aber verletzte Grenzen	begrenzt; rechtsstaatlich definierte und garantierte Grenzen
Herrschaftsmonopol	durch Wahlen und demokratische Verfassung legitimierte Autoritäten, aber unter Umständen eingeschränkt	durch Wahlen und demokratische Verfassung legitimierte Autoritäten
Herrschaftsstruktur	pluralistisch	pluralistisch
Herrschaftsweise	beschädigte Rechtsstaatlichkeit	rechtsstaatlich

Diese Tabelle soll einen Überblick über die hauptsächlichen Merkmale und Charakteristika von Staatssystemen führen, um diese später auf die untersuchten arabischen Staaten übertragen zu können.

2.2 Demokratisierung

Zentral für meinen Themenbereich ist zudem die Klärung der Frage, wie stabil autokratische Regime sind und welche Voraussetzungen die Entstehung einer demokratischen Staatsordnung begünstigen würden.

„Fragen der politischen Entwicklungsforschung, die im Sog der „Dritten Welle“ der Demokratisierung (Huntington 1991) in den vergangenen 15-20 Jahren (wieder) eine herausragende Bedeutung erlangt haben: Unter welchen Bedingungen ist Demokratie möglich? Welche Faktoren sind für das Vorhandensein oder Fehlen politischer Stabilität verantwortlich?“¹⁸

Fakt ist, dass in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Staaten sich hin zu demokratischen Systemen entwickelt haben und erstmals die weltweit die Mehrheit aller Staaten demokratisch regiert wird.¹⁹

¹⁸ Thibaut (1996): S.15

¹⁹ Vgl. Kropp (2007): S.8

Die Frage danach, welche Ursachen das Entstehen von Demokratien verursachen, ist pauschal kaum zu beantworten. Es gibt aber Faktoren, die theoretisch laut Beyme eine Demokratieentwicklung begünstigen:

Hier ist zum einen der ökonomische Wohlstand einer Gesellschaft zu nennen. Je wohlhabender die Menschen und je geringer die Diskrepanz zwischen Arm und Reich, desto weniger wird es auf Grund dessen zu Konflikten kommen, die demokratisch nicht lösbar wären. Zudem ist eine grundlegende Bildung der Bevölkerung von Nöten, um die für das Funktionieren eines demokratischen Systems nötige Partizipation der Bürger zu ermöglichen.²⁰

Zwei weitere Konzepte, mit denen Demokratieentwicklung erklärt werden soll ist zum einen die politische Kultur eines Volkes, zum anderen die unbedingte Koexistenz von Demokratie und Marktwirtschaft.²¹

Inwieweit die Entwicklungen im arabischen Raum anhand dieser Hypothesen erklärbar sind, wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch zu diskutieren sein.

Für einen Systemwechsel von einem autokratischen hin zu einem demokratischen Staat ist zudem relevant, wie stabil das bestehende System ist.

Merkel attestiert autokratischen Systemen in seinen Ausführungen eine eingeschränkte Stabilität, da es ihnen an Legitimation mangelt: Den Bürgern wird eine Vielzahl von Pflichten auferlegt, im Gegensatz dazu haben sie aber kaum Freiraum oder Möglichkeit zur Partizipation. Außerdem können sie auf Missstimmung oder oppositionelle Meinungen in der Bevölkerung nicht adäquat reagieren, da durch die Repression der Bürger deren Meinungen unterdrückt werden.

Der Politikwissenschaftler Siegmund Schmidt geht im Gegensatz zu Merkel davon aus, dass autokratische Systeme zumindest unter bestimmten Voraussetzungen relativ stabil sein können. Das ist der Fall, wenn...

- ...der Staat die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt und zumindest in eingeschränktem Maße eine Partizipation der Bevölkerung ermöglichen
- ...das System der politischen Kultur der Bevölkerung nicht völlig widerspricht und von ihr als prinzipiell legitim anerkannt wird
- ...wenn keine gravierenden inneren Probleme (Frage der Nachfolge, Ökonomische Probleme) oder äußeren Einflüsse (Krieg etc.) auftreten²²

²⁰ Vgl. Beyme (1987): S.24

²¹ Vgl. Beyme (1987): S.24ff

2.3 Wandel politischer System

Politische Systeme sind in der Regel durch Interaktion mit ihrer Umwelt immer mehr oder weniger starken Veränderungen unterworfen. Sehr umfangreiche Veränderungen einer Gesellschaft können als Wandel bezeichnet werden und kommen auf unterschiedlichen Wegen zustande:

Zimmermann unterscheidet hierbei zwischen Revolution und evolutionärem Wandel:

„Als Revolution ist der erfolgreiche Umsturz der bisher herrschenden Elite durch eine neue Elite zu verstehen, die nach ihrer- meist mit größerem Gewaltgebrauch und der Mobilisierung der Massen verbundenen- Machtübernahme die Sozialstruktur und damit auch die Herrschaftsstruktur fundamental verändert.“²³

Demgegenüber steht der evolutionäre Wandel, der über einen längeren Zeitraum unauffälliger erfolgt und auch von staatlicher Seite initiiert worden sein kann.²⁴

Merkels unterscheidet ergebnisorientiert zwischen

- Regimewandel: ähnlich dem evolutionären Wandel nach Zimmermann. Es herrscht Unklarheit darüber, zu welcher Form von System dieser Wandel führen wird, und
- Regime- bzw. Systemwechsel: Abgeschlossenen Wechseln von einem politischen System zu anderen.²⁵

Die aktuellen Vorgänge in den arabischen Staaten scheinen zu Zimmermanns ersterer Kategorie zu zählen, wobei unten noch diskutiert werden wird, welche Veränderungen die dortigen politischen Systeme bereits vor Dezember 2010 durchliefen. Bis jetzt kann auf Grund des eingeschränkten Betrachtungszeitraums wohl kaum schon eine Aussage darüber getroffen werden, ob es sich um einen erfolgreichen Wechsel handelt, im Rahmen das System grundlegend verändert wird. Ein Wandel ist in jedem der Staaten zu beobachten.

In diesem Kontext ist es wichtig, Carother's Aufsatz zum „transition paradigm“ zu nennen, in dem er darauf verweist, dass ein Systemwandel nicht zwangsläufig zu einer demokratischen Ordnung führen muss. Er betont den Einfluss der regionalen und sozialen Gegebenheiten und der bestehenden Institutionen des Landes und bestreitet, dass der Demokratisierungsprozess in allen Ländern nach demselben Schema linear verläuft.²⁶

²² Vgl. Glemza (2006): S.10f

²³ Zimmermann (1987): S.269

²⁴ Vgl. Zimmermann (1987): S.248

²⁵ Vgl. Merkel (2010): S.65f

²⁶ Vgl. Carothers (2002): S.6ff

2.4 Systemtransformationen

Der Begriff der Systemtransformation umfasst die oben genannten verschiedenen Arten, auf die sich ein System verändern kann.²⁷ Merkel fasst darunter „den grundlegenden Wechsel von politischen Regimen, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen.“²⁸

Die Transformationsforschung beschäftigt sich also mit den Veränderungen ganzer Gesellschaften und ihrer verschiedenen funktionalen Teilsysteme. Nicht nur die Veränderung der Regierungsform oder der Wechsel der regierenden Personen steht im Fokus der Aufmerksamkeit, sondern genauso die mit den Veränderungen in einem der Teilsysteme einhergehenden Entwicklungen in den anderen Bereichen der Gesellschaft.

Sie entwickelt Forschungsinstrumente, um diese Veränderungen theoretisch untersuchen zu können.²⁹

In den 50er und 60er Jahren entstanden „Demokratisierungsstudien“, die allerdings hauptsächlich einen strukturalistischen oder funktionalistischen Standpunkt vertraten.

Seit den 70ern dominierten in der Transformationsforschung dann Ansätze, die die Rolle der Akteure besonders hoch bewerteten.³⁰ Hauptsächlich konzentrierte sich die Forschung auf den Transition vom autokratischen zum demokratischen System.³¹

Transition bedeutet dabei eine „Sequenz, in welcher sich die Demokratie vom Zusammenbruch autoritärer Regime bis über den Aufbau demokratischer Institutionen bis hin zu ihrer Konsolidierung entfaltet.“³²

Erst später begann man die Entwicklungen skeptischer zu betrachten und sich genauer damit auseinanderzusetzen, wie die neu entstandenen demokratischen Systeme zu bewerten waren³³ und welche Umstände vorliegen mussten, damit eine Demokratie nach einem solchen Wandel auch Bestand haben kann.³⁴

Die theoretische Orientierung und Positionierung der Transformationsforschung schwankte immer zwischen makroanalytischer und mikroanalytischer Perspektive.³⁵

²⁷ Vgl. Merkel (2010): S.65

²⁸ Merkel (2010): S.15

²⁹ Vgl. Lauth (2009): S.127

³⁰ Vgl. Lauth (2009): S.126

³¹ Vgl. Thibaut (1996): S.22

³² Hensell (2009): S.24

³³ Vgl. Lauth (2009): S.126

³⁴ Vgl. Thibaut (1996): S.22

³⁵ Vgl. Lauth (2009): S.127

2.4.1 Die vier Theoriebereiche der Transformationsforschung

Merkel bezeichnet die folgenden vier Theorien als die Hauptstränge der Transformationsforschung:

1. Systemtheorien:

- A) Parsons Systemtheorie liegt die Annahme zugrunde, dass die Entwicklung von der traditionellen zur modernen Gesellschaft in allen Systemen universell und einheitlich über die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Kultur abläuft. Parsons bestimmt mehrere Universalien, die sich zur Erreichung höherer Entwicklungsstufen unbedingt bilden müssen. Zu diesen zählen unter anderem Bürokratie und Rechtssystem, aber vor allem eine effektive politische Organisation in Form einer Demokratie. Autokratische Regierungsformen würden durch ihre Einflussnahme die für die Weiterentwicklung notwendige Ausdifferenzierung der Teilsysteme zu sehr behindern und die gesellschaftliche Weiterentwicklung dadurch verhindern.³⁶
- B) Luhmanns autopoietische Systemtheorie: Auch Luhmann sieht die Ausdifferenzierung als einzige Möglichkeit zur Weiterentwicklung hin zu einer stabilen Gesellschaft. Allerdings rückt er weniger den politischen Bereich in den Vordergrund, sondern betont mehr die völlige Abhängigkeit der vier Teilsysteme voneinander.
- C) Modernisierungstheorie: Als „die wichtigste Erfolgsbedingung gelungener Demokratisierung“ wird in dieser Theorie „die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Not und Armut“³⁷ angenommen.

2. Strukturtheorien:

- A) Der neomarxistische Strukturalismus: Erfolgreiche Demokratisierung kann auf verschiedenem Wege erreicht werden, ausschlaggebend ist dabei die Veränderung der „sozio- und machstrukturellen Zwänge.“³⁸
- B) Das Theorem der Machtdispersion: Je stärker die Macht auf verschiedene Gruppen verteilt ist, desto besser sind die Chancen auf Demokratisierung.³⁹

3. Kulturtheorien:

³⁶ Vgl. Merkel (2010): S.68f

³⁷ Merkel (2010): S.70

³⁸ Merkel (2010): S.76f

³⁹ Vgl. Merkel (2010): S.77ff

A) Religiös- kulturelle Zivilisationstypen: „Es gibt einige religiöse Kulturen, die der Demokratie positiv, und andere, die ihr ausgesprochen skeptisch, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehen.“⁴⁰

B) Soziales Kapital: Wichtig für Demokratisierung ist auch eine demokratiefreundliche Zivilkultur mit entsprechenden Werten und Traditionen.⁴¹

4. Akteurstheorien:

Die Akteure, deren Handeln und die strukturellen Gegebenheiten ihrer Handlungsräume stehen im Zentrum der Betrachtung.⁴²

All diese Theorien legen den Schwerpunkt ihres Interesses auf unterschiedliche Bereiche und erklären auf unterschiedliche Arten den Erfolg oder Misserfolg eines Demokratisierungsprozesses. Auf Grund der Komplexität des Forschungsgegenstandes und der Vielschichtigkeit des Phänomens hat sich herausgestellt, dass eine Kombination verschiedener Theorien bzw. Ansätze empfehlenswert ist und den größten Erkenntnisgewinn liefert.⁴³ Dadurch rücken mehrere Ebenen in den Blick und die Entwicklung wird nicht monokausal, sondern als Kombination verschiedener Faktoren zu erfassen versucht. Allerdings wird dabei „zugleich [...] deutlich, dass auf Grund der Komplexität des Forschungsgegenstandes innerhalb eines sich wandelnden Kontexts keine allgemeine Theorie des Systemwechsels möglich ist, wohl aber die Formulierung von förderlichen und hinderlichen Bedingungen.“⁴⁴

Der häufigste Kritikpunkt an der Transformationsforschung ist, dass sie zu sehr auf Demokratie als dem normativen Ziel jedes Systemwandels fokussiert sei.⁴⁵

⁴⁰ Merkel (2010): S.80

⁴¹ Vgl. Merkel (2010): S.83

⁴² Vgl. Merkel (2010): S.84ff

⁴³ Vgl. Lauth (2009): S.127

⁴⁴ Lauth (2009): S.127

⁴⁵ Vgl. Hensell (2009): S.23f

2.4.2 Indizes zur Messung des Demokratisierungsgrads

Es gibt zwei bekannte Indizes zur Messung des Demokratisierungsgrads eines Landes, die ich an dieser Stelle kurz vorstellen möchte.

Ihr Ziel ist es, an Hand festgelegte Merkmale den Entwicklungsstand eines Landes numerisch zu erfassen und ihn damit international vergleichbar zu machen.

Der „Bertelsmann Transformation Index“ (BTI) beurteilt an Hand politischer und wirtschaftlicher Kriterien, wie weit der Transformationsprozess hin zu einer Demokratie in einzelnen Ländern fortgeschritten ist. Es gibt eine festgelegte Skala von 1-10, wobei 10 für eine gut funktionierende Demokratie mit freier Marktwirtschaft steht.

128 Transformations- und Entwicklungsstaaten (Staaten, die der Definition der Forschenden noch nicht als konsolidierte Demokratien zu bezeichnen sind) werden regelmäßig in einem Ranking verglichen, mit dem Ziel, aktuellen Entwicklungsstand und die Wirkung von Reformen zu erkennen. Die drei Kategorien Wirtschaft, Marktwirtschaft und Management werden in 17 Kriterien eingeteilt, zu denen 52 Fragen beantwortet werden müssen.

Mit Hilfe der daraus gewonnenen Informationen werden der Status Index (Stand der Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft) und der Management Index (Politische Steuerungsleistung der politischen Entscheidungsträger) für die untersuchten Staaten festgelegt.⁴⁶ Ich werde mich in meinen weiteren Ausführungen auf den Status Index beziehen.

Der „Freedom House Index“, jährlich erstellt von der US-amerikanischen Einrichtung „Freedom House“, berücksichtigt bei seiner Beurteilung nur politische Kriterien und ordnet den untersuchten Staaten eine Ziffer von 1 bis 7 zu, wobei 1 eine funktionierende Demokratie bedeutet. Freedom House untersucht neben dem Grad an Demokratie und Freiheit von Staaten auch die Presse- und Internetfreiheit und erstellt auf Basis dieser Ergebnisse Weltkarten, die die Resultate grafisch wiedergeben sollen.⁴⁷

Es stellt sich zwar immer die Frage, inwieweit solche numerischen standardisierten Einteilungen der Komplexität des Sachverhalts gerecht werden können. Trotzdem können sie zumindest in gewissem Maße die Situation in verschiedenen Staaten miteinander vergleichbar machen und wichtige Hinweise auf die Ausgangslage geben, die vor Beginn der Protestbewegung in den untersuchten arabischen Staaten gegeben war.

⁴⁶ Vgl. <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/>

⁴⁷ Vgl. <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=1>

2.4.3 Die drei Demokratisierungswellen nach Huntington

Bei der Beschreibung und Beurteilung von historischen Transformationsprozessen wird in der Fachliteratur immer wieder auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington und sein Konzept der drei Demokratisierungswellen verwiesen.

Unter einer Demokratisierungswelle versteht Huntington

„a group of transitions from nondemocratic to democratic regimes that occur within a specified period of time and that significantly outnumber transitions in the opposite direction during that period of time. A wave also usually involves liberalization or partial democratization in political systems that do not become fully democratic.“⁴⁸

Huntington geht also davon aus, dass jede Phase, in der es zur Transformation zahlreicher Staaten hin zu einer Demokratie kommt, auch immer begleitet ist von gegenläufigen Entwicklungen hin zu autokratischen Systemen und dass es in jeder Welle Staaten gibt, die zu mehr oder weniger defekten Demokratien werden.

Er vertritt die Auffassung, dass bisher drei bedeutende Demokratisierungswellen stattgefunden haben, die er wie folgt datiert:

Wave	Time	Countries (selected countries)
First, long wave of democratization	1828-1926	USA, Switzerland, France, Great Britain and its overseas dominions, Italy, Spain, Chile, Argentina, several European countries → All in all over 30 countries
First reverse wave	1922-1942	Italy, Baltic states, Yugoslavia, Bulgaria, Portugal, Greece, Germany, Austria, Brazil, Argentina, Spain
Second, short wave of democratization	1943-1962	West Germany, Italy, Austria, Japan, Korea, Turkey, Greece
Second reverse wave	1958-1975	Many Latin American and Asian countries,
Third wave of democratization	1974-	Countries in Europe, Latin America, Asia and the communist countries

49

50

⁴⁸ Huntington (1991): S.15

⁴⁹ Huntington (1991): S.16

⁵⁰ Vgl. Huntington (1991): S.16ff

Die erste lange Welle, innerhalb derer der Übergang vieler Staaten von einem autokratischen zu einem demokratischen Staatssystem festzustellen ist, begann im 19. Jahrhundert und war stark beeinflusst von den Idealen der französischen und amerikanischen Revolution.

Sie dauerte bis kurz nach dem ersten Weltkrieg, als etwa 30 Staaten als demokratische Systeme definiert werden konnten. Die autoritäre Gegenwelle erfasste insbesondere die Staaten, die ihre demokratischen Elemente erst gegen Ende der ersten Demokratisierungswelle ausgebildet hatten.

Die zweite Demokratisierungswelle begann nach dem 2. Weltkrieg, in Europa mit Unterstützung der Alliierten. Demokratisierte lateinamerikanischer Staaten entwickelten sich innerhalb der zweiten Gegenwelle größtenteils rückläufig.

Die dritte Demokratisierungswelle ging von Portugal aus, setzte sich in Europa und Lateinamerika (1980er) fort und erreichte auch Asien. Der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Osteuropa ist als der Abschluss der dritten Welle zu bezeichnen.⁵¹

Einige Autoren ordnen die Transformation der osteuropäischen Staaten ab Beginn der 1990er einer vierten Demokratisierungsphase zu.⁵²

Als auffallend bezeichnen sowohl Huntington als auch Merkel das Phänomen, dass große Regionen von den Demokratisierungswellen unberührt geblieben zu sein scheinen.

Merkel bezeichnet es als die „Resistenz ganzer Regionen, wie den arabisch- islamischen Ländern, gegenüber weltweiten Demokratisierungstendenzen“⁵³, Huntington attestiert einen sehr begrenzten Einfluss der Demokratisierungsbewegung auf den Mittleren Osten und Afrika.⁵⁴

In aktuellen Medienberichten zu den Ereignissen in der arabischen Welt wird immer wieder von einer vierten Demokratisierungswelle gesprochen, die von Tunesien ausgehend nun zahlreiche andere arabische Staaten erfasst zu haben scheint.

⁵¹ Vgl. Merkel (2010): S.17f und Huntington (1991): S.15ff

⁵² Schmidt (2010): S.434

⁵³ Merkel (2010): S.17

⁵⁴ Vgl. Huntington (1991): S.24

2.5 Voraussetzungen und auslösende Faktoren für Transformationen

Die Vielzahl theoretischer Zugänge innerhalb der Transformationsforschung zeigt die Komplexität des Forschungsbereichs. Klare Aussagen darüber zu treffen, wie Transformationsprozesse ablaufen oder was genau sie auslöst, ist auf pauschaler Ebene kaum möglich. Ich werde in diesem Kapitel einige Erklärungsversuche skizzieren, die ich später an Hand der konkreten Beispiele der arabischen Staaten überprüfe.

Der Historiker Schmitt hat als Antwort auf die Frage nach Ursachen oder Gründen einer Transformation besonders das Handeln der Akteure in den Vordergrund gestellt.

Diese Akteure entscheiden sich auf Grund von fünf Faktoren zu einer Revolution gegen das bestehende politische System:

- Herausforderung: Eine ständige Provokation von Seiten der Machthaber führen zu einer steigenden Unzufriedenheit auf Seiten der Bevölkerung.
- Solidarisierung: Die Unzufriedenen müssen sich ihres gemeinsamen Standpunkts und ihrer gleichen Interessen bewusst sein.
- Reformprogramm: Eine Perspektive, wie der Staat zukünftig gestaltet werden soll ist nötig, um die Hoffnung auf Erfolg des Systemwandels zu bestärken.
- Führungspersönlichkeiten
- (Zeitweise) Schwäche der Herrschenden.⁵⁵

Waldrauch beschreibt zwei Ursachenkomplexe für einen Regimewechsel:

- Einerseits ist es möglich, dass das herrschende Regime und dessen Unterstützer selbst den Regimewechsel herbeiführen und Reformen einleiten, die eine Demokratisierung begünstigen. Andererseits können ein steigender gesellschaftlicher Wohlstand und eine höhere Lebensqualität dazu führen, dass sich die Bürger mehr für bürgerliche Ideale interessieren und deren Implementierung unterstützen.⁵⁶
- Unzufriedenheit in der Bevölkerung, interne staatliche Krisen, wirtschaftliche Probleme und Druck von außen sind Faktoren, die unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls einen Regimewechsel herbeiführen können.⁵⁷

Andere Erklärungen bieten die insbesondere zwei der theoretischen Stränge der Transformationstheorien:

⁵⁵ Schmitt (1969): S.138ff

⁵⁶ Vgl. Waldrauch (1996): S.42

⁵⁷ Vgl. Waldrauch (1996): S.43f

- Die Modernisierungstheorie: Die Theorie geht, wie oben bereits erläutert, von einem empirisch belegbaren Zusammenhang zwischen dem Wohlstand einer Gesellschaft und ihrem Demokratisierungsgrad aus.

Dieser Wohlstand wird zwar nicht als hinreichende Bedingung für die erfolgreiche Konsolidierung einer Demokratie angesehen, wohl aber als deren „erfolgversprechende Grundlage“.⁵⁸ Er wird „als kausal, aber nicht monokausal“⁵⁹ bewertet.

Der hohe Stellenwert der ökonomischen Situation einer Gesellschaft für deren Transformationsfähigkeit wird mit deren Auswirkungen auf Gesellschaftsstruktur und Bildungsniveau begründet.

Umso höher der Wohlstand, desto höher ist der Urbanisierungsgrad, das gesamtgesellschaftliche Bildungsniveau und die technische Infrastruktur, desto geringer sind die innergesellschaftlichen Unterschiede und das Konfliktpotential.

Das als notwendige Bedingung für eine Demokratisierung angesehene höhere Bildungsniveau führt zur Herausbildung gemäßiger politischer Kultur und Werte.⁶⁰

Die folgende Theorie ist insbesondere für mein Thema interessant, da sie sich explizit mit arabischen Staaten und deren Transformationsmöglichkeiten auseinandersetzt. Allerdings bietet sie, im Gegensatz zu den oben erläuterten Ansätzen, keine Erklärung dafür, wodurch eine Systemtransformation ausgelöst wird. Die Theorie argumentiert stattdessen, warum in einigen Staaten eben keine solche Transformation stattfindet:

- Die Theorie der religiös- kulturellen Zivilisationstypen: „Die übergreifende These lautet: Eine fundamentalistisch-religiöse Kultur behindert die Verbreitung demokratie- stützender Normen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft.“⁶¹ Im Ranking der von den Theoretikern identifizierten acht weltweit unterschiedlichen Kulturen rangiert die islamische Kultur an letzter Stelle und gilt somit als am schlechtesten, wenn nicht gar als unvereinbar, mit einem demokratischen Regierungssystem.⁶²

⁵⁸ Merkel (2010): S.72

⁵⁹ Merkel (2010): S.73

⁶⁰ Vgl. Merkel (2010): S.71ff

⁶¹ Merkel (2010): S.80

⁶² Vgl. Merkel (2010): S.80

Die religiös- kulturellen Faktoren wirken dann als „Hindernisse gegenüber der Demokratisierung einer Gesellschaft [...], wenn sie den Vorrang vermeintlichen göttlichen Rechts über demokratisch konstituierte rechtsstaatliche Ordnungen reklamieren, was vor allem auf den Islamismus zutrifft.“⁶³

Beispiel für einen Konflikt zwischen Religion und demokratische Prinzipien, ist die in den arabischen Ländern institutionalisierte und praktizierte Diskriminierung der Frauen, die dem demokratischen Gleichheitsgrundsatz widerspricht.

Weiteres Beispiel ist der iranische Wächterrat (s. Kapitel 9), bestehend aus Geistlichen und Juristen, dem Exekutive, Legislative und Auslegung der Verfassung unterstehen.

2.6 Phasen von Systemtransformationen

Der Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen politischen System erfolgt immer in drei Phasen, wobei diese Phasen nicht klar voneinander abgrenzbar sein müssen und es durchaus zu zeitlichen Überschneidungen kommen kann. Außerdem ist jederzeit ein Scheitern der Transformation möglich, was sowohl eine Rückkehr zum alten System als auch die Transformation zu einer anderen, nicht- demokratischen Staatsform, oder einer defekten Demokratie bedeuten kann.

Am Anfang eines Regimewechsels muss „der Niedergang der alten Ordnung“⁶⁴ stehen. In diesem Zeitraum kommt es aus verschiedenen Gründen dazu, dass das alte System seine Legitimation und seine Macht verliert. Der Soziologe Kollmann geht davon aus, dass diese Phase zwischen wenigen Jahren und einigen Jahrzehnten andauern kann und in ihr die Weichen für den weiteren Verlauf der Transformation gestellt werden.⁶⁵

Waldrauch und Kollmorgen bezeichnen die zweite Phase als Transition.

Laut Waldrauch findet in dieser Phase „die Etablierung der formalen Minimalkriterien eines demokratischen Regimes“⁶⁶ statt, Kollmorgen bezeichnet es als Periode des „politisch-

⁶³ Merkel (2010): S.82

⁶⁴ Kollmorgen (2005): S.36

⁶⁵ Vgl. Kollmorgen (2005): S.36

⁶⁶ Waldrauch (1996): S.56

rechtlichen bzw. formell- institutionellen Übergangs“, die in der Regel drei bis fünf Jahre umfasst.⁶⁷

Auch Merkel sieht die Phase als den Zeitraum, in dem die Demokratie institutionalisiert wird und die politische Entscheidungskompetenz von den alten autokratischen Herrschern auf die neu geschaffenen demokratischen Institutionen übergeht, die die Entscheidungen von da an auf Basis verbindlicher Entscheidungsverfahren treffen. Er bezeichnet sie als Periode der Demokratisierung.⁶⁸

Die abschließende Phase der Systemtransformation wird als Konsolidierung bezeichnet. In ihr sollte die „Komplettierung des Regimewechsels durch die Stabilisierung der verhaltens- und einstellungs- mäßigen Grundlagen eines demokratischen Regimes“⁶⁹ vollzogen werden. Das bedeutet also, dass auf die Umsetzung einer demokratischen Ordnung in staatlichen Institutionen und in der gesellschaftlichen Rechtsordnung auch „die Legitimierung dieser Werte durch die Zivilgesellschaft und die Akteurseliten“⁷⁰ folgen muss, damit die Demokratie Bestand haben kann.

Kollmorgen geht davon aus, dass dieser Prozess der Konsolidierung in etwa 35 bis 50 Jahre in Anspruch nimmt, in denen eine Strukturierung des gesamten Systems erfolgt.⁷¹

Merkel unterscheidet noch zwischen einer negativen und einer positiven Konsolidierung: Eine positive Konsolidierung ist dann gegeben, wenn sich die Menschen trotz bestehender Alternativen bewusst für das demokratische System entscheiden und dessen Legitimität vollends anerkennen. Der negative Gegensatz dazu wäre die (temporäre) Akzeptanz des Systems, da derzeit keine diskutable Alternative existiert.⁷²

⁶⁷ Kollmorgen (2005): S.36

⁶⁸ Vgl. Merkel (2010): S.105

⁶⁹ Waldrauch (1996): S.56

⁷⁰ Krische (2004): S.23

⁷¹ Vgl. Kollmorgen (2005): S.37

⁷² Vgl. Merkel (2010): S.110

3. Bedeutende historische Transformationen: Osteuropa vs. Französische Revolution

3.1 Die Relevanz der historischen Entwicklungen

In diesem Kapitel werden zwei (abgeschlossene) Transformationsprozesse präsentiert und diskutiert: Die Französische Revolution von 1789 und die Demokratisierung der osteuropäischen Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Ich habe mich aus verschiedenen Gründen für diese beiden historischen Beispiele entschieden: Zum einen handelt es sich, im Gegensatz zur aktuellen Protestbewegung im Nahen Osten, um bereits abgeschlossene bzw. relativ weit fortgeschrittene Transformationen, so dass der gesamte Prozessverlauf mit seinen Resultaten und Auswirkungen betrachtet werden kann.

Zum anderen handelt es sich um zwei Fälle mit sehr unterschiedlichem Ausgang: Während Ende des 18. Jahrhunderts die angestrebten Ziele nicht erreicht wurden und der Systemwandel faktisch bereits in der Demokratisierungs- oder Transitions- Phase scheiterte, scheint es sich bei der Transformation der osteuropäischen Staaten um ein Beispiel für einen erfolgreich durchlaufenen Systemwechsel von autokratischem System hin zur demokratischen Staatsform zu handeln.

„Täglich wandeln sich die Situationen in den Regionen Nordafrikas, in denen der Funke der Freiheit einen Flächenbrand entfacht hat. Lässt sich sagen, wie es weitergehen wird? Werden die Umwälzungen dem Modell der Französischen Revolution von 1789 oder aber demjenigen der «sanften» osteuropäischen von 1989 folgen?“⁷³

Die Spekulationen darüber, wie sich die Proteste im Nahen Osten weiterentwickeln werden und welche Auswirkungen und Konsequenzen sie nach sich ziehen werden, sind in allen Medien präsent. Prognosen kann man natürlich auf Basis verschiedener Theorien oder historischer Ereignisse erstellen, inwieweit sich diese bewahrheiten werden, wird erst in den nächsten Jahren erkennbar werden.

Ich möchte in diesem Kapitel nur die kurz bekannten historischen Ereignisse beschreiben und an Hand derer Französische Revolution und osteuropäischen Wandel vor dem Hintergrund der Transformationsforschung analysieren und anschließend im Hinblick auf die arabischen Staaten diskutieren.

⁷³http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/ereignisse_die_sich_nicht_mehr_vergessen_lassen_1.9814456.html

3.2 Die Französische Revolution

Im absolutistisch regierten Frankreich traten 1789, nach der Verkündung des Staatbankrotts durch Ludwig den XVI, die Generalstände zusammen, die sich gegen den König stellten, mit dem Volk solidarisierten und zur Nationalversammlung erklärten. Es kam zur Stürmung der Bastille, einer Zeit der Proteste und bewaffneten Auseinandersetzungen und schließlich zum Ende des Feudalismus und der faktischen Entmachtung des Königs. Diese erste Phase der Transformation hatte schon vorher mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung begonnen, die faktische Entmachtung des Königs erfolgte 1789.

Die Protestierenden versuchten, in Frankreich ein demokratisches politisches System zu institutionalisieren: Im August 1789 wurde die Erklärung der Menschenrechte veröffentlicht, die von der konstituierenden Versammlung ausgearbeitete Verfassung trat 1790 in Kraft.⁷⁴

Doch trotz der bis dahin so vielversprechenden Anfänge einer gesellschaftlichen Umgestaltung kam es ab 1781 nach einem Fluchtversuch der königlichen Familie zu einer Radikalisierung der Revolution.

Zudem nahm die Angst vor einem Eingreifen der anderen europäischen Staaten immer mehr zu, insbesondere, als Österreich und Preußen ein anti-französisches Bündnis schlossen.⁷⁵

Auch im Landesinneren gewann die Konterrevolution immer mehr an Unterstützung und der Konflikt zwischen den republikanischen Kräften und den monarchisch- konstitutionellen Kräften spitzte sich zu. Die Frage, wie mit dem König zu verfahren war und welche Rolle ihm im neuen Staatssystem zukommen sollte, führte immer wieder zu Unstimmigkeiten.⁷⁶

Die „unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den liberalen Führern der konstitutionellen Revolution auf der einen [und] den in der Bevölkerung an Zulauf gewinnenden, republikanisch- demokratisch orientieren Kräften auf der anderen Seite“⁷⁷ traten immer deutlicher zu Tage.

Die Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung und zum Nationalkonvent wurden von Terror und Einschüchterung der politischen Gruppierungen begleitet, nur noch die Radikalen beherrschten die Institutionen; der König wurde hingerichtet.

Eine Schreckensherrschaft wurde institutionalisiert, die Menschenrechte wieder außer Kraft gesetzt und jeder, der als Revolutionsverräter gesehen wurde, hingerichtet.⁷⁸

⁷⁴ Vgl. Schwanitz (2002): S.197ff

⁷⁵ Vgl. Vovelle (1982): S.25ff

⁷⁶ Vgl. Schulín (2004): S.213f

⁷⁷ Kruse (2005): S.25

⁷⁸ Vgl. Kruse (2005): S.29ff

„Die Revolution war an ihrem extremsten Punkt angelangt und rutschte von da an wieder nach rechts in die Hände des Besitzbürgertums.“⁷⁹

Die gemäßigten Kräfte erlangten wieder mehr Macht und zahlreiche Beschlüsse wurden widerrufen. Von 1795 bis 1799 herrschte nun das sogenannte Direktorium: „Aber diese Periode, die eine Zeit der erfolgreichen Konsolidierung hätte sein können, [...], hat in der Geschichte keine gute Erinnerung hinterlassen.“⁸⁰

Dem Direktorium gelang keine Stabilisierung des Landes, es befand sich in einer ständigen Finanzkrise und seine Legitimität wurde von anderen politischen Gruppen angegriffen. Schließlich wird Napoleon nach einem Putsch zum monarchischen Alleinherrscher.⁸¹

Somit gelang keine Transformation Frankreichs vom Absolutismus hin zu einer Demokratie, sondern die Revolution mündete schlussendlich wieder in ein autokratisches System unter Napoleon Bonaparte. Allerdings sind durchaus Errungenschaften der Revolution erhalten geblieben, wie „die Bildung einer modernen und zentralen Verwaltung, die Institutionalisierung eines neuen politischen Systems auf Basis der Volkssouveränität und der Entstehung einer neuen politischen Kultur.“⁸²

Bereits in der ersten Phase, dem Niedergang der alten Ordnung bzw. der Entmachtung der Regierenden, kam es zu Konflikten, weil Uneinigkeit darüber bestand, wie mit dem König zu verfahren war. Die Anfänge der Institutionalisierung, die Erklärung der Menschenrechte und der Verfassung, waren prinzipiell sehr bedeutende Ereignisse in der Phase der Demokratisierung. Auf Grund der Unstimmigkeiten innerhalb der Bevölkerung, der Bedrohung von außen durch Krieg, der ökonomischen Probleme und der Kampf zwischen gemäßigten und radikalen Gruppen, war jedoch eine erfolgreiche Konsolidierung nicht möglich. Eine sehr politische Öffentlichkeit und eine Partizipationsbereitschaft von Seiten der Bevölkerung bestanden zwar, allerdings waren die Konflikte offenbar trotzdem so gravierend, dass sie auf demokratischem Wege nicht gelöst werden konnten.

⁷⁹ Schwanitz (2002): S.206

⁸⁰ Vovelle (1982): S.45

⁸¹ Vovelle (1982): S.47ff

⁸² Kutzner (1997): S.26

3.3 Die osteuropäischen Staaten nach 1989

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte Stalin „mit Hilfe der nationalen kommunistischen Parteien [...] die von der Roten Armee besetzten Länder Osteuropas und die Osthälfte Deutschlands in Satellitenstaaten“⁸³ verwandelt.

Der Fall der Berliner Mauer am 11.9.1989 ging einher mit dem Ende der sowjetischen Herrschaft in den osteuropäischen Staaten. Schrittweise wurden alle in die Unabhängigkeit entlassen und der Demokratisierungsprozess eingeleitet.

„Mag auch in Westeuropa das öffentliche Interesse am Schicksal dieser Länder rückläufig sein, [...] so findet in den Ländern Ost- Mitteleuropas weiterhin ein politisches und wirtschaftliches Experiment statt, das in der Geschichte ohne gleichen ist: der Aufbau demokratischer Ordnungen, rechtsstaatlicher Institutionen, privatwirtschaftlich organisierter Märkte und eine – mühsame und schrittweise- Rückkehr dieser Länder in ein freies und pluralistisches Europa...“⁸⁴

Diese aus dem Jahre 1993 stammende Einschätzung betont die Tatsache, dass ein in so vielen Staaten parallel und scheinbar erfolgreicher Systemwechsel historisch einmalig ist.

Die erste Phase, die Entmachtung der autokratischen Herrscher und Eliten, ist erfolgreich vollzogen, die Zeit der formellen Demokratisierung ist theoretisch (zumindest in den meisten Staaten) auch durchlaufen.

Trotzdem wird der (vollzogene?) Systemwechsel in den osteuropäischen Staaten in der Fachliteratur viel und auch kontrovers diskutiert.

Der Politikwissenschaftler Hensell vertritt die Auffassung, dass „nach fast zwei Jahrzehnten politischen Umbaus in Osteuropa [...] heute nur wenigen Staaten ein gelungener Systemwechsel bescheinigt“⁸⁵ werden kann. Das führt er darauf zurück, dass sich in der politischen Kultur und gesellschaftlichen Realität der Bevölkerungen die demokratischen und rechtstaatlichen Werte noch nicht durchgesetzt haben.⁸⁶ Er attestiert einem Großteil der osteuropäischen Staaten also ein Scheitern oder zumindest einen Stillstand in der Phase der Konsolidierung des neuen politischen Modells. Die Demokratisierung ist formell zwar abgeschlossen, die Systemtransformation aber mangels Probleme bei der Konsolidierung nicht.

⁸³ Schwanitz (2002): S.258

⁸⁴ Plasser (1993): S.9

⁸⁵ Hensell (2009): S.13f

⁸⁶ Hensell (2009): S.13ff

Wenn man sich am Systemwechselschema von Kollmorgen (Kapitel 2.6) orientiert, scheint das nicht überraschend zu sein. Kollmorgen ordnet der Phase der demokratischen Konsolidierung eine Dauer von 30 bis 50 Jahren. Osteuropa befände sich seiner Theorie nach noch inmitten der dritten Transformationsphase.

Dauerhaft erfolgreich kann die Konsolidierung nur sein, „wenn die neue institutionelle Ordnung von der Bevölkerung nicht abgelehnt wird“.⁸⁷ Erst dann „wird sich die Demokratie auf Dauer [...] etablieren und wahrscheinlich über einen längeren Zeitraum Bestand haben.“⁸⁸

Merkel hat die 18 osteuropäischen Staaten, abhängig von ihrem Transformationsfortschritt, mit Hilfe eines Index in vier Gruppen eingeteilt:

1. Konsolidierte Staaten: Staaten, in denen sich stabile Demokratien gebildet haben.
Slowenien, Tschechien, Estland, Ungarn, Kroatien, Slowakei, Litauen und Polen
2. Fast konsolidierte Staaten: Staaten, bei denen eine vollständige demokratische Konsolidierung in den nächsten Jahren zu erwarten ist.
Bulgarien, Lettland, Rumänien
3. Nichtkonsolidierte elektorale Demokratien.
Mazedonien, Albanien, Serbien, Bosnien- Herzegowina
4. Semi- autoritäre Staaten: Defekte Demokratien mit manipulierten Wahlen.
Russland, Moldawien
[Belarus wurde mangels Daten nicht erfasst]⁸⁹

Prinzipiell kann, Merkels Einteilung zufolge, die Transformation in den osteuropäischen Staaten als relativer Erfolg gewertet werden: Innerhalb der letzten 20 Jahre haben aus 8 der 18 Staaten (44%) stabile Demokratien gebildet, weitere drei Länder stehen kurz davor (also insgesamt 61%).

⁸⁷ Pickel (2006): S.32

⁸⁸ Pickel (2006): S.32

⁸⁹ vgl. Merkel (2010): S.430f

3.4 Schlussfolgerungen für den Nahen Osten

Die beiden oben präsentierten Prozesse auf die aktuelle Protestbewegung im Nahen Osten zu übertragen, ist auf Grund der völlig unterschiedlichen Ausgangssituation und dem individuellen Verlauf kaum möglich. Ein halbes Jahr nach Beginn der Proteste in Tunesien ist die Zukunft der Proteste in der arabischen Welt noch nicht absehbar.

Die oben diskutierten Ereignisse haben gezeigt, dass sich ein Transformationsprozess in der Regel über Jahre bis Jahrzehnte hinzieht und auch dann sein Erfolg nicht gewiss ist.

Bis das endgültige Scheitern des Ziels der Französischen Revolution, einen demokratischen Staat zu begründen, sichtbar wurde, dauerte es von 1789 bis 1799.

Und die Konsolidierung vieler osteuropäischer Staaten ist auch heute, zwanzig Jahre nach der Entmachtung der Regierenden, noch nicht beendet.

Die Voraussetzungen und Gegebenheiten in den arabischen Staaten sind weder mit denen Frankreichs Ende des 18. Jahrhunderts noch mit der Situation in Osteuropa in den 90ern zu vergleichen. Die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung und ökonomische Probleme waren in allen drei Fällen gegeben, diverse andere Faktoren sind jedoch verschieden oder noch nicht bestimmbar.

Die Französische Revolution scheiterte an innerer Uneinigkeit und Bedrohung von außen. Diese Bedrohung durch andere Staaten war in den 1990er Jahren nicht gegeben- vielmehr wurde die Transformation der ehemals unter sowjetischer Herrschaft stehenden Staaten hin zu demokratischen Systemen insbesondere von den westlichen Demokratien unterstützt.

Inwieweit und in welchem Ausmaß die arabischen Staaten mit internationaler Unterstützung rechnen können, bleibt abzuwarten. Häufig wird kritisiert, dass die westlichen Demokratien die autokratischen Regime in den arabischen Staaten so lange unterstützen, wie sie für sie von Nutzen sind.

Auch die Konflikte und Hegemoniebestrebungen (Iran und Saudi Arabien) der arabischen Staaten untereinander und religiöse Konflikte (Sunniten- Schiiten) müssen bedacht werden.

In den späteren Kapiteln werde ich genauer auf die aktuelle Situation und die regionalen eingehen und die Frage zu beantworten versuchen, ob und wenn in welcher Phase eines Transformationsprozesses sie sich befinden.

4. Internet und Politische Partizipation

Zum einen möchte ich in diesem Kapitel die Funktion von Medien wie dem Internet erläutern, zum anderen deren mögliche Wirkung auf die Rezipienten betrachten.

Um die Frage beantworten zu können, welche Auswirkungen das Internet auf die aktuellen Ereignisse in den arabischen Staaten hat und inwieweit es diese begünstigt hat, ist die Frage zu klären, inwieweit Medien im Allgemeinen und das Internet im Speziellen Möglichkeiten zur politischen Partizipation bieten können.

4.1 Medientheorien

Medien werden vom Kommunikationswissenschaftler Burkart⁹⁰ zwei verschiedene Funktionsbereiche zugeordnet:

Er unterscheidet zwischen der sozialen Funktion der Medien, die besagt, dass Medien den Menschen soziale Orientierung bieten und zu deren Sozialisation beitragen, und der politischen Funktion der Medien. Letztere Funktion ist für diese Arbeit die relevante:

Freie Massenmedien sind für Demokratien zentrale Institutionen, da sie Öffentlichkeit herstellen (Funktion der Herstellung von Öffentlichkeit) und dadurch jedem einzelnen die Möglichkeit bieten sollten, sich eine eigene Meinung zu bilden. Durch diese Schaffung von Öffentlichkeit ist es den Medien auch möglich, gesellschaftliche Probleme und Missstände öffentlich zu machen und zu kritisieren (Kritik- und Kontrollfunktion).

Diese durch die Medien theoretisch gegebene Möglichkeit des politischen Diskurses ist in den zensurierten nationalen Medien der autokratisch regierten arabischen Staaten im Zweifelsfalle nicht oder nur zum Teil möglich.

Medien, die unter staatlicher Kontrolle stehen, können keinen alternativen Diskursraum für die Bevölkerung mehr schaffen und nicht frei die öffentliche Meinung wiedergeben (wobei auch in demokratisch regierten Staaten die veröffentlichte Meinung nicht immer mit der veröffentlichten Meinung identisch ist). Sie können dem Anspruch einer objektiven Berichterstattung nicht mehr gerecht werden und im Zuge dessen ihre oben genannten Funktionen auch nicht erfüllen. Wenn die Medien durch Zensur und Repression kontrolliert werden, sind Kritik an gesellschaftlichen Missständen oder Kontrolle der politischen Machthaber kaum möglich.

⁹⁰ Burkart (2002): S.382ff

Nun stellt sich die Frage, ob das Internet diese Funktionen für die dortige Bevölkerung zum mindest teilweise erfüllen kann, da es sich auf Grund seiner Eigenschaften, die unten noch diskutiert werden, einer staatlichen Kontrolle besser entziehen kann.

Zudem ist es natürlich bei der Beschäftigung mit den mobilisierenden und partizipatorischen Möglichkeiten, die das Internet bietet, auch relevant, sich die Frage danach zu stellen, wie Medien überhaupt auf Menschen wirken können und wieso es überhaupt zur Mobilisierung durch das Internet kommen kann: Hierzu gibt es verschiedene kommunikationswissenschaftliche Theorien, die sich im Laufe der Zeit entwickelt haben.

Der älteste Forschungsansatz zur Medienwirkung ist die Stimulus-Response-Theorie. Sie geht davon aus, dass der Sender Informationen versendet, die der Empfänger erhält und darauf reagiert. Hauptpunkt ist die Annahme, dass der Stimulus alle Empfänger gleich erreicht und bei allen durch den Stimulus dieselbe Reaktion ausgelöst wird.⁹¹

Diese Theorie wurde allerdings sehr bald kritisiert und revidiert, da weder die äußeren Einflüsse noch die individuellen Prädispositionen der einzelnen Rezipienten darin berücksichtigt werden.

Neuere kommunikationswissenschaftliche Ansätze räumen den RezipientInnen einen größeren Handlungsspielraum ein.

Merten sieht die Wirkung, die Massenmedien letztendlich haben, von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Er nennt dabei „das mediale Angebot und die internen und die externen Strukturen des Rezipienten“⁹² (der Rezipientin).

Mit internen Strukturen sind die individuellen Voraussetzungen jedes einzelnen Individuums gemeint, die die Denkweisen, Einstellungen und Erfahrungen einschließen. Die externen Strukturen sind hingegen die Einflussfaktoren, die außerhalb des Individuums selbst liegen und auf selbiges einwirken. Nach Merten werden „Wirkungen [...] konstruiert, indem im Kopf jedes Rezipienten Elemente aller drei Größen kombiniert werden.“⁹³

Eisenstein äußert sich zur Rolle der Rezipienten folgendermaßen:

„Nicht allein die Medieninhalte determinieren deren Wirkungen. Dieses Faktum erkannte man bereits durch die Negierung der Stimulus- Response- Theorie. Das Individuum selbst, seine Werthaltungen

⁹¹ Vgl. Burkart (2002): S.195

⁹² Merten (1990): S.53

⁹³ Merten (1990): S.53

und Einstellungen sowie die Einbindung in und die Prägung durch soziale Gruppen, spielen eine bedeutende Rolle.“⁹⁴

Die aktive Rolle, die Menschen in der Medienrezeption haben, schließt nach Hackforth auch ein, dass die Menschen aus dem medialen Angebot frei auswählen können und auch ihre Wahrnehmung selbst bestimmen. „Menschen wählen aus dem kommunikativen Angebot nicht nur- bewusst, habituell oder unbewusst- aus, sondern nehmen auch selektiv wahr und erinnern selektiv.“⁹⁵ Das heißt also, es muss Kriterien geben, nach denen die Rezipienten auswählen, welche Medien sie zu welchem Thema und bei welcher Gelegenheit konsumieren wollen.

Eine Theorie dazu ist, dass Menschen nur die Medien bevorzugen, die inhaltlich mit ihrer eigenen Meinung übereinstimmen. Die Empfänger rezipieren Inhalte auch nur selektiv und nehmen nur mit ihrer Meinung übereinstimmende Medieninhalte überhaupt bewusst wahr und erinnern sich auch an sie.⁹⁶

Der „Uses and gratification approach“ versucht die Medienauswahl durch die Rezipienten mit den Bedürfnissen zu erklären, die der Rezipient/ die Rezipientin durch den Medienkonsum erfüllen möchte. Hier werden die Rezipienten also als ein aktives Publikum gesehen, dass zielgerichtet und zweckorientiert bewusst aus dem Medienangebot auswählt.⁹⁷

Die Theorien machen deutlich, dass sich das Individuum die Medieninhalte, die es konsumieren möchte, größtenteils frei aussucht und sie abhängig von verschiedenen persönlichen Faktoren reflektiert. Das bedeutet aber auch, dass das Internet nur dann einen Einfluss ausübt, wenn die Personen sich zum einen bewusst für den Konsum von Inhalten auf diesem Wege entscheiden und zum anderen auch Inhalte suchen, die im Falle der arabischen Staaten, eine oppositionelle Meinung vermitteln.

Sind die Personen absolut nicht oppositionell eingestellt, werden sie derartige Inhalte im Zweifel nicht konsumieren oder zumindest nicht reflektiert wahrnehmen, da sie ihrer eigenen Meinung widersprechen und somit durch ihre selektive Wahrnehmung (s.o.) „ausortiert“ werden. Wenn man vom „Uses and gratification approach“ ausgeht, werden nur die Personen oppositionelle Inhalte suchen und konsumieren, die sich dadurch eine Erfüllung ihrer Bedürfnisse (Interesse, Information, Solidarisierung etc.) versprechen.

⁹⁴ Eisenstein (1994): S.158

⁹⁵ Hackforth (1988): S.19

⁹⁶ Vgl. Hackforth (1988): S.19f

⁹⁷ Vgl. Burkart (2002): S.222f

4.2 Das Internet

In diesem Kapitel möchte ich das Internet genauer beschreiben und analysieren, dessen Eigenschaften und Wirkungsmöglichkeiten im Fokus meines Erkenntnisinteresses steht.

Das Internet gilt als eine der größten technischen Innovationen des letzten Jahrhunderts. Es durchlief bei seiner Entwicklung zu dem Medium, welches wir heute als World Wide Web kennen, drei Phasen: Die erste Phase begann in den 60ern in den USA, wo die dortige Regierung ein Forschungsprojekt in Auftrag gab, das ARPANET genannt wurde und im Rahmen dessen Computer durch ein überregionales Netzwerk miteinander verbunden werden sollten. In der zweiten Phase wurde das Internet offiziell freigegeben, vorerst jedoch bis Mitte der 80er Jahre nur an Universitäten und in der Forschung verwendet.⁹⁸

Die kommerzielle Periode der Internetnutzung begann Anfang der 90er Jahre.⁹⁹ Sie wurde befördert durch die zunehmende Computerdichte in Privathaushalten und die Entwicklung des „World Wide Web“. Die Gruppe der Verwender nahm rasant zu und die Inhalte wurden allgemeiner und kommerzieller.¹⁰⁰

Prinzipiell kann Internet definiert werden als „eine Verknüpfung lokaler, nationaler und internationaler Computernetzwerke, die auf einem gemeinsamen Standard beruht, welcher die technische Verständigung zwischen den verschiedenen Computersystemen ermöglicht.“¹⁰¹ Das bedeutet, dass Daten mit einer adäquaten technischen Ausstattung weltweit verfügbar sind, da alle Netzwerke über ein gemeinsames Protokoll, „also die Sprache, mit der sie untereinander kommunizieren“¹⁰² verfügen.

Die Kommunikationswissenschaftlerin Arns sagt klar, dass sich „mit dem Aufkommen des Internet [...] die Kommunikationsmöglichkeiten Einzelner auf grundlegende Art und Weise [verändern].“¹⁰³ Sie begründet das damit, dass das Internet durch seine medialen Eigenschaften eine Abwendung vom alten Sender- Empfänger- Schema (Einwegkommunikation) hin zum aktiven Nutzer erlaubt. Arns attestiert dem Internet die „Schaffung alternativer Öffentlichkeiten und Gemeinschaften“.¹⁰⁴

⁹⁸ Vgl. Bandzauner (1996): S.10

⁹⁹ Vgl. Arns (2002): S.12

¹⁰⁰ Vgl. Versper (1998): S.13

¹⁰¹ Versper (1998): S.10

¹⁰² Bandzauner (1996): S.9

¹⁰³ Arns (2002): S.6

¹⁰⁴ Arns (2002): S.9

Das Internet beschränkt sich nicht wie andere Medien darauf, die Rezipienten zu informieren, sondern wird zu einer „Mitmach- Plattform“¹⁰⁵, auf der die Nutzer eigenständig agieren.

Beispiele hierfür sind Blogs, Wikis, Foren, soziale Netzwerke und andere interaktive Bereiche, in denen die Nutzer sich austauschen können.

Ein großer Vorteil des Internets sind die verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten, die es dem/der KonsumentIn bietet: „Interpersonale Kommunikation (E-Mail [...]), [...] Kommunikation von einem Sender an viele Empfänger (WWW [...]), [...] Kommunikation

von vielen Sendern an viele Empfänger.“¹⁰⁶

Die Literatur nennt als Eigenschaften des Mediums Internet folgende zentrale Punkte:

- Interaktivität: Zweiwegkommunkation und somit auch die Bildung neuer interaktiver Formen von Öffentlichkeit wird ermöglicht
- das Netzwerkparadigma: Eigenständige Informationsauswahl wird forciert
- Multimedialität: Internet kombiniert die Funktion verschiedener Medien wie Fernsehen, Radio, Telefon etc. in sich
- Vielfalt
- Virtualität
- Globalität: Weltweite Zugänglichkeit und Abrufbarkeit von Daten und Informationen
- Loslösung von jeglicher zeitlicher Beschränkung.¹⁰⁷

Außerdem ist es additiv und fast zeitgleich aktualisierbar.¹⁰⁸ Das bedeutet, dass zum einen immer mehr Informationen quasi unbegrenzt hinzugefügt werden können und zum anderen nur ein marginaler Zeitraum zwischen dem Ereignis und dessen Bekanntgabe im Internet steht.

Diese Eigenschaften und Entwicklungen sind zu bedenken, wenn man bewerten möchte, welches Potential das Medium Internet bieten kann und welche Auswirkungen es im Fall der Proteste in den arabischen Staaten gehabt hat und hat.

¹⁰⁵ Meckel (2008): S.14

¹⁰⁶ Rada (1999): S.23

¹⁰⁷ Vgl. Versper (1998): S.22ff

¹⁰⁸ Vgl. Bucher (2001): S.9

4.3 Politische Partizipation und Teilhabe

An dieser Stelle möchte ich genauer definieren, was unter politischer Partizipation überhaupt zu verstehen ist.

Zuerst einmal meint der etwas offenere Begriff der „politischen Teilnahme“ laut Radtke „die mentale und/ oder sensorische, d.h. die geistige, gedankliche und/ oder durch Verhalten sichtbare Beschäftigung mit Politik“. ¹⁰⁹

Politische Teilnahme kann also in jeder Form eines politischen Systems gegeben sein, da sie nur eine Beschäftigung mit politischen Themen bedeutet, allerdings nicht bedeutet, dass die Person, die sich damit beschäftigt, auch Handlungs-, Beeinflussungs- und Veränderungsmöglichkeiten der staatlichen Ordnung gegenüber hat.

Der Begriff der „politischen Partizipation“ fokussiert mehr die Handlungsmöglichkeiten der Akteure der Zivilgesellschaft bzw. der Bevölkerung.

„Im Allgemeinen spricht man von Partizipation, wenn die Gruppenmitglieder eine kollektive Entscheidung im Sinne ihrer individuell bestimmten Interessen zu beeinflussen suchen und dabei eine „faktische Teilnahmechance“ haben.“¹¹⁰

In einer Demokratie sollten zumindest in der Theorie alle Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit haben, politische Entscheidungen zu beeinflussen, mit abzustimmen und nicht in ihren Partizipationsmöglichkeiten eingeschränkt sein.¹¹¹

Politische Beteiligung ist zentraler Bestandteil von Demokratietheorien, wie der bürgerlich-liberalen Theorie Lockes und in den Vorstellungen Rousseaus.¹¹²

Kersting definiert politische Partizipation als eine „Teilhabe am Ganzen“¹¹³, als „politische Teilhabe an der Entscheidungsfindung, aber auch als Teilnahme an der Outputerstellung und zum Teil sogar als Teilhabe an den Outputs von Politik“.¹¹⁴

In autokratisch regierten Staaten wie den arabischen ist definitiv eine gravierende Einschränkung jeglicher politischer Partizipationsmöglichkeiten gegeben, auf die ich im dritten Teil der Arbeit noch genauer eingehen werde.

¹⁰⁹ Radtke (1976): S.16

¹¹⁰ Lindner (1990): S.15

¹¹¹ Vgl. Lindner (1990): S.16

¹¹² Vgl. Zimpel (1970): S.21ff

¹¹³ Kersting (2008): S.19

¹¹⁴ Kersting (2008): S.20

Abschließend möchte ich noch die vier verschiedenen Bereiche politischer Partizipation benennen, die Kersting in der unten stehenden Tabelle zusammengefasst hat:

Politischer Diskurs Politische Diskussionen - im Bekanntenkreis - am Arbeitsplatz - öffentliche Diskussionen - „Opinion leadership“	Politischer Protest - Streik - Boykott (Miete, Strom) - Demonstration - verbotene Demonstration - Besetzung (Stadtverwaltung etc.) - gewaltsame Demonstration - gegen „Sachen“ - gegen Personen - Teilnahme an „riots“
Politische Kontakte - Briefe an Medien - Briefe an Behörden - Briefe an Politiker - Persönliche Kontakte zu Medien - Persönliche Kontakte zu Behörden - Persönliche Kontakte zu Politikern - Unterschriftensammlung - Petitionen	Wahlen und Abstimmungen - Kommunalwahl - Distriktwahl - Nationalwahl - Referenden

115

Natürlich ist es immer abhängig von der herrschenden Staatsform, welche dieser politischen Partizipationsformen möglich sind bzw. zur Anwendung kommen. In Demokratien ist zum Beispiel ein anderer politischer Diskurs vorhanden als in Staaten, in denen Zensur besteht etc. Am Beispiel der arabischen Staaten möchte ich im Folgenden auch untersuchen, welche dieser Partizipationsformen im Internet stattfinden bzw. überhaupt stattfinden können. Es ist jedenfalls schon auf den ersten Blick erkennbar, dass das Internet nur die Plattform für einige dieser Aktionen darstellen kann und vermutlich besonders für die Organisation politischen Protests und als Diskussionsforum dient könnte.

¹¹⁵ Kersting (2008): S.23

4.4 Das Internet und seine Einflussmöglichkeiten bei politischen Prozessen

In diesem Kapitel möchte ich auf der Basis von wissenschaftlicher Literatur und der Einschätzung der jeweiligen Autorinnen und Autoren die Möglichkeiten bzw. das Potential beschreiben, welches das Internet theoretisch für politische Partizipation bietet.

Das Wort Potential ist im gegebenen Kontext auf drei Ebenen zu verstehen: Zum einen geht es um das „grundsätzliche Können“ (ist das überhaupt möglich), zum zweiten um die „tatsächliche Fähigkeit zur Handlung“ und außerdem um „denkbare Wirkungen der Handlung.“¹¹⁶

Wenn man sich nun also fragt, welches Potential das Medium Internet hat, muss man auch diese drei Ebenen berücksichtigen.

Prinzipiell ist davon auszugehen, dass die erste Ebene gegeben ist, dass es also praktisch möglich ist, das Internet für politische Aktivitäten zu nutzen.

Ob die „tatsächliche Fähigkeit zur Handlung“ gegeben ist, hängt von zwei Faktoren ab: Zum einen, ob die Person selbst über die notwendige Infrastruktur verfügt (funktionsfähiger Computer mit Internetzugang) oder sie die Möglichkeit hat, die Infrastruktur anderswo zu nutzen. Zum anderen muss die Person sowohl körperlich als auch kognitiv in der Lage sein, die Infrastruktur richtig zu nutzen und über die Kompetenzen und das Wissen verfügen, Internet und Computer zu verwenden.

Die dritte Ebene ist schwierig zu bewerten. Denn ob und welche Ergebnisse eine Handlung hervorruft oder sie hervorrufen kann, hängt auch von verschiedenen anderen Faktoren ab. Die Bewertung dieser Ebene und die Frage nach der Wirkung des Internets auf die Protestbewegung werden im weiteren Verlauf der Arbeit noch ausführlich behandelt werden.

Zweiter wichtiger Begriff ist an dieser Stelle die politische Handlung, die dann vorliegt, „wenn ein Handelnder beabsichtigt, auf die Funktion des politischen Systems, also insbesondere auf den Prozess der Normsetzung für die Gesamtgesellschaft, Einfluss zu nehmen.“¹¹⁷

Für eine politische Kommunikation via Internet ist es von Bedeutung, dass sich virtuelle Gemeinschaften bilden, die sich austauschen und themenzentriert diskutieren bzw. agieren können. Eisel sieht es zudem als relevant an, dass die „Beteiligten über einen gemeinsam

¹¹⁶ Vgl. In der Smitten (2007): S.44

¹¹⁷ In der Smitten (2007): S.66

geteilten kulturellen Code verfügen“¹¹⁸ und sie zudem „erkennbar sein müssen, wenn sie politisch relevant sein wollen“.¹¹⁹

Politische Erkennbarkeit einer einheitlichen Gruppe anstatt einzelner Individuen stärkt diese oppositionelle Bewegung und kann andere Sympathisanten ermutigen, sich mit der Gruppe zu solidarisieren.

In der Smitten benennt drei nebeneinander bestehende wissenschaftliche Hypothesen zum politischen Potential des Internets:

a) Mobilisierungshypothese: Hierbei handelt es sich um eine sehr optimistische Hypothese, deren Befürworter davon ausgehen, dass sich das Internet immer positiv auswirkt, da dadurch zunehmend mehr Menschen erreicht und in Folge auch mobilisiert werden können.

b) Politikverdrossenheitshypothese: Diese Hypothese sagt aus, dass durch den ständigen Zuwachs an neuen medialen Möglichkeiten und die stetig steigende Verfügbarkeit von Daten und Informationen, die Menschen überfordert sind. Das ständig steigende Informationsangebot ist in der zur Verarbeitung zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr zu bewältigen. Als Reaktion auf diese Reizüberflutung kommt es bei den Rezipienten zu Politikverdrossenheit und Desinteresse.

c) Differenzierungshypothese: Das Internet fördert gesellschaftliche Ungleichheit im Hinblick auf Kommunikation und Information, da es sowohl technischen Know-hows als auch technischer Infrastruktur bedarf, um es nutzen zu können. Die etablierten Massenmedien wie Fernsehen, Radio und Printmedien sind hingegen mit relativ wenig Vorwissen verwendbar und in der Regel ist auch der Zugang zu ihnen kostengünstiger.¹²⁰

d) Eine andere Position geht davon aus, dass virtuelle Gemeinschaften, die eben nur auf Kommunikation im virtuellen Raum beruhen, fragil sind und in der Regel nicht dauerhaft Bestand haben. „Organisationen, die vor allem aus und durch Kommunikation existieren, sind sehr empfindlich, leicht zu stören und zu zerstören.“¹²¹

In der Smitten verweist auf positive und negative Effekte des Internets: Zum einen gelingt es durch die Globalität in weitaus größerem Maße, Aufmerksamkeit zu generieren. Auf der anderen Seite erscheint das Internet aber vielen Menschen weniger vertrauenswürdig als die

¹¹⁸ Eisel (1998): S.42

¹¹⁹ Eisel (1998): S.44

¹²⁰ Vgl. In der Smitten (2007): S.79ff

¹²¹ Eisel (1998): S.45

älteren Medien.¹²² Auf Grund der Tatsache, dass faktisch jeder Nutzer Informationen im Internet verbreiten kann, kann es natürlich auch zur Publikation falscher Informationen kommen.

In jedem Falle ist das Internet wie kein anderes Medium prädestiniert, Menschen mit denselben Interessen weltweit zu verbinden und „Diskurse zwischen entfernt lebenden und diachron kommunizierenden Teilnehmern zu organisieren“¹²³

Eisel prognostiziert, dass das Internet „gerade dort, wo es um die Bearbeitung von konkreten Problemen und um die themenzentrierte Kommunikation geht“¹²⁴, großes Potential bietet.

Als bedeutendes Internettool werden in diesem Zusammenhang besonders die sogenannten Weblogs hervorgehoben, „regelmäßig aktualisierte Websites“¹²⁵, „die das Öffentlichmachen von Inhalten einfach und kostengünstig ermöglichen.“¹²⁶

„Weblogs verknüpfen die Gespräche zu größeren Kommunikationszusammenhängen und ermöglichen so [...] auch die Herausbildung und Artikulation von sozialen und gesellschaftlichen Themen und Problemen. Das Hineinwirken von privaten Erlebnissen und möglicherweise gesellschaftlichen Machtverhältnissen entgegenlaufenden Diskursen und Meinungen in komplexe Öffentlichkeiten kann auf diese Weise durch Weblogs unterstützt werden.“¹²⁷

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Internet (zumindest theoretisch) seinen Nutzern auf Grund seiner Eigenschaften Möglichkeiten zum politischen Handeln bietet. Inwieweit und mit welchem Erfolg diese genutzt werden, werde ich im folgenden Teil meiner Arbeit genauer untersuchen.

[Das Kapitel 4 „Internet und Politische Partizipation“ ist zum Teil meiner Forschungspraktikumsarbeit zum Thema „Die grüne Revolution im Iran und die neuen Formen der politischen Partizipation“ aus dem Wintersemester 2010/11 entnommen.

Kapitel 4.1 ist in Anlehnung an meine Magisterarbeit Publizistik, Kapitel 8.1.4 Medienrezeption, verfasst.]

¹²² Vgl. In der Smitten (2007): S.9f

¹²³ Kersting (2008): S.93

¹²⁴ Eisel (1998): S.45

¹²⁵ Wolling (2010): S.196

¹²⁶ Wolling (2010): S.197

¹²⁷ Wolling (2010): S.202

III. Der Nahe Osten im Umbruch

Ein bevorstehender Umbruch auf Grund gravierender Krisen und Probleme im Nahen Osten war schon Jahre vorher von verschiedenen Forschern und Autoren prophezeit worden:

Der Nahost- Kenner Nirumand bezeichnete den Nahen und Mittleren Osten bereits 2007 als ein Pulverfass der schwelenden Konflikte: „In allen Krisengebieten der Region paaren sich Gebietsansprüche, Hegemoniebestrebungen und der Kampf um Einflussphäre mit den Interessen der Waffenindustrie, der Ölmultis, der internationalen Finanzinstitute und Konzerne.“¹²⁸ Die autokratisch regierten Staaten hatten sowohl mit Spannungen untereinander, als auch mit der Unzufriedenheit ihrer eigenen Bevölkerung zu kämpfen.

Die US-amerikanischen Interventionen in Irak und Afghanistan führten ebenfalls zu gravierenden Veränderungen in hegemonialer und geopolitischer Hinsicht.¹²⁹

Die eigentlichen Führungsmächte der Region, der Iran und Saudi-Arabien, büßten massiv an Einfluss ein, während es im Iran immer wieder zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten kam. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina führte zu Unruhe in der gesamten Region und auch der Libanon, der von Islamisten regierte Iran, Syrien und die Ölmacht Saudi- Arabien galten bzw. gelten als sehr instabile Regime.¹³⁰

Zugleich wurden die Forderungen der Bevölkerung nach einer Demokratisierung der eigenen Staaten lauter und die Spannungen zwischen den Befürwortern des Wandels und den Anhängern der autokratischen Regime verschärften sich zunehmend.¹³¹

Dem gegenüber stand/ steht das Problem des Erstarkens terroristischer Gruppierungen in Staaten wie Pakistan und Afghanistan, wo es vermehrt zu Anschlägen und bewaffneten Auseinandersetzungen kam/ kommt.¹³²

In diesem Kontext entstand der Begriff des „Middle Eastern Exceptionalism“, der die grundlegenden Probleme des arabischen Raums umfasst bzw. auf die Bereiche verweist, die in der Region überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt umgesetzt sind:

¹²⁸ Nirumand (2007): S.228

¹²⁹ Vgl. Perthes (2006): S.8

¹³⁰ Vgl. Nirumand (2007): S.9ff

¹³¹ Vgl. Perthes (2006): S.9ff

¹³² Vgl. Nirumand (2007): S.8f

„Wahrung der Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, gute Regierungsführung, demokratische politische Kultur, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt Demokratisierung.“¹³³

Diverse Studien über die Staaten, mit denen ich mich im Folgenden beschäftigen werde, bestätigen diese Auffassung:

- In der Bertelsmann Index Tabelle aus dem Jahre 2010, die 128 Staaten nach ihrem Demokratisierungsgrad reiht, liegen die Staaten erst zwischen Platz 51 und 113 (Bahrain 51, Tunesien 82, Ägypten 87, Jemen 105, Syrien 108, Iran 111, Libyen 113).¹³⁴
- Die Map of Freedom 2009, erstellt vom Freedom House nach deren Index (vgl. Kapitel 2.4.2), teilt alle Staaten weltweit in die Kategorien frei (46%), teilweise frei (20%) und unfrei (36%) ein. Lediglich Bahrain und der Jemen fielen in die Gruppe der teilweise freien Staaten. Tunesien, Ägypten, Syrien, der Iran und Libyen wurden als unfrei eingestuft.¹³⁵

Der Politikwissenschaftler Beck bezeichnet in seinem Buch zum Wandel im Nahen Osten aus dem Jahre 2009 die Situation der dortigen Staaten als eine „Transformation ohne Transition“ und als eine Entwicklung voller „widersprüchlicher und ungleichzeitiger Prozesse“¹³⁶.

Faktisch finden zwar Veränderungen und ein Umdenken in großen Teilen der Bevölkerung statt. Dem wird aber realpolitisch nicht Rechnung getragen und adäquate politische und soziale Maßnahmen von Anhängern des autokratischen Regimes systematisch blockiert. „Im arabischen nationalen Sicherheitsstaat wird von der Bevölkerung vor allem eines verlangt- Ruhe geben.“ Der Durchschnittsbürger „soll sich nur aus politischen Dingen heraushalten.“¹³⁷

Die drei charakteristischen Merkmale arabischer Regime waren dementsprechend, zumindest bis Dezember 2010, laut Gardner:

1. Ein mehr oder weniger autoritäres Staatssystem,
2. Militär und Geheimdienst als Hauptgaranten politischer Macht und
3. das Legitimationsproblem der Herrschenden.¹³⁸

¹³³ Beck (2009): S.7

¹³⁴ Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

¹³⁵ Map of Freedom, www.freedomhouse.org

¹³⁶ Beck (2009): S.7

¹³⁷ Gardner (2010): S.51

¹³⁸ Vgl. Gardner (2010): S.21ff

Diese autokratischen Systeme zu verändern wurde von zahlreichen Autoren jahrelang als ein „schwieriges Unterfangen“ beurteilt, „das bisher historisch ohne Vorbild ist und für das es bisher kein Lösungsmuster, geschweige denn einen „Königsweg“ gibt.“¹³⁹

Die Proteste, die im Dezember 2010 in Tunesien ihren Anfang nahmen, scheinen nun der Beginn eines (sichtbaren) Wandels im Nahen und Mittleren Osten zu sein.

Die Proteste 2010/11

In Tunesien zündete sich am 17.12.2010 Mohamed Bouazizi als Protest gegen die Behörden selbst an. Diese Tat wurde zum Auslöser für Proteste in ganz Tunesien, die den Rücktritt des Präsidenten Ben Ali erzwangen und auf Ägypten und zahlreiche andere Staaten übergriffen.¹⁴⁰

Nicht überall waren die Proteste der Bevölkerung bisher so „erfolgreich“ wie in Tunesien und Ägypten, wo am 11.2.11 Präsident Mubarak zurückgetreten war: Zahlreiche andere Regime, wie das syrische und das jemenitische, ließen Aufstände blutig niederschlagen und in Libyen mündeten die Unruhen sogar in einen Bürgerkrieg und es kam zu einer Intervention westlicher Staaten.¹⁴¹

Die Standard Chefredakteurin Gudrun Harrer beurteilt in ihrem Vortrag zum Thema „Umbrüche in der arabischen Welt“ im März an der Universität Wien die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten als logische Konsequenz dessen, dass der eigentliche gesellschaftliche Wandel längst stattgefunden hat. Die Protestierenden fordern nun lediglich noch dessen Realisierung ein.¹⁴²

Das United States Development Programm bewertet die Proteste als „a defining moment [for the Arab region] in its modern history. Millions of women and men across the region have issued a resounding call for change. Youth have voiced in new ways their aspirations for a say in the decisions that affect their lives, and for transparent and accountable governance.“¹⁴³

Auch der Journalist und Nahostexperte Thomas von der Osten-Sacken betont die Bedeutung der jungen Menschen als TrägerInnen und treibende Kraft der Widerstandsbewegung. Das im Vergleich zu europäischen Staaten sehr geringe Durchschnittsalter der Bevölkerung bedeutet,

¹³⁹ Habuda (1996): S.3

¹⁴⁰ Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/21.50/>

¹⁴¹ Vgl. Blight, Garry (2011): The path of protest;

<http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

¹⁴² Vgl. Harrer (2010): Vortrag

¹⁴³ United States Development Programm, Arab States; <http://arabstates.undp.org/>

dass eine große Gruppe junger Menschen mit ihren Interessen und Vorstellungen sowie ihren Kenntnissen der neuen Medien und Kommunikationskanäle schon lange im Widerspruch zu den obsoleten und anachronistischen autokratischen Herrschern steht, die ihre Macht nur noch mit Gewalt erhalten konnten.¹⁴⁴

Immer wieder wird diskutiert, ob es von Nachteil ist, dass die arabische Welt keine demokratische Vorbilder hat (wie Europa 1989), die als Orientierung dienen könnten.¹⁴⁵

Es stellt sich die Frage, ob die Protestbewegung und die Veränderungen zum „Zweiten Herbst 1989“¹⁴⁶ werden könnten, es also zu einer Transformation der Staaten hin zu demokratischen Systemen kommen wird. Und ob diese Transformation der autokratischen Regime wirklich durch eine „Revolution von unten“ herbeigeführt werden wird.

„Ob das demokratische Erwachen in der arabisch-islamischen Welt tatsächlich von Dauer sein wird, ob wir lediglich den Wechsel an der Spitze autoritärer Regimes erleben werden, ob dieser Umsturz zur Demokratisierung oder Radikalisierung, zu demokratischer Ordnung oder anhaltendem Chaos führen wird - all das bleibt bis auf weiteres ungewiss.“¹⁴⁷

In jedem Fall muss auch bei den arabischen Staaten davon ausgegangen werden, dass selbst wenn eine Institutionalisierung demokratischer Prozesse und Gesetze erfolgt, es wie in den osteuropäischen Staaten Jahrzehnte dauern wird, bis sich konsolidierte Demokratien gebildet haben (oder die Konsolidierung schon früher scheitert).

Wie oben erwähnt (Kapitel 3.4) ist jedoch zu bedenken, dass die Ausgangsbedingungen in den arabischen Staaten sich sehr von den Gegebenheiten in den osteuropäischen Staaten 1989 unterscheiden. Das bezieht sich insbesondere auf „demokratische Traditionen, kulturelle Prägung, Bildung, Geografie [...], Wirtschaftslage“ und die Ungewissheit, inwiefern bei der arabischen Bevölkerung ein „demokratisches bzw. rechtsstaatliches Bewusstsein existiert“.¹⁴⁸

Demgegenüber steht das Argument, dass die Bevölkerung sich zum einen ein solches Bewusstsein und eine politische Kultur durchaus aneignen kann. Zum anderen sind große Teile der sehr jungen Bevölkerung durchaus mit den Massenmedien und durch sie auch mit Konzepten wie Demokratie und politischer Partizipation durchaus vertraut.¹⁴⁹

¹⁴⁴ Vgl. Lambrecht (2011) S.7

¹⁴⁵ Vgl. Harrer (2010): Vortrag

¹⁴⁶ <http://www.geheimnisse-des-himalaya.de/2011/02/12/umbruch-im-nahen-osten-ein-zweiter-herbst-89/>

¹⁴⁷ Fischer (2011): Kochtöpfe und Demokratie; <http://www.sueddeutsche.de/politik/wandel-im-nahen-osten-kochtöpfe-und-demokratie-1.1066016>

¹⁴⁸ Spillmann (2011): Fluch der Unvollkommenheit;

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/fluch_der_unvollkommenheit_1.9512836.html

¹⁴⁹ Vgl. Spillmann (2011): Fluch der Unvollkommenheit;

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/fluch_der_unvollkommenheit_1.9512836.html

Die Proteste werden zwar weltweit mit großem Interesse verfolgt, doch ihr Ausgang ist noch längst nicht absehbar, besonders, weil bedeutende Einflussfaktoren noch nicht eingeschätzt werden können. Damit sind vor allem das Verhalten des Westens und die Weiterentwicklung der radikalislamischen Bewegung gemeint. Beide werden von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Region sein und den Wandlungsprozess massiv beeinflussen.

Die radikalislamische Bewegung hat sich bisher in den Protesten relativ zurückgehalten: „Derart ruhig sei al-Qaida in den letzten Jahren nicht gewesen, sagte Jarret Brachman, ein Experte für die Medienstrategie von al-Qaida Anfang März.“¹⁵⁰ Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass der Beweis, dass ein Wandel auch ohne Gewalt und Attentate möglich ist, den radikalen Islamisten die Argumentationsgrundlage entzogen hat.¹⁵¹

Andere hingegen befürchten ein Erstarken der radikalen Islamisten, sollte eine Demokratisierung scheitern und durch die Entmachtung der autokratischen Regime ein Machtvakuum entstehen.

Zudem könnte der hohe Stellenwert des Islams in den arabischen Staaten dazu führen, dass eine für die Demokratie notwendige strikte Trennung von Religion und Politik, eine Säkularisierung, nicht möglich sein wird. Daraus könnten gravierende Probleme resultieren.¹⁵²

Das Verhalten des Westens wird ebenfalls für die Zukunft der arabischen Staaten von großer Wichtigkeit sein. Dieses wurde allerdings immer wieder aus verschiedenen Gründen bzw. zu unterschiedlichen Anlässen kritisiert. Hierbei ist der von der CIA initiierte Putsch im Iran zu nennen, bei dem 1954 die erste demokratisch gewählte Regierung gestürzt wurde, genauso wie die enge Zusammenarbeit westlicher Staaten mit dem autokratischen ägyptischen Präsidenten Mubarak und die großzügigen finanziellen Zuwendungen der USA, die jährlich an das ägyptische Militär bezahlt wurden.

David Gardner, Chefredakteur der Financial Times, setzt sich in seinem Buch zum Umbruch in der arabischen Region 2010 mit eben diesem Thema auseinander und warnt eindringlich vor einer Weiterverfolgung dieser Handlungsweise. Er kritisiert massiv die westliche Unterstützung arabischer Autokratien und eine Politik, die nur auf eine Stabilisierung der Region ausgerichtet ist, um eine günstige Erdölversorgung zu gewährleisten und die Lebensumstände der Bevölkerung ignoriert. Gardner ist der Überzeugung, dass ein derartiges

¹⁵⁰ Di Grazia (2011): S.57

¹⁵¹ Di Grazia (2011): S.57

¹⁵² Mohammad-Assad (2011): S.4

Vorgehen den radikalen Islamismus schürt, da sie die Menschen gegen die westlichen Staaten einnimmt.¹⁵³

Aufbau des III. Teils

Im folgenden Teil meiner Arbeit möchte ich mich genauer mit den sieben von mir zu diesem Thema ausgewählten Staaten beschäftigen. Die Auswahl habe ich so getroffen, dass sie möglichst viele unterschiedliche Protestverläufe und daraus resultierende Reaktionen beinhaltet:

Tunesien und Ägypten sind Beispiele für den von unten erzwungenen Rücktritt des Präsidenten, Libyen für einen Bürgerkrieg mit Intervention anderer Staaten. Die Entwicklungen im Jemen, in Syrien und Bahrain sind gekennzeichnet von einem rabiaten und rücksichtslosen Vorgehen der regimetreuen Truppen und einem rigiden Vorgehen gegen die Oppositionellen; trotzdem gehen die Proteste auch im Juni 2011 noch mit hoher Intensität und Häufigkeit weiter. Die Grüne Revolution im Iran fand bereits 2009 statt, scheiterte faktisch, und in diesem Jahr kam es erneut zu vereinzelt Demonstrationen.

Ich präsentiere die Staaten in „chronologischer Reihenfolge“, gereiht nach dem Datum des jeweiligen Beginns der Proteste.

Diese Vorgehensweise erscheint mir deshalb sinnvoll, weil gegebenenfalls bestehende Einflüsse und Kausalbeziehungen zwischen den Ereignissen so besser erkennbar sind und ein Überblick über die gesamte Protestwelle gewährleistet werden soll.

- Tunesien 19.12.2010 (Beginn der Proteste nach der öffentlichen Anzündung Mohamed Bouazizis),
- Ägypten 25.01.2011 (erste Massenproteste gegen Mubarak),
- Jemen 27.01.2011 (Massenproteste im Jemen),
- Iran 14.02.2011 (größte Proteste seit der Grünen Revolution 2009),
- Bahrain 14.02.2011 (Massenprotest mit Todesopfern)
- Libyen 16.02.2011 (Eskalation friedlicher Proteste nach Festnahme von Aktivisten und Angriff durch Gaddafi- Anhänger),
- Syrien 19.03.2011 (Proteste und Tod von fünf Demonstranten).¹⁵⁴

¹⁵³ Vgl. Gardner (2010): S.12ff

¹⁵⁴ Vgl. Blight, Garry (2011): The path of protest;

<http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

In den jeweiligen Kapiteln werde ich die historische Entwicklung der Staaten und die aktuelle Entwicklungen seit der Jahrtausendwende kurz skizzieren, nationale Besonderheiten und Voraussetzungen erläutern sowie die herrschenden Eliten und die Staatsform beschreiben. Zudem möchte ich Faktoren, die zum Ausbruch der Proteste führten, darstellen und die Träger der Revolution, deren Motivation und Zielsetzungen und die Reaktion der Herrschenden auf die Proteste thematisieren.

Abschließend werden die Entwicklungen vor dem Hintergrund der Transformationsforschung diskutiert und die Rolle, die das Internet für die Protestbewegung spielt/e untersucht.

Bei der Analyse der Proteste werde ich die Ereignisse in den ausgewählten Staaten zwischen Dezember 2010 und Ende Juni 2011 berücksichtigen.

Im Anschluss an die länderspezifischen Kapitel werde ich auf Basis all dieser Informationen das Gesamtphänomen der Proteste und den Stellenwert des Internets für die Protestbewegung ausführlich erläutern und bewerten.

5. Tunesien

5.1 Vom französischen Protektorat zur autoritär regierten Mittelstandsgesellschaft

Tunesien war seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine konstitutionelle Monarchie, in der einige Grundrechte galten und in der das Prinzip der Gewaltenteilung umgesetzt war.

Zur selben Zeit nahm Frankreich eine schwere Finanzkrise Tunesiens zum Anlass, es zu besetzen und zu einem französischen Protektorat zu machen, wollte in Wirklichkeit dadurch aber nur seine Vormachtstellung in Nordafrika festigen. Das tunesische Staatsoberhaupt verlor einen Großteil seiner Befugnisse und die tunesische Innenpolitik wurde von einem französischen Politiker geleitet. Die Franzosen führten in Tunesien ihre Art der Verwaltung und Rechtssprechung sowie ihre Amtssprache und ein marktwirtschaftliches System ein.¹⁵⁵

Ab 1920 verlangten immer größere Teile der Bevölkerung eine Unabhängigkeit Tunesiens und der säkular eingestellte Habib Bourguiba, Symbolfigur der Bewegung und Verfechter einer demokratischen Republik, wurde von den Franzosen bis in die 50er immer wieder inhaftiert und an politischer Betätigung gehindert.¹⁵⁶

Frankreich gewährte Tunesien 1956 schließlich die Unabhängigkeit und die Tunesier entschieden sich nach der Dekolonialisierung für die Einführung einer Republik, die am 25.07.1957 offiziell von der verfassungsgebenden Versammlung ausgerufen wurde.

In der von der Versammlung ausgearbeiteten Verfassung wurde u. a. die rechtliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen festgelegt.

Bourguiba wurde zum Staatspräsidenten und seine Einheitspartei PND zur Regierungspartei, allerdings auch zur einzig erlaubten Partei. Bourguiba schwang sich zum autokratischen Alleinherrscher auf und seine Partei kontrollierte alle politischen Prozesse.

Demokratisierungsforderungen von Seiten der Bevölkerung so wie innerhalb der eigenen Partei wurden unterdrückt und die Verfassung mehrfach so verändert, dass die Dauer der Präsidentschaft auf Lebenszeit verlängert und die Macht des Präsidenten und seiner Partei immer weiter ausgebaut wurde. Bourguibas Ziel war eine Modernisierung des Staates, der Islam spielte nur eine untergeordnete Rolle.¹⁵⁷

Bis zu seiner Absetzung 1987 regierte Bourguiba das Land als Einparteienstaat auf autoritäre Weise und gestand der Bevölkerung keinerlei politische Partizipationsrechte zu.

¹⁵⁵ Vgl. Krische (2004): S.38ff

¹⁵⁶ Vgl. Bruckberger (1992): S.19ff

¹⁵⁷ Vgl. Krische (2004): S.40ff

Sein Nachfolger wurde der damals amtierende Ministerpräsident Ben Ali, der versprach, Tunesien zu Liberalisierung und Demokratie zu verhelfen.¹⁵⁸

Ben Ali blieb von 1987 bis zum 14.01.2011 das Staatsoberhaupt Tunesiens. Die ersten Jahre seiner Amtszeit wurden von vielen als positives Zeichen und Bemühung um eine Demokratisierung des Landes bewertet: Ben Ali führte einen Verfassungsgerichtshof ein, arbeitete mit Menschenrechtsorganisationen zusammen, erlaubte eine Pluralisierung der Parteienlandschaft, bemühte sich um eine Versöhnung mit den Islamisten und bekannte sich im, mit zentralen tunesischen Akteuren ausgehandelten, Pacte National zu Demokratie und zum republikanischen System.¹⁵⁹

Die Präsidentschafts- und Kommunalwahlen der nächsten Jahrzehnte wurden allerdings immer wieder wegen ihrer Unregelmäßigkeiten und des deterministischen Wahlrechts kritisiert. In der Regel wurde es weiteren Präsidentschaftskandidaten rechtlich unmöglich gemacht, überhaupt zu kandidieren. Zudem unterlagen die Medien und die Berichterstattung einer staatlichen Zensur. Offiziell betonte Ben Ali zwar die Notwendigkeit der Einhaltung der Menschenrechte, die Praxis sah aber häufig anders aus.¹⁶⁰

Ab 1994 wurde schließlich jegliche Kritik am herrschenden Regime mit Hilfe von repressiven Maßnahmen unterbunden. Insbesondere die Verfolgung der Islamisten wurde immer stärker, wobei allerdings die Grenze zwischen Islamisten und Regimegegnern absichtlich sehr unscharf gezogen wurde.¹⁶¹

Das Besondere an Tunesien ist, dass es prinzipiell vom sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt gute Voraussetzungen für eine Demokratisierung aufwies bzw. aufweist. Tunesien hat die größte Mittelklasse (60-80% der Bevölkerung) und den niedrigsten Anteil armer Einwohner (~6%) aller arabischen Staaten. Durch stetes Wirtschaftswachstum bietet es zudem einen sehr hohen Lebensstandard und das höchste Pro-Kopf-Einkommen der nordafrikanischen Staaten. In diversen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen übertrifft es diese ebenso.

Verschiedene elitäre Gruppen befürworteten bzw. forderten seit langem Demokratie und politische Partizipation (Stand 2004).¹⁶² Zudem sind die rechtliche Gleichstellung der

¹⁵⁸ Vgl. Röhrich (1999): S.110

¹⁵⁹ Vgl. Wöhler- Kahlfallah (2004): S.365f

¹⁶⁰ Vgl. Krische (2004): S.62ff

¹⁶¹ Vgl. Krische (2004): S.97ff

¹⁶² Vgl. Wöhler- Kahlfallah (2004): S.373

Geschlechter und die Säkularität des Systems positiv hervorzuheben. Religion spielte in der Politik keine zentrale Rolle.

Beide Präsidenten, die in den letzten 60 Jahren Tunesien beherrschten, Bourguiba und Ben Ali, taten dies als autokratischer Herrscher. Zwar versprachen beide dem Volk Demokratie, Liberalisierung und Modernisierung, setzten diese aber nur begrenzt um. Eine erfolgreiche Liberalisierung des wirtschaftlichen Systems, eine Öffnung zum Westen hin und die rechtliche Gleichstellung der Frau sind als positive Errungenschaften dieser Zeit hervorzuheben. Auch die Verabschiedung der Verfassung 1957, die die Macht verteilte politische Institutionen einführte, wäre theoretisch die richtigen Schritte hin zu einer Demokratie gewesen.

Aber durch die Manipulation von Wahlen, die willkürliche Abänderung der Verfassung im Interesse des amtierenden Präsidenten, die Zensur der Medien, die Missachtung der Menschenrechte und das Verbot und die Repression einer politischen Opposition (bzw. eine Rechtslage, die indirekt keine konkurrierenden Parteien zuließ) wurden die Demokratisierungsbemühungen zunichte gemacht. Entgegen den Forderungen der Bevölkerung und trotz dessen wachsendem politischem Bewusstsein, verweigerten die Präsidenten eine Abgabe ihrer Macht oder die Einleitung von Maßnahmen, die eine wirkliche Demokratisierung ermöglicht hätten.

Somit ist aus Sicht der Transformationsforschung keine der Phasen einer Transformation erfolgreich abgeschlossen worden: Die alten Eliten behielten ihre Macht und die zweite Phase scheiterte am Widerstand eben dieser. Einzig die Konsolidierung, die Phase der Bildung eines demokratischen Bewusstseins innerhalb der Bevölkerung, scheint weiter fortgeschritten zu sein. Seit 1955 spricht sich die Mehrheit der Bevölkerung für eine Demokratisierung ihres Landes aus.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Tunesien in den 50ern, nach der Unabhängigkeit von Frankreich und monarchischer Herrschaft, durchwegs als autoritär regierter Staat bezeichnet werden kann, in dem die Umsetzung eines demokratischen Staatssystems (noch) nicht gelungen ist.

Freedom House bezeichnet den Staat 2009 als unfrei, laut dem Bertelsmann Transformation Index belegt Tunesien im Hinblick auf den Stand seiner politischen und wirtschaftlichen Transformation 2010 nur Platz 82 von 128 Staaten.^{163 164}

¹⁶³ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

5.2 Die Proteste und der Sturz Ben Alis

Die Protestwelle, die die gesamte arabische Welt erfasste, ging von Tunesien aus und begann am 17. Dezember 2010. Auslöser war die Tat Mohamed Bouazizis in Sid Bouzid, der sich aus Protest gegen die Behandlung, die ihm von Seiten der staatlichen Behörden zuteil geworden war, selbst öffentlich anzündete.¹⁶⁵

An den folgenden Tagen kam es zu Massenprotesten vor allem junger Menschen, die sich gegen die Regierung, die ökonomische Situation und die hohe Jugendarbeitslosigkeit richteten. „Protesters complained about high unemployment, corruption, rising prices and political repression.“¹⁶⁶

Von Seiten der völlig überraschten Regierung gab es anfangs keinen Kommentar, Augenzeugen berichteten per Internet oder telefonisch von der Situation, mit der niemand weltweit gerechnet hatte, unter anderem, weil: ¹⁶⁷ „Riots are extremely rare for Tunisia, a north African country of about 10 million people which is one of the most prosperous and stable in the region.“¹⁶⁸

Die Proteste breiteten sich bis Ende Dezember im ganzen Land aus, es gab Tote und Verletzte und Ben Ali warnte am 28.12. vor massiven Konsequenzen, mit denen die „Minderheit protestierender Extremisten“ zu rechnen habe. Nach weiter anhaltenden Protesten und Zusammenstößen mit Polizei und Militär, bei denen (nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen) 66 Menschen ums Leben kamen, bot Ben Ali weitreichende Reformen an, entließ die Regierung und versprach, bei den nächsten Wahlen nicht mehr zu kandidieren. Am 14.01.2011 verließ er schließlich Tunesien und floh nach Saudi-Arabien. Mebazaa wurde zum Übergangspräsidenten ernannt. Eine neue Regierung wurde gebildet, in der aber viele Ben Ali- treue Politiker vertreten sind; dies führte zu weiteren Protesten.¹⁶⁹ Die Bevölkerung verlangte die Auflösung von Übergangsregierung und Parlament sowie die Organisation von Neuwahlen. Der Premierminister Ghannouchi trat daraufhin von seinem Amt zurück. Die Einheitspartei Ben Alis wurde aufgelöst und neue Parteien entstanden.¹⁷⁰ „In two short months, this country has gone from decades of strict one-party rule to an explosion of more than 30 registered political parties.“¹⁷¹

¹⁶⁴ Vgl. Map of Freedom, www.freedomhouse.org

¹⁶⁵ Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/21.50/>

¹⁶⁶ Vgl. <http://www.cnn.com/2011/WORLD/meast/03/20/middle.east.africa.unrest/index.html?iref=allsearch>

¹⁶⁷ Vgl. <http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJOE6BI06U20101219>

¹⁶⁸ <http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJOE6BI06U20101219>

¹⁶⁹ Vgl. <http://english.aljazeera.net/indepth/spotlight/tunisia/2011/01/201114142223827361.html>

¹⁷⁰ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/27/tunisian-prime-minister-ghannouchi-resigns>

Die für Juli vorgesehenen Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung wurden auf Oktober verschoben, da die Wahlkommission zu dem Ergebnis gekommen war, transparente und freie Wahlen innerhalb des kurzen Zeitraums nicht angemessen organisieren zu können. Der aktuellen Übergangsregierung steht Essebsi als Ministerpräsident vor. Die ökonomische Situation in Tunesien hat sich seit Beginn der Proteste durch Einbrüche bei Investitionen und im Tourismussektor für große Teile der Bevölkerung verschlechtert.¹⁷²

Seit April ermittelt die tunesische Justiz wegen „unrechtmäßiger Aneignung von Gütern, Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates und des Mordes“¹⁷³ gegen den geflohenen Ex-Präsidenten Ben Ali.

Nun stellt sich die Frage, wie die Proteste in Tunesien zu bewerten sind:

Prinzipiell könnte man sagen, dass die Entmachtung des Jahrzehnte herrschenden Präsidenten Ben Ali erfolgreich war und die Bevölkerung dank weiterer Proteste auch die Auflösung von Ben Alis Partei und die Entfernung der meisten seiner Anhänger aus der Übergangsregierung erreichen konnte. Theoretisch ist somit die erste Phase der Transformation größtenteils erfolgreich durchlaufen worden. Inwieweit eine Demokratisierung gelingt, wird nun von verschiedenen Faktoren abhängen: Zentral ist die Durchführung einer freien und fairen Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung im Oktober; danach besteht die Chance auf einen formellen, institutionellen und rechtlichen Wandel.

Prinzipiell scheinen die Voraussetzungen für die Implementierung einer demokratischen Staatsordnung, wie oben (5.1) erläutert, relativ gut zu sein.

¹⁷¹ <http://www.cnn.com/2011/WORLD/meast/03/20/middle.east.africa.unrest/index.html?iref=allsearch>

¹⁷² Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/tunesien-verschiebt-wahlen-auf-oktober/4266036.html>

¹⁷³ Wandler (2011): S.9

5.3 Internet in Tunesien: Landesweite Mobilisierung trotz strenger Zensur

„Facebook, Twitter, Blogs. Nachrichten verbreiten sich mittlerweile rasend schnell via Internet. Das gilt auch für den Umsturz in Tunesien. Während das Staatsfernsehen Bilder der Unruhen noch zensierte, war die digitale Welt schon per Kurznachricht informiert.“¹⁷⁴

Tunesien verfügt als eines der wohlhabenden afrikanischen Länder über ein sehr gut ausgebautes Kommunikationsnetz und die Preise für die Dienstleistungen sind relativ gering. 90% der Tunesier besitzen ein Handy, 84% der Einwohner besitzen zu Hause einen Internetzugang, 76% verwenden das Internet am Arbeitsplatz.¹⁷⁵

Dementsprechend ist die durchschnittlich sehr junge Bevölkerung gut mit den neuen Kommunikationstechnologien vertraut. Um allerdings zu verhindern, dass über die neuen Medien Informationen die Bevölkerung erreichen, die dem Interesse des autoritären Regimes entgegenstehen, herrscht in Tunesien eine strenge Medien- und Internetzensur.

Angaben der Open Net Initiative, die sich mit der Zensur und Überwachung des Internets weltweit beschäftigt, bezeichnet Tunesien als ein Land, in dem alle Internetinhalte gefiltert und kontrolliert werden.¹⁷⁶

Einem Freedom House Ranking zur Internetfreiheit liegt Tunesien zusammen mit China, Kuba und dem Iran noch 2011 auf den letzten Plätzen der Skala.¹⁷⁷

Das komplette Internet des Landes geht von einem zentralen Anschlusspunkt in der Hauptstadt Tunis aus, was dazu führt, dass Störungen immer alle Nutzer betreffen und die Leistung des Netzes nicht annähernd genutzt werden kann. Zudem ermöglichte diese Bündelung des Internetzugangs an einer Kontrollstelle dem Regime die Filterung aller unerwünschten Inhalte.¹⁷⁸

Diese Aufgabe übernahm bis zur Revolution die vom Kommunikationsministerium eingesetzte ATI, Tunesian Internet Agency. Alle 11 tunesischen Internetbetreiber bezogen ihr Internet vom von der ATI kontrollierten Knotenpunkt in Tunis.¹⁷⁹

Gefiltert wurde mit Hilfe eines, in den USA eigentlich für die Nutzung in Unternehmen entwickelten, Programms namens Secure Computing. Bei Aufruf jeder zensierten Seite erscheint einfach der Hinweis, die Seite sei nicht gefunden worden.¹⁸⁰

¹⁷⁴ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1370831/>

¹⁷⁵ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/tunisia>

¹⁷⁶ Vgl. <http://map.opennet.net/filtering-IT.html>

¹⁷⁷ Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/183282/umfrage/internetfreiheit-weltweit-nach-dem-freedom-house-index/>

¹⁷⁸ Vgl. <http://www.tunispro.de/tunesien/internet-in-tunesien.htm>

¹⁷⁹ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/tunisia>

ATI filterte alle Formen pornografischen Materials, Seiten von Menschenrechtsorganisationen und Regimekritikern sowie Seiten mit unzensurierten Nachrichten.¹⁸¹

„The prominent video sharing Web sites youtube.com and dailymotion.com were found blocked, apparently because Tunisian activists used them to disseminate content critical of the regime’s human rights practices.”¹⁸²

2010 wurden die ohnehin schon strengen Mediengesetze noch verschärft und alle Inhalte untersagt, die dem Interesse des Staates entgegenstehen.¹⁸³

Trotzdem formierte sich kurz nach Bouazizis Tat eine Widerstandsbewegung auf Twitter; auch auf Facebook wurde über die Ereignisse berichtet. Die von der Regierung kontrollierten nationalen Massenmedien hatten die Proteste in ihrer Berichterstattung ignoriert.

Zwar ließ die Regierung die Seiten kurz darauf sperren, die Bevölkerung war aber bereits informiert und der Protest hatte sich formiert. Facebook und Twitter erwiesen sich zudem als zentrale Kommunikationskanäle für die mit dem Internet vertraute Bevölkerung, um den Rest der Welt über die Ereignisse zu informieren.¹⁸⁴

„Footage posted on the Facebook social network site showed several hundred protesters outside the regional government headquarters, with lines of police blocking them from getting closer to the building.”¹⁸⁵

Bereits vorher hatten Wikileaks Enthüllungen über die herrschende Korruption und den unglaublichen Reichtum der herrschenden Elite den Zorn der unter Massenarbeitslosigkeit und Repression leidenden Bevölkerung geschürt.¹⁸⁶

Die Regierung reagierte schnell und mit allen Mitteln gegen die Proteste und den Austausch im Internet: Es gab immer mehr Hinweise, dass die tunesische Regierung neben der üblichen Zensur auch dazu übergegangen ist, Passwörter von Nutzern auszuspionieren um sich Zugang zu deren Accounts oder Blogs zu verschaffen. Daten und Informationen können auf diesem Wege gelöscht und die Nutzer bzw. Betreiber bestraft werden. Diverse Seiten bedeutender Regimekritiker wurden auf diesem Wege gelöscht und Facebook Gruppen wurden gesperrt.¹⁸⁷

¹⁸⁰ Vgl. <http://www.netzeitung.de/sport/368453.html>

¹⁸¹ Vgl. <http://www.tunispro.de/tunesien/internet-in-tunesien.htm>

¹⁸² <http://opennet.net/research/profiles/tunisia>

¹⁸³ Vgl. <http://www.tunispro.de/tunesien/internet-in-tunesien.htm>

¹⁸⁴ Vgl. <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Der-Mut-der-Verzweiflung-id4173147.html>

¹⁸⁵ <http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJOE6BI06U20101219>

¹⁸⁶ <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Der-Mut-der-Verzweiflung-id4173147.html>

¹⁸⁷ Vgl. <http://www.zeit.de/digital/internet/2011-01/tunesien-zensur-facebook>

Doch die Internetnutzer wehrten sich: Eine Cyberaktivistengruppe legte durch technische Tricks den Regierungsserver und Ministeriumsseiten zeitweise lahm.¹⁸⁸

Zudem wurden Blogs und Twitter- Accounts von Politiker gefälscht.¹⁸⁹

Diese Ereignisse zeigen, dass das Internet eine zentrale Rolle bei den Protesten spielt. In Ermangelung unabhängiger Medien informierten sich die Menschen via Internet über die Ereignisse. Nach der Tat Bouazizis, die durch Facebook und Twitter bekannt wurde und den Enthüllungen durch Wikileaks bildete das Internet ein Forum zum Austausch und zur Solidarisierung. „Auch Videos von den Protesten wurden auf diese Weise ausgetauscht, um die Internetzensur zu umgehen - das Regime hatte die Videoplattformen schon vor Jahren sperren lassen. Zudem dienten Twitter und Facebook dazu, Nachrichten über Verletzte und Tote zu verbreiten, Bürgerwehren zu organisieren oder Aufrufe zur Gewaltlosigkeit zu veröffentlichen.“¹⁹⁰

Bloggerin und Universitätsdozentin Lina Ben Mhenni sieht das Internet als wichtiges Instrument der Revolution, wichtigen Ersatz für fehlende kritische Medien und als Plattform zur Mobilisierung der Bevölkerung und zur Organisation von Demonstrationen.“¹⁹¹

Slim Amamou, einer der bekanntesten tunesischen Blogger, der zeitweise inhaftiert war, ist nach den Protesten zum Minister ernannt worden. Er beurteilt die Bedeutung des Internets folgendermaßen:

"Ich weiß nicht, ob man das als Internet-Revolution bezeichnen kann. Das ist nur eine Seite der Medaille. [...] Man kann Leute nicht mobilisieren, ohne zu kommunizieren, ohne Informationen. Das Internet hat also eine große Rolle gespielt, aber am Ende haben die Menschen auf der Straße den Regierungswechsel bewirkt.“¹⁹²

Am 14.01.2011 wurde in Tunesien die Zensur aufgehoben und vom Innenminister die völlige Pressefreiheit zugesichert. Das Informationsministerium und das ATI wurden abgeschafft. Bis jetzt zensierte Seiten sollen überprüft und größtenteils freigegeben werden.

Die neue Freiheit wird von zahllosen Journalisten, Bloggern und Internetnutzern bereits intensiv genutzt.¹⁹³

¹⁸⁸ Vgl. <http://english.aljazeera.net/indepth/spotlight/tunisia/2011/01/201114142223827361.html>

¹⁸⁹ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-in-tunesien-von-der-strasse-ins-netz-1.1046518>

¹⁹⁰ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1370831/>

¹⁹¹ Vgl. <http://www.pushthebutton.de/2011/02/07/tunesische-bloggerin-lina-ben-mhenni-das-internet-spielt-eine-fuhrende-rolle-fur-die-revolution/>

¹⁹² <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1370831/>

¹⁹³ Vgl. <http://www.suite101.de/content/tunesien-innenminister-sichert-internet--und-pressefreiheit-zu-a98717>

6. Ägypten

6.1 Die Entwicklung Ägyptens bis 2011

„Günstigstenfalls lässt sich sagen, dass Ägypten, dass auf fünftausend Jahre Zentralismus und autoritäre Herrschaft zurückblickt, zwar Zeichen des Wandels erkennen lässt, aber nichts, was auf echte Erneuerung hindeutet. Die Regierung Präsident Hosni Mubaraks, der Ende 2005 seine fünfte sechsjährige Amtsperiode antrat, duldet keinerlei Anfechtungen.“ (2010)

Ab 1922 war Ägypten britisches Protektorat, 1952 wurde die bestehende Monarchie durch Gamal Abdel Nasser gestürzt. Nach seiner Machtübernahme marschierten Briten und Franzosen in Ägypten ein, um ihre Macht zu sichern, mussten sich aber kurz darauf auf Drängen der USA und der Sowjetunion zurückziehen. Nasser ließ 1953 die Republik ausrufen und blieb bis 1970 ägyptischer Präsident. Anwar Sadat wurde sein Nachfolger und hatte das Amt bis 1981 inne: In seine Regierungszeit fällt ein bewaffneter Konflikt mit Israel, der mit dessen offizieller Anerkennung endete. Nach Sadats Ermordung übernahm der damalige Vizepräsident Mubarak das Amt und hatte es bis zu den Protesten inne.¹⁹⁴

Insgesamt kann über die geschichtliche Entwicklung Ägyptens gesagt werden, dass „seit Mitte der 1970er Jahre, als unter Anwar Sadat das nasseristische Einparteiensystem für neue Strömungen geöffnet wurde, [...] das politische System Ägyptens durch Phasen der kontrollierten politischen Öffnung und der erneuten autoritären Kontraktion gekennzeichnet“¹⁹⁵ ist.

Das ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen:

- Durch ökonomische Schwierigkeiten sank das Staatsbudget, was massive Einschränkungen für das sozialstaatliche Handeln nach sich zog.
- Die Dritte Demokratisierungswelle der 1990er führte zu einem Erstarren der oppositionellen Bewegung.
- Der rege Zulauf zur islamistischen Bewegung, die das Regime zu unterbinden versuchte, setzte es sehr unter Druck.¹⁹⁶

¹⁹⁴ Vgl. <http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/aegypten/aegypten-geschichte.php>

¹⁹⁵ Beck (2009): S.304

¹⁹⁶ Vgl. Beck (2009): S.304f

Die Lebensbedingungen der Bevölkerung waren und sind sehr schlecht. Das jährliche Durchschnittseinkommen ist extrem niedrig, die Einkommensverteilung ungleich. Nur 3% der Einwohner haben einen Lebensstandard, der mit dem Mitteleuropas vergleichbar ist.

Die Bevölkerung wächst jährlich um 1,3 Millionen (2010:75Mio), was bedeutet, dass theoretisch auch immer mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen müssten. Zugleich ist diese wachsende Gruppe junger Menschen immer besser ausgebildet und die Frauenberufstätigkeit steigt konstant.¹⁹⁷

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist sehr tief, 43% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze (1980:39%) und die Hälfte der Ägypter sind Analphabeten. Maßnahmen zur Anregung der Wirtschaft funktionierten nur sehr bedingt oder wurden aus Angst vor einem Machtverlust von den herrschenden Eliten gar nicht erst umgesetzt.¹⁹⁸

Die zentralen Probleme sind/waren die „öffentliche Finanzknappheit, private Armut, hohes Bevölkerungswachstum und offenes Desinteresse der politischen Eliten am Wohl der Bevölkerungsmehrheit.“¹⁹⁹

Mubaraks Massenpartei regierte das Land jahrzehntelang auf autoritäre und populistische Weise. Allerdings war sie in ihrem Inneren seit Jahren gespalten in die traditionelle Basis um Mubarak und die Gruppe um seinen Sohn, der eine Modernisierung und Verjüngung der herrschenden Partei anstrebte.²⁰⁰

Zugleich hatte sich durch die Neuen Medien und die umfassende Versorgung mit Informationen die politische Kultur des Landes verändert und Kritik- und Diskussionsbereitschaft stiegen. 2004 bildete sich nach Mubaraks Ankündigung, auch bei den nächsten Wahlen kandidieren zu wollen, eine Protestbewegung, die Demonstrationen organisierte und erreichte, dass 2005 erstmals auch Gegenkandidaten antreten durften. Diesen wurde allerdings mit Hilfe rechtlicher Hürden ein Erfolg von vornherein praktisch unmöglich gemacht.²⁰¹ Auch die Wahl 2010 wurde von massiven Protesten der Opposition wegen Wahlbetruges begleitet; die Regierung reagierte darauf mit massiver Repression.²⁰²

Religiös motivierte Probleme Ägyptens stellen die häufigen Konflikte zwischen den muslimischen und christlichen Ägyptern (~ 18% der Bevölkerung) sowie der wachsende

¹⁹⁷ Vgl. Perthes (2006): S.16ff

¹⁹⁸ Vgl. Gardner (2010): S.52ff

¹⁹⁹ Perthes (2006): S.22

²⁰⁰ Vgl. Perthes (2006): S.51ff

²⁰¹ Vgl. Beck (2009): S.307

²⁰² Vgl. http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/wahl-in-aegypten-opposition-spricht-von-wahlbetrug_aid_579324.html

Erfolg der Moslembrüderschaft und die damit direkt oder indirekt einhergehenden Anschläge dar.²⁰³

Der Politikwissenschaftler und Experte für den arabischen Raum, Volker Perthes, befragte 2006 verschiedene ägyptische Politiker und Journalisten über ihre Einschätzung der zukünftigen politischen Entwicklung des Landes. Die Antworten waren durchgängig pessimistisch:

Intellektuelle kritisierten das Fehlen einer massenwirksamen Opposition, das sich vor allem an der sehr geringen Anzahl an Demonstrationsteilnehmern zeige. Die ehemalige Parlamentsabgeordnete Obeid wies die Schuld den Sozialisationsinstanzen zu, die nur autoritäre Prinzipien vermitteln, wodurch die Zivilgesellschaft keine demokratischen Werte entwickeln konnte.²⁰⁴ Ein anderer ägyptischer Politiker sagte 2005:

„Es wäre gut, wenn so etwas passierte, aber ich sehe es nicht. Alles geschieht hier nur am oberen Rand der Gesellschaft, politische Bewegungen haben keine soziale Tiefe.“²⁰⁵

Ägypten war bis zu den Protesten ein autoritär regierter Staat: Freedom House ordnete den Staat 2009 der Kategorie unfrei zu, laut dem Bertelsmann Transformation Index belegt Ägypten mit dem Stand seiner politischen und wirtschaftlichen Transformation 2010 nur Platz 87 von 128 Staaten.^{206 207} Allerdings hat Mubarak während seiner Amtszeit einige Gesetze erlassen, die dem Volk mehr Freiheit zugestanden: Die Kandidatur mehrerer Präsidentschaftskandidaten war theoretisch möglich, Medien wurden nicht so streng zensiert und die Äußerung von Kritik am Regime wurde in Maßen toleriert. Allerdings hatte die Regierung durch die seit 1981 geltende Notstandsverordnung weitreichende Kompetenzen, konnte Personen grundlos inhaftieren und somit Kritiker zum Schweigen bringen.²⁰⁸

Insgesamt ist also die Situation in Ägypten durch eine extrem schlechte Lebenssituation der großen Mehrheit der Bevölkerung gekennzeichnet. Eine oppositionelle Bewegung hatte sich zwar gebildet, große Teile der ägyptischen Bevölkerung räumten ihr allerdings kaum Erfolgchancen ein. Einer Umfrage aus dem Jahre 2006 zufolge sahen 60% der ägyptischen Bevölkerung Maßnahmen zur Armuts- und Korruptionsbekämpfung als weitaus dringlicher an als eine Demokratisierung ihres Staates.²⁰⁹

²⁰³ Vgl. Perthes (2006): S.36

²⁰⁴ Perthes (2006): S.59

²⁰⁵ Perthes (2006): S.13

²⁰⁶ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

²⁰⁷ Vgl. Map of Freedom, www.freedomhouse.org

²⁰⁸ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/egypt>

²⁰⁹ Vgl. Perthes (2006): S.16

6.2 Die Proteste und die Abdankung Mubaraks

Die Proteste in Ägypten begannen am 25.01.2011, knapp einen Monat nach deren Beginn in Tunesien und elf Tage nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali (14.01.2010). Bereits Tage vor dem ersten Tag der Unruhen, dem „Tag der Wut“, hatte sich ein Mann aus Protest gegen seine Lebensbedingungen in der Nähe des Parlaments angezündet und der ägyptische Dissident Mohamed ElBaradei hatte Unruhen, ähnlich denen in Tunesien, prognostiziert.²¹⁰

Wut und Unzufriedenheit über Arbeitslosigkeit, Armut, Korruption, niedrigen Lebensstandard und mangelnde Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung waren in der ägyptischen Bevölkerung bereits seit langem verbreitet und kleiner oppositionelle Gruppierungen hatten sich gebildet. Aber erst nach der erfolgreichen Revolution in Tunesien wurde die kleine ägyptische Opposition zur aktiven Massenbewegung:

„The people of Egypt broke through a barrier of fear they had known for a generation and rose in revolt against their president. [...] People took to the streets across Egypt demanding political freedoms, an end to state corruption and a better quality of life for the impoverished population.“²¹¹

Mubarak verweigerte anfangs einen Rücktritt und versprach die Umsetzung von demokratischen Reformen. Doch die geringen Zugeständnisse erfüllten die Forderungen der oppositionellen Bewegung nicht und es kam wiederholt zu Massenprotesten, die vor allem von Jugendlichen organisiert wurden.²¹² Die Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor, die Menschen ließen sich jedoch nicht einschüchtern und die Zahl der Protestierenden stieg konstant.²¹³

Mittlerweile hatte die oppositionelle Bewegung Rückhalt und Unterstützung im ganzen Land gewonnen. Am 1. Februar fand der „Marsch der Millionen“ statt, wobei allein in Kairo zwei Millionen Menschen auf die Straße gingen.²¹⁴ Die Polizei zog sich zurück, an ihrer Stelle sollte die Armee für Sicherheit sorgen, griff aber in die Proteste nicht ein.²¹⁵ Sie

²¹⁰ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

²¹¹ <http://english.aljazeera.net/programmes/2011/02/201121310411102992.html>

²¹² Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/aegypten-erwartet-proteste-mit-einer-million-demonstranten/3820052.html>

²¹³ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Revolution_in_%C3%84gypten_2011#Gewaltsame_Eskalation

²¹⁴ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Revolution_in_%C3%84gypten_2011#Gewaltsame_Eskalation

²¹⁵ <http://english.aljazeera.net/programmes/2011/02/201121310411102992.html>

veröffentlichte eine Woche nach Beginn der Proteste die folgende Erklärung: „Wir werden keine Gewalt gegen die Bürger einsetzen. Wir verstehen die Forderungen der Bürger.“²¹⁶

„As the protests moved into their third week, what began as a demonstration had turned into a revolution.“²¹⁷ Mubarak versuchte hartnäckig, durch diverse taktische Schritte und politische Zugeständnisse im Amt zu bleiben, legte sein Amt aber schließlich am 11. Februar nieder und verließ das Land.²¹⁸ Eine ägyptische Untersuchungskommission wirft Mubarak mittlerweile gravierende Mitschuld am Tod Hunderter Demonstranten vor, weil er die Polizei zu massiver Gewaltanwendung anwies.²¹⁹

„Insgesamt [sind] während der 18-tägigen Proteste mindestens 846 Zivilisten und 26 Polizisten getötet worden, fast 6500 Menschen seien verletzt worden.“²²⁰

Die Neuorganisation des politischen Systems liegt vorerst in den Händen des Militärs, das demokratische Wahlen und zu gegebener Zeit die Machtübergabe an die gewählte Regierung organisieren soll.²²¹ Die Gefahr besteht darin, ob das Militär bereit sein wird, nach den Wahlen die Macht auch wirklich abzugeben.

Die Journalistin Harrer äußerte in ihrem Vortrag Ende März die Vermutung, dass die Zurückhaltung der Armee bis zu Mubaraks Rücktritt darauf zurückzuführen gewesen sei, dass sie ihr positives Image in der Bevölkerung nicht verlieren und auch der Beziehung zu den USA, von denen sie jährlich Subventionen in Milliardenhöhe erhalten, nicht gefährden wollten. Wären sie gegen die Demonstranten vorgegangen, hätte die Gefahr bestanden, dass sie ihre Macht bei einer Niederlage des Mubarak Regimes völlig verlieren. So haben sie auch nach dessen Rücktritt weiterhin großen Einfluss.²²²

Bei der ersten freien Wahl seit Jahrzehnten ging es um Verfassungsänderungen, um die für Juni vorgesehenen Parlamentswahlen zu ermöglichen. Sie wurden mit 77% der Stimmen bestätigt.²²³ Allerdings gibt es auch viele Kritiker, die die Verfassungsänderung nicht als Weg zur Demokratisierung sondern als Stabilisierung und Verhinderung des kritischen Diskurses

²¹⁶ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/aegypten-erwartet-proteste-mit-einer-million-demonstranten/3820052.html>

²¹⁷ <http://english.aljazeera.net/programmes/2011/02/201121310411102992.html>

²¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Revolution_in_%C3%84gypten_2011#Gewaltsame_Eskalation

²¹⁹ Vgl. Harrer (2011): S.4

²²⁰ Harrer (2011): S.4

²²¹ Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/menschen-lassen-sich-den-mund-nicht-mehr-verbieten/3830744.html>

²²² Vgl. Harrer (2010): Vortrag

²²³ Vgl. <http://edition.cnn.com/2011/WORLD/meast/03/20/middle.east.africa.unrest/index.html?iref=allsearch>

bewerten. Die neue Verfassung soll erst nach den Wahlen von einer Versammlung erarbeitet werden, deren Mitglieder vom Parlament bestimmt wurden. Allerdings gibt es in Ägypten bisher nur zwei gut organisierte politische Gruppierungen: Die NDP, Partei Mubaraks und die Moslembrüderschaft. Die Frage ist, ob die oppositionellen Kräfte sich im kurzen Zeitraum bis zur Neuwahl in ausreichendem Maße organisieren und Wähler mobilisieren können. Andernfalls würden die konservativen Kräfte die neue Verfassung festlegen.²²⁴

Aktuell (April und Juni) kommt es unter der Militärregierung immer wieder zu Demonstrationen und Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Wahlen sind erst für Herbst geplant, die Bevölkerung wehrt sich gegen die zunehmende Einflussnahme und Kompetenzerweiterungen des Militärs, das mittlerweile auch gewaltsam gegen Demonstranten vorgeht.²²⁵

"Ich habe darauf gewartet, das andere Gesicht der Armee zu sehen", sagte ein Demonstrant. "Wenn sie so weitermacht, wird sie das andere Gesicht des Volkes zu sehen bekommen."²²⁶

Anfangs schienen die Proteste in Ägypten erfolgreich zu sein: Mubarak trat nach dreiwöchigen Unruhen zurück und das Militär erweckte den Eindruck, die Interessen der Bevölkerung zu teilen. Die erste Stufe der Transformation, die Entmachtung der autokratischen Herrscherelite, schien abgeschlossen und der Weg zu einer Demokratisierung durch Neuwahlen und Verfassungsausarbeitung offenzustehen.

Ob es aber tatsächlich zu einer Demokratisierung kommen kann, wird abhängig davon sein, wie das Militär sich verhält und wie die Bevölkerung darauf reagiert. Es besteht die Gefahr, dass das Militär seine Macht nicht an eine demokratisch gewählte Regierung übergeben möchte und seine Position mit Gewalt gegen die Bevölkerung zu verteidigen versucht. Selbst wenn die Wahlen wie geplant durchgeführt werden, kann die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung immer noch an diversen Faktoren scheitern.

²²⁴ Vgl. Kaiys (2011): S.6

²²⁵ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,756078,00.html>

²²⁶ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,756041,00.html>

6.3 Internet in Ägypten: Onlineaktivismus seit 2008

Die Kontrolle und Zensur der Massemedien wurde während der Regierungszeit Mubaraks zwar praktiziert, allerdings nicht in einem Maße, wie es in zahlreichen anderen arabischen Staaten durchaus üblich war. „Die ägyptische Presse weist ein gewisses Maß an Meinungsfreiheit und große Vielfalt auf, wird aber weitgehend von der Regierung kontrolliert.“²²⁷ Es ist durchaus ein begrenzter Pluralismus in der ägyptischen Medienlandschaft vorhanden und neben den staatlichen und regimetreuen Medien entstehen auch immer mehr private kommerzielle Medien. Auch Zeitungen, die oppositionelle Standpunkte vertreten sind erlaubt, allerdings kommt es immer wieder zu Prozessen gegen Kritiker wegen sogenannter Pressevergehen.²²⁸

Im Rahmen der Studie der OpenNet Initiative wurden keine Beweise dafür gefunden, dass das Internet in Ägypten zensiert wird.²²⁹ Der ägyptische Internetmarkt ist liberalisiert und über 15% der Bevölkerung nutzen das Internet. Der Staat forciert den weiteren Ausbau des Internetnetzes landesweit.²³⁰ Anderen Quellen zufolge verfügen bis zu 30% der ägyptischen Haushalte über einen Internetzugang.²³¹

Während der Proteste informierten sich die Protestierenden vorwiegend über Internet, Al Jazeera und private Medien. Der staatliche Rundfunk hingegen berichtete über die Proteste sehr subjektiv und bezeichnete sie als vom Ausland gesteuerte Inszenierung.²³²

Seit Beginn der Proteste wurde immer wieder von Abschaltungen der Handynetze und Sperrung von Social Network Pages berichtet, die zunahmen. Am 27.01.2011 wurde schließlich in ganz Ägypten das Internet abgeschaltet. Ägyptische Seiten waren aus dem Ausland nicht mehr zu erreichen, ägyptische Bürger erreichten gar keine Seiten mehr.²³³

Ziel der „größten Internet- Blockade aller Zeiten“ war es, die Kommunikationsmöglichkeiten von Oppositionellen einzuschränken.²³⁴

²²⁷ Schäfer (2009): S.51

²²⁸ Schäfer (2009): S.52ff

²²⁹ Vgl. <http://map.opennet.net/filtering-IT.html>

²³⁰ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/egypt>

²³¹ Vgl. <http://www.stern.de/politik/ausland/netzsperre-in-aegypten-groesste-internet-blockade-aller-zeiten-1648193.html>

²³² Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/menschen-lassen-sich-den-mund-nicht-mehr-verbieten/3830744.html?p3830744=2>

²³³ Vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,742232,00.html>

²³⁴ Vgl. <http://www.stern.de/politik/ausland/netzsperre-in-aegypten-groesste-internet-blockade-aller-zeiten-1648193.html>

Der gut ausgebildete Teil der ägyptischen Bevölkerung ist bereits seit Jahren im Internet aktiv. Ein großer Erfolg der Internetbewegung war der 2008 über Blogs ausgerufene Generalstreik in Mahalla. Tatsächlich folgten an diesem Tag 80% der Menschen dem Aufruf.²³⁵

Seitdem und infolge der steigenden Unzufriedenheit bildeten sich im Internet immer mehr Gruppierungen, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzen. Bei diesen Gruppen handelt es sich allerdings nicht um organisierte Verbände mit einer festgelegten Struktur oder einem bestimmten Programm, sondern um lose Zusammenschlüsse von Personen, die sich Veränderungen in Ägypten wünschen.²³⁶

Der Social-Media- Experte Thomas Pfeiffer vertritt die Überzeugung, dass das Internet für die ägyptische Freiheitsbewegung besonders vor dem Ausbruch der Proteste von Bedeutung war. Die Menschen konnten sich austauschen und vor allem erkennen, dass ihre eigene Meinung und Unzufriedenheit von vielen anderen ebenfalls geteilt wurde. Nach Beginn der Proteste scheint die Bewegung laut Pfeiffer weniger auf das Internet angewiesen gewesen zu sein. Denn auch nach der Abschaltung des Internets durch das Regime gingen die Protest unvermindert weiter.²³⁷

²³⁵ Vgl. <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/services/nachrichten/ftd/PW/60004129.html>

²³⁶ Vgl. <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/services/nachrichten/ftd/PW/60004129.html>

²³⁷ Vgl. <http://politik-digital.de/Aegypten-Internet-Social-Media-Twitter-Facebook>

7. Jemen

7.1 Die konfliktträchtige Vereinigung des Jemen und die schwierigen Lebensbedingungen der Bevölkerung

Die Republik Jemen in ihren heute bekannten Grenzen besteht erst seit der Vereinigung des nördlichen und südlichen Gebiets im Jahre 1990.

Der Nordjemen stand bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts unter osmanischer Herrschaft, vom Ende des Ersten Weltkriegs bis 1962 bestand dort eine Monarchie der zaiditischen Schiiten. 1962 wurden die zaiditischen Herrscher vertrieben und die Arabische Republik Jemen ausgerufen. Daraufhin brach ein fünfjähriger Bürgerkrieg aus, in dem die Republikaner von Ägypten, die Monarchisten von Saudi-Arabien militärisch durch Truppen und Waffen unterstützt wurden; zudem kam es zu Kriegshandlungen zwischen Nord- und Südjemen.²³⁸ Der Bürgerkrieg forderte tausende Tote und Verletzte und endete auf internationalen Druck hin mit einem Minimal- Kompromiss und der völligen Zerrüttung des Nordens, bei der die Stämme an Macht gewannen. Es kam immer wieder zu Unruhen und Attentaten und die Spannungen zwischen den fundamentalistischen schiitischen Stämmen und der sunnitischen progressiven Stadtbevölkerung nahmen zu. Seit 1974 hatte nach einem Putsch das Militär die Macht inne.²³⁹

Der Südjemen stand bis 1967 unter britischem Einfluss, als ein Volksaufstand deren Abzug erzwang. Kurz darauf folgte die Absetzung der herrschenden Sultane und die Ausrufung der demokratischen Volksrepublik Jemen gegen den Widerstand des Militärs.²⁴⁰ Bei der Volksrepublik handelte es sich um einen marxistischen Staat, der sich in ideologischer und wirtschaftlicher Hinsicht stark an der Sowjetunion orientierte.²⁴¹ Allerdings gelang es nicht, ein kommunistisches System nach dem Vorbild zu errichten, da die tribalen Strukturen die gesellschaftlichen und sozialen Strukturen zu sehr dominierten.²⁴²

Seit den 1970ern hatte es Verhandlungen über eine Vereinigung beider Landesteile gegeben, die alle scheiterten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 kam es zu einer

²³⁸ Vgl. Digel (1983): S.50

²³⁹ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Jemen>

²⁴⁰ Vgl. Digel (1983): S.51

²⁴¹ Vgl. Baker (2009): S.175

²⁴² Vgl. Albrecht (2002): S.43

Annäherung und 1990 schließlich zur Vereinigung beider jemenitischen Staaten zur Islamischen Republik Jemen.²⁴³

Allerdings ist die Einheit sehr instabil und die Zweiteilung beider Staaten in vielen Bereichen noch deutlich erkennbar: Es existieren weiterhin separate Verwaltungen und Armeen.

Golfkrieg, innenpolitische Spannungen und Zusammenbruch der Sowjetunion führten zudem zu verstärkter Inflation und Arbeitslosigkeit.²⁴⁴

1993 fanden im Jemen die ersten freien Parlamentswahlen statt, die Salih, der bereits seit 15 Jahren Präsident des Nordjemen war, gewann. Im Laufe seiner Regierungszeit, die bis heute andauert, veränderte Salih die Verfassung und weitete seine Machtbefugnisse zunehmend aus.²⁴⁵ 1994 kam es erneut zu einem dreijährigen Bürgerkrieg, der mit dem Sieg des Nordens endete.²⁴⁶

Freedom House bezeichnete den Jemen 2009 als teilweise freien Staat, mit dem Stand seiner politischen und wirtschaftlichen Transformation belegte der Jemen 2010 nur Platz 105 von 128 Staaten.^{247 248}

Allerdings existieren im jemenitischen Staatssystem durchaus auch demokratische Elemente, wie ein allgemeines Wahlrecht und ein Mehrparteiensystem. Es kommt jedoch immer wieder zu Konflikten zwischen Politik und den weiterhin starken Stammesstrukturen.²⁴⁹

Eine Zuordnung des Jemen zu einem bestimmten Systemtyp erweist sich auf Grund der widersprüchlichen Bestandteile als schwierig: Zwar gibt es ein universelles Wahlrecht und einen relativ offenen Herrschaftszugang, die Grenzen des staatlichen Herrschaftsanspruchs sind aber nicht hinreichend definiert und die präsidialen Machtbefugnisse zu umfassend.

Das geltende Recht beruht auf der Scharia, wodurch viele Menschenrechte verweigert werden. Insbesondere die Situation der weiblichen Bevölkerung ist im Jemen sehr schlecht: Gewalt gegen Frauen ist üblich, über ein Drittel der Frauen werden vor dem Erreichen der Volljährigkeit verheiratet und das Schutzalter für sexuelle Handlungen ist auf den Beginn der Pubertät festgesetzt und gehört somit zu den niedrigsten weltweit.²⁵⁰

²⁴³ Vgl. Baker (2009): S.175

²⁴⁴ Vgl. http://www.wissen-digital.de/Jemen_%28Geschichte%29

²⁴⁵ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Jemen>

²⁴⁶ Vgl. Janosch (2008): 192

²⁴⁷ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

²⁴⁸ Vgl. Map of Freedom, www.freedomhouse.org

²⁴⁹ Vgl. Janosch (2008): S.192

²⁵⁰ Vgl. UNDP (2009): S.81ff

Der Jemen ist eines der ärmsten des Vorderen Orients und in hohem Maße auf Geldflüsse aus dem Ausland angewiesen.²⁵¹ Er wird von der UNO der Kategorie „least developed countries“ zugeordnet. Zwei Drittel der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, die Arbeitslosenquote liegt bei 40%,²⁵² die Alphabetisierungsrate beträgt etwa 50%.²⁵³ Die Bevölkerung wächst jährlich um 3%, 45% der Einwohner sind jünger als 15 Jahre, 42% leben unterhalb der Armutsgrenze.²⁵⁴

Somit ähnelt die Situation im Jemen in vielen Punkten der in Ägypten.

Der große Unterschied ist allerdings, dass der Jemen erst seit etwas mehr als zwei Jahrzehnten als einheitlicher Staat existiert und im Zuge dessen mit verschiedenen Problemen konfrontiert ist.

7.2 Die Proteste und die Ausreise Salehs

Am 27.01.2011, zwei Tage später als in Ägypten, kam es im Jemen zur ersten Massendemonstration gegen das Regime Salehs.

Die Menschen forderten und fordern die Absetzung des seit 33 Jahren regierenden Präsidenten. Sie wollen eine Verbesserung der Lebensbedingungen, die bisher für die Bevölkerungsmehrheit durch Armut, Wasserknappheit und Arbeitslosigkeit geprägt sind. Zudem protestieren sie gegen die Korruption der herrschenden Elite und den Mangel an politischen Mitbestimmungsrechten.²⁵⁵

Die Zustimmung zur Revolution scheint in großen Teilen der Bevölkerung zu bestehen. Zudem solidarisierten sich die Demonstranten bis zum Rücktritt Mubaraks am 11.02.2011 mit den Protestierenden in Ägypten. Auch die Frauen demonstrierten, trotz massiver Einschränkungen: Sie mussten völlig verschleiert in separaten Zelten bleiben und durften sich nicht gemeinsam mit den Männern auf der Straße aufhalten.²⁵⁶

Sei Januar kommt es immer wieder zu Demonstrationen und Unruhen.

Das Versprechen Salehs, wenige Tage nach Ausbruch der Proteste, sein Amt „schon“ nach 35 Jahren niederzulegen und nicht erneut 2013 zu kandidieren, erfüllte die Forderungen der Demonstranten nicht. Präsident Saleh versuchte mit dem Angebot verschiedener Reformen, wie der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die Bevölkerung zu besänftigen; zudem entließ

²⁵¹ Vgl. Albrecht (2002): S.36

²⁵² Vgl. Heck (2005): S.17

²⁵³ Vgl. Baker (2007): S.175

²⁵⁴ Vgl. <http://www.undp.org/ye/y-profile.php>

²⁵⁵ Vgl. <http://edition.cnn.com/2011/WORLD/meast/03/20/middle.east.africa.unrest/index.html?iref=allsearch>

²⁵⁶ Vgl. <http://www.tagesschau.de/ausland/jemenfrauen100.html>

er sein Kabinett.²⁵⁷ Als die Opposition sich davon unbeeindruckt zeigte, ließ Saleh Ende März den Notstand ausrufen, der seine Kompetenzen massiv ausweitete und verbot die Teilnahme von Frauen an den Protesten.

Unterdessen erklärten diverse Politiker, Militärs und einflussreiche Personen ihre Sympathie mit den Demonstranten.²⁵⁸

Von Anfang an reagierten die jemenitischen Sicherheitskräfte mit Gewalt in Form von Schlagstöcken, Tränengas und scharfer Munition. Praktisch alle Demonstrationen gingen einher mit blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei, die Schwerverletzte und Todesopfer forderten.²⁵⁹

Bis heute kam es immer wieder zu massiven und blutigen Protesten tausender Demonstranten landesweit, Saleh verweigert aber standhaft seinen Rücktritt. Am 3.6. griffen Demonstranten den Präsidentenpalast an: Es gab Tote unter Verletzte, Saleh wurde laut ersten Angaben nur leicht verletzt und reiste am 5.6. zur medizinischen Behandlung nach Saudi- Arabien aus.²⁶⁰ Mittlerweile haben sich Salehs Verletzungen als weitaus schwerwiegender herausgestellt; der Druck der westlichen Staaten auf Saudi- Arabien wächst, Saleh von einem Rücktritt zu überzeugen.²⁶¹ Auch nach seiner Ausreise protestieren im Jemen Tausende für seinen Rücktritt und die Abhaltung freier Wahlen²⁶² sowie für die Einsetzung einer Übergangsregierung und die Entfernung Salehs Verwandter aus leitenden Ämtern im Staat. Von mehreren Seiten gibt es unterschiedliche Aussagen dazu, ob Saleh in den Jemen zurückkehren wird.²⁶³

Die Lage im Jemen wird von diversen Staaten mit Sorge betrachtet: Der Sicherheitsrat befasste sich bereits mit dem Thema. Man befürchtet eine Destabilisierung der ohnehin instabilen arabischen Halbinsel, einen Zerfall des Jemens, ein Erstarken der Separatisten- und Stammesbewegung und das Entstehen eines Rückzuggebiets für die Al Qaida.²⁶⁴

²⁵⁷ Vgl. <http://www.geheimnisse-des-himalaya.de/2011/02/12/umbruch-im-nahen-osten-ein-zweiter-herbst-89/>

²⁵⁸ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

²⁵⁹ Vgl. http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/naher-osten-blutige-proteste-im-jemen-und-bahrain-aid_601367.html

²⁶⁰ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Proteste_im_Jemen_2011

²⁶¹ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/03/yemen-clashes-ali-abdullah-saleh?intcmp=239>

²⁶² Vgl. <http://english.aljazeera.net/video/middleeast/2011/06/2011617202014432762.html>

²⁶³ Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/jemen_20juni_1.10988660.html

²⁶⁴ Vgl. <http://www.ftd.de/politik/international/:aufruhr-in-vorderasien-arabiens-gefaehrlichste-revolution-im-jemen/60029959.html>

Momentan ist die politische Zukunft des Jemen völlig ungewiss und besonders kompliziert. Inwieweit die Ausreise Salehs Beginn einer erfolgreichen Transformation sein kann, hängt von verschiedenen Faktoren ab:

- Von zentraler Bedeutung ist dabei das Verhalten der Stämme.
Diese spielen in der traditionellen jemenitischen Gesellschaft eine große Rolle. Bereits seit Jahren kam es immer wieder zu Konflikten zwischen Regierung und den lokalen Stämmen und zu Entführungen von Touristen, durch die die Stämme von der Regierung bestimmte Zugeständnisse erpressen wollten. Wichtig für jede neue Regierung wäre es also, die Zustimmung der Stämme zu gewinnen und die momentan extrem geschwächte zentralstaatliche Macht wieder zu festigen.²⁶⁵
„Die traditionell mächtigen jemenitischen Stämme spielen in jedem Fall eine Schlüsselrolle für die Zukunft des Landes.“²⁶⁶
- Zudem ist auch die jetzt einige Oppositionsbewegung nicht in allen Punkten einig- hierbei spielt insbesondere der Konflikt zwischen dem nördlichen und dem südlichen Landesteil eine wichtige Rolle. Die Frage ist, ob es dauerhaft eine einige oppositionelle Bewegung geben wird. Ein Zerfall der Bewegung würde diese schwächen und eventuell Salehs Rückkehr oder eine Machtübernahme durch seinen Sohn begünstigen.
- Die Ausreise des Präsidenten könnte ein erster Erfolg sein, noch haben aber seine Verwandten und Anhänger zentrale politische und militärische Ämter inne. Sein Sohn Ahmed leitet die mächtige Präsidentengarde, zwei seiner Halbbrüder und zwei Neffen die wichtigsten und loyalen Einheiten des Militärs. Sie alle befinden sich weiterhin im Jemen.²⁶⁷ Solange große Teile des Militärs loyal zu Saleh stehen und bereit sind, auf das eigene Volk zu schießen, könnte sich eine Machtübergabe an eine demokratisch gewählte Regierung schwierig gestalten.
- Demokratische Kultur und demokratische Werte sind außerdem von großer Bedeutung für die Etablierung eines demokratischen Systems. Die Tatsache, dass die weibliche Hälfte der Bevölkerung, weit mehr als in anderen moslemischen Ländern wie Ägypten oder Tunesien, schwerwiegend diskriminiert wird, widerspricht demokratischen Grundsätzen.

Die Frage ist, inwieweit unter den gegebenen Voraussetzungen im Jemen die Etablierung eines demokratischen Systems möglich sein wird.

²⁶⁵ Vgl. <http://www.faz.net/artikel/C31325/jemen-im-geflecht-der-staemme-30061582.html>

²⁶⁶ <http://www.faz.net/artikel/C31325/jemen-im-geflecht-der-staemme-30061582.html>

²⁶⁷ Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/sanaa_im_freudentaumeil_1.10822892.html

7.3 Internet im Jemen: Ein Minderheitenmedium

Die United Nations bezeichnen die jemenitischen Massenmedien als „among the freest in the Arab region.“²⁶⁸

Es existieren ein Fernsehsender und wenige Zeitungen. Prinzipiell hat jede/ r jemenitische BürgerIn, Organisation oder Partei das Recht, eigene Medien zu gründen; die finanziellen Regelungen sind allerdings relativ streng.

Es kommt immer wieder zu Inhaftierungen von Journalisten, denen die Verbreitung falscher Informationen gegen das Interesse des Staates vorgeworfen wird. Trotzdem finden in der jemenitischen Presse ein aktiver Diskurs und eine relativ freie Diskussion über die Regierung und ihre Politik statt.²⁶⁹

Der Jemen gehört zu den arabischen Staaten mit der geringsten Nutzung von Internet und Telekommunikationsmedien. Es existiert keine organisierte Telekommunikationsbranche und kaum Netzabdeckung. Schätzungen der International Telecommunications Union aus dem Jahre 2008 zufolge nutzen nur 1.4% der Bevölkerung das Internet, nur 3% besitzen überhaupt einen Computer.²⁷⁰ Andere Schätzungen aus dem Jahr 2007 gehen davon aus, dass 3,5% der Bevölkerung das Internet nutzen.²⁷¹

Da die meisten Menschen das Internet an öffentlichen Plätzen (85% aller Nutzer) nutzen und dies für Frauen kaum möglich ist, ist die Zahl der männlichen Nutzer um ein Vielfaches höher als die der weiblichen Nutzerinnen.²⁷²

Hauptgründe dafür, dass nur so wenige Jemeniten das Internet nutzen, sind sicher die Armut und der niedrige Bildungsstandard:

Wie oben ausgeführt zählt der Jemen zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt, wo 40% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Infolge dessen ist es wohl der Mehrheit der Bevölkerung einfach finanziell nicht möglich, sich einen Computer zu leisten oder das Internet an kostenpflichtigen öffentlichen Orten zu nutzen. Frauen wird der Zugang zum Internet zusätzlich durch herrschende Normen und Restriktionen erschwert.

Zudem ist der Bildungsstandard sehr niedrig: Die Hälfte der Bevölkerung sind Analphabeten- für diese ist die Nutzung von Internet und Printmedien unmöglich.

²⁶⁸ Vgl. <http://www.undp-pogar.org/countries/theme.aspx?t=2&cid=22#sub4>

²⁶⁹ Vgl. <http://www.undp-pogar.org/countries/theme.aspx?t=2&cid=22#sub4>

²⁷⁰ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/yemen>

²⁷¹ Vgl. <http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=91>

²⁷² Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/yemen>

Des Weiteren sind neben der notwendigen Infrastruktur zur Nutzung des Internets auch technische Anwenderkenntnisse erforderlich, die bei großen Teilen der Bevölkerung nicht vorhanden sind bzw. sein können.

Nur 3% der Internetzugänge gehören der Regierung und Bildungseinrichtungen²⁷³, was darauf hindeutet, dass diese Bildungseinrichtungen die notwendigen Kompetenzen auch in der Regel nicht vermitteln (können).

Der Staat filtert das Internet nur zum Teil. Um eine restriktive Filterung ist man insbesondere bei pornografischen und politischen Inhalten sowie bei Inhalten, die den Islam kritisieren, bemüht. Allerdings weisen die Ergebnisse der OpenNet Studie zur Internetfilterung darauf hin, dass die Internetzensur nur sehr ineffizient durchgeführt wird, vermutlich mangels ausreichender Fähigkeiten oder Möglichkeiten von staatlicher Seite.²⁷⁴

In Anbetracht dieser Situation ist relativ offensichtlich, dass das Internet für die Protestbewegung im Jemen keine allzu große Rolle spielen kann.

Da nur weniger als eine Million der etwa 24 Millionen Einwohner das Internet verwenden, kann eine Mobilisierung der breiten Massen, wie sie seit Januar im Jemen zu sehen ist, dadurch schwerlich stattgefunden haben.

Auch Telefon und Handy dürften nicht zentral für die Kommunikation gewesen sein, da nur 3,5% bzw. 4% der Einwohner darüber verfügen.²⁷⁵

²⁷³ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/yemen>

²⁷⁴ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/yemen>

²⁷⁵ Vgl. <http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=91>

8. Iran

„Der Instabilität des Systems steht eine Zivilgesellschaft gegenüber, die sich trotz Repressionen und Einschränkungen seit zwei Jahrzehnten, ungeachtet von Schwankungen und Widersprüchen im Machtapparat, immer weiter entwickelt und durchsetzt.“²⁷⁶ (2007)

Der Iran ist gerade deshalb in diesem Kontext so interessant zu betrachten, weil dort bereits vor drei Jahren eine große revolutionäre oppositionelle Bewegung lang anhaltende Proteste organisierte. Sichtbare Ergebnisse wurden jedoch nicht erzielt. Die sich von Tunesien ausbreitenden Protestwelle hat auch im Iran zu erneuten Protesten geführt.

8.1 Die Islamische Republik und die Grüne Revolution

Mit Mohammad Reza Schah Pahlavi wurde 1941 ein sehr moderner und pro- westlich eingestellter Mann zum Herrscher des Landes.²⁷⁷ Der Schah verfügte über eine gut funktionierende Geheimpolizei und eine Armee und erhielt so trotz Unruhen und zweier Attentate seine Macht. Ab den 60er Jahren setzte er wichtige wirtschaftliche Maßnahmen (Landreform, weiße Revolution) durch, die den Iran modernisieren und ihm Wohlstand und ökonomischen Aufschwung bringen sollten. Doch der Schah wurde immer wieder für seinen pro-westlichen progressiven Lebensstil und die von ihm forcierte Säkularisierung des öffentlichen Lebens (z.B. Verbot des Tschadors) kritisiert.²⁷⁸

Am 11.02.1979 wurde der Schahs ohne Unterstützung von Außen gestürzt und der Sieg der Islamischen Revolution zu einer der gravierenden Zäsuren der iranischen Geschichte, die sich auf die ganze Welt auswirkte. Die Revolution war religiös motiviert und wurde vor allem durch die breite wenig privilegierte Masse getragen; der Sturz des Schahs führte zu einem grundlegenden Wandel der Staatsordnung hin zu einer islamischen Republik.²⁷⁹

„Mit einer rückwärtsgewandten religiösen Ideologie und kraft moderner Technik [wurde] ein Gewaltssystem aufrechterhalten, das eine neue Form der totalitären Diktatur darstellt.“²⁸⁰

Durch die Revolution kam Khomeini an die Macht, der den Staat nach seiner Interpretation des Staates führte und von den Geistlichen, die ihre Machtstellung erhalten wollten, dabei unterstützt wurde.²⁸¹ Ayatollah Khomeini verfolgte das Ziel, eine absolute Herrschaft der

²⁷⁶ Vgl. Nirumand (2007): S.80

²⁷⁷ Vgl. Ziaei (2007): S.88

²⁷⁸ Vgl. Nirumand (2006): S.78f

²⁷⁹ Vgl. Ziaei (2007): S.139ff

²⁸⁰ Wahdat- Hagh (2008): S.39

²⁸¹ Vgl. Ziaei (2007): S.318

Religion zu etablieren. Alle nicht- islamischen Einrichtungen, Organisationen etc. wurden verboten und die Gewaltenteilung aufgehoben.²⁸² Charakteristische Merkmale des Irans unter Khomeini sind „Führerprinzip, totalitäre Organe, Antisemitismus [...], Massenbewegung und –mobilisierung, Ideologie und Propaganda, Geheimpolizei und Terror, Anti- Baha´ismus, geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen, (k)ein Parteiensystem“. ²⁸³

Khomeini starb 1989, ihm folgten als Herrscher des Landes Rafsandschani (1989- 1997), Chatami (1997-2005) und seit 2005 Ahmadineschad.

Rafsandschani verfolgte eine Politik, die den Iran wieder etwas mehr dem Westen annähern und das Land zu einem wirtschaftlichen Aufschwung verhelfen sollte, stieß aber im Inland immer wieder auf Widerstand verschiedener Gruppierungen. Seine Wirtschaftspolitik scheiterte, die Staatsverschuldung stieg exorbitant, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs und immer mehr Iraner forderten grundlegende Reformen.

Chatami, als gemäßigter Linksislamist bekannt, wurde vom Wächterrat²⁸⁴ überraschenderweise als Kandidat zugelassen und mit fast zwei Drittel der Stimmen gewählt. Er wollte grundlegende Reformen und eine Demokratisierung des Landes, reduzierte den Einfluss des Islam und ließ oppositionelle Meinungen und kritischen öffentlichen Diskurs zu. Er und seine Partei hatten großen Rückhalt in weiten Kreisen der Bevölkerung, der Geheimdienst und konservative Kräfte versuchten aber immer wieder, ihm zu schaden. Ab 2000 blockierte der Wächterrat jedoch faktisch alle Gesetze Chatamis, er konnte kaum noch Politik machen und es kam zu einer Resignation unter den Reformanhängern, was schließlich 2005 den Wahlsieg des konservativen amtierenden Bürgermeisters von Teheran, Mahmud Ahmadineschad, zum Präsidenten ermöglichte. ²⁸⁵

Vor der Wahl hatte der Wächterrat von den mehr als tausend Bewerbern zum Präsidentschaftskandidaten lediglich neun zugelassen, was „die befürchtete Absicht der Islamisten zur totalen Monopolisierung der Macht“ ²⁸⁶ bestätigte. Gegen das Wahlergebnis gab es bereits 2005 Massenproteste und Manipulationsvorwürfe, die auch von anderen Politikern geäußert wurden. Der Wächterrat behauptete jedoch, die Wahl sei korrekt verlaufen und alle Interventionen gegen Ahmadineschad blieben erfolglos.

²⁸² Vgl. Wahdat- Hagh (2008): S.39f

²⁸³ Wahdat- Hagh (2008): S.41

²⁸⁴ Der Wächterrat besteht aus sechs Geistlichen und sechs Juristen, ihm unterstehen Exekutive und Legislative und seine Mitglieder entscheiden über die Eignung der Präsidentschaftskandidaten genauso wie über die Auslegung der Verfassung. Offiziell soll der Wächterrat Konflikte zwischen Parlamentsbeschlüssen und islamischen Vorschriften verhindern.(Naghibzadeh, S.23)

²⁸⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Iranische_Pr%C3%A4sidentschaftswahlen_2009

²⁸⁶ Nirumand (2006): S.132

Die kurze Überblicksdarstellung über die politische Entwicklung des Irans zeigt, dass die Geschichte immer geprägt ist vom Konflikt zwischen Reformern und Konservativen. Eine Demokratie nach unserem Verständnis bestand/ besteht im Iran zwar nicht, es gab jedoch Phasen bzw. Regierungsperioden, in denen der Bevölkerung mehr politische Partizipationsrechte eingeräumt wurden als in anderen:

Der Schah war ein autoritärer Herrscher, der seine Macht auch mit Hilfe der Geheimpolizei und der Armee aufrecht erhielt, wollte den Iran durch Reformen modernisieren.

Unter Khomeini war die Volkssouveränität aufgehoben, er vereinigte alle Befugnisse wie den Oberbefehl über die Streitkräfte, über die Gerichte und die Medien in seiner Person. Es galten die islamischen Gesetzgebungen Scharia und Feqh.²⁸⁷ Während der Regierungszeit Chatamis hatte die iranische Bevölkerung die meisten politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten; doch diese politische Freiheit wurde sehr schnell vom Wächterrat boykottiert und Reformen blockiert.

Nach der Präsidentschaftswahl im Juni 2009, bei der Ahmadineschad mit 62% zum Sieger erklärt wurde, kam es zu massiven Protesten großer Teile der Bevölkerung, die als Grüne Revolution bekannt wurden. Bis Dezember 2009 gingen die Proteste trotz massiver Polizeigewalt, Folterungen, Inhaftierungen und Morden weiter, ausländische Journalisten dürfen nicht mehr berichten.^{288 289}

„Seit Juni 2009 ist die Welt Zeuge einer historischen Auseinandersetzung im Iran: Auf der einen Seite ein totalitärer Gottesstaat, auf der anderen eine Bewegung, die sich in ihrer überwiegenden Mehrheit den Sturz des Systems und die Errichtung einer säkularen Demokratie zum Ziel gesetzt hat.“²⁹⁰

Bis heute ist es nicht gelungen, Ahmadineschad zu stürzen, eine iranische Oppositions- und Widerstandsbewegung gibt es im Iran immer trotz massiver Repressalien von staatlicher Seite weiterhin. Allerdings steht sie vor „großen organisatorischen Problemen, zumal der Terror des Regimes jede über informelle Zusammenschlüsse hinausgehende Organisation bisher erfolgreich verunmöglicht hat.“²⁹¹

²⁸⁷ Vgl. Wahdat- Hagh (2008): S.40f

²⁸⁸ Vgl. Von der Osten- Sacken (2010): S.114f

²⁸⁹ Vgl. Von der Osten- Sacken (2010): S.116ff

²⁹⁰ Naghibzadeh (2010): S.23

²⁹¹ Wahdat- Hagh (2008): S.30

8.2 Die Proteste 2011

Am 14.02.2011 fanden im Iran die ersten Proteste seit über einem Jahr statt: Es handelte sich um Demonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmern als Solidaritätsbekundung für die Oppositionellen in Ägypten.²⁹² „The protests were the biggest since those that erupted after the disputed 2009 presidential elections.“²⁹³

Bis April kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und Demonstranten.

Die iranische Regierung griff mit allen Mitteln gegen die Protestierenden durch: Zahlreiche Menschen wurden von den gewalttätigen Sicherheitskräften verletzt und inhaftiert, Handynetze ausgeschaltet und prominente Oppositionelle unter Hausarrest gestellt.²⁹⁴ Gegen die Demonstranten wurden in ländlichen Gegenden rekrutierte Kindersoldaten eingesetzt, um die Proteste zu unterbinden.²⁹⁵ Einige Politiker forderten die Hinrichtung bekannter Regimekritiker.²⁹⁶

Aus Angst vor einem Verlust ihrer Macht, insbesondere nach den erfolgreichen Stürzen der Machthaber in Tunesien und Ägypten, sind die Herrschenden im Iran bereit, alles zu tun, um ihre Position zu halten.

Die Voraussetzungen im Iran ähneln prinzipiell den Gegebenheiten in anderen arabischen Staaten: Die Bevölkerung ist sehr jung, zwei Drittel sind unter 25 Jahren alt. Der Iran kann, wie Tunesien, als Mittelklassengesellschaft bezeichnet werden, da 65% der Bevölkerung der Mittelschicht zugerechnet werden.²⁹⁷

Mehrheitliche Träger der revolutionären Bewegung sind die jungen Menschen, Zentren der Proteste die Universitäten. Die Menschen fordern politische Freiheit und ein Ende des autokratischen Systems.

Der iranische Autor Nirumand sieht die Schriftsteller als Leitfiguren der iranischen Opposition. Diese hatten bereits beim Aufstand gegen den Schah eine tragende Rolle gespielt und nehmen diese nun wieder ein. Je größer die Repressalien und je strenger die Maßnahmen des Regimes wurden, umso mehr wuchs deren Popularität und Einfluss auf die Bevölkerung.²⁹⁸

²⁹² Vgl. <http://www.ftd.de/politik/international/:aufstand-im-nahen-osten-ein-toter-bei-protesten-im-iran/60012404.html>

²⁹³ <http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/14/middle-east-iran-bahrain-yemen>

²⁹⁴ <http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/14/middle-east-iran-bahrain-yemen>

²⁹⁵ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/2011/mar/13/iran-child-soldiers-tehran-protests>

²⁹⁶ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/15/middle-east-unrest#block-11>

²⁹⁷ Vgl. Gardner (2010): S.345ff

²⁹⁸ Vgl. Nirumand (2006): S.168ff

Eine Besonderheit der iranischen bürgerlich- modernistischen Freiheitsbewegung ist, dass sie bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts besteht und sich seitdem im Konflikt mit der islamischen Gruppierung, die einen Staaten abgeschottet vom Westen nach den Gesetzen der Scharia anstrebt, befindet.²⁹⁹ Die Freiheitsbewegung selbst hat aber auch seit der Errichtung des islamischen Gottesstaates weiter bestanden. Schon lange vor der „Grünen Revolution“ 2009 hatte es immer wieder Unruhen, Demonstrationen und Proteste gegeben, die von allen Schichten des Volkes mitgetragen worden waren.³⁰⁰

Nun stellt sich die Frage, warum trotz der riesigen oppositionellen Bewegung die Proteste im Iran bisher wenige/ keine sichtbaren Erfolge bewirken konnten.

Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi sieht den gravierenden Unterschied zu Tunesien und Ägypten darin, dass die dortigen Armeen nicht bereit waren, auf das eigene Volk zu schießen. Im Iran haben die Revolutionswächter Pasdaran zusammen mit den „Basidschi, den sogenannten Freiwilligen der Revolution, [...] die Menschen mit allen Mitteln angegriffen. Deswegen konnten sich die Menschen mit ihren Forderungen nicht durchsetzen.“³⁰¹ Ihrer Ansicht nach ist das Regime momentan zu allem bereit, um an der Macht zu bleiben, während die Demonstranten bisher noch gewaltlos vorgehen. Allerdings geht Ebadi davon aus, dass das Volk über kurz oder lang die Geduld verlieren wird.³⁰²

Eine Transformation hin zu einem demokratischen Staatssystem ist im Iran noch kaum zu beobachten. Die autokratischen Machthaber können zwar nicht auf die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit setzen, sichern ihre Macht aber mit allen Mitteln. Eine Demokratisierung der politischen Institutionen und eine Partizipation des Volkes ist in keiner Weise umgesetzt, die Wahlen sind nur eine Farce zu öffentlichen Bestätigung des Regimes. Der Iran ist weiterhin ein autoritär regierter Staat: Freedom House ordnete den Staat 2009 der Kategorie unfrei zu, laut dem Bertelsmann Transformation Index belegt Ägypten mit dem Stand seiner politischen und wirtschaftlichen Transformation 2010 nur Platz 111 von 128 Staaten.^{303 304}

²⁹⁹ Vgl. Naghibzadeh (2010): S.24

³⁰⁰ Vgl. Naghibzadeh (2010): S.29

³⁰¹ <http://www.zeit.de/2011/12/Iran-Proteste-Ebadi/seite-1>

³⁰² Vgl. <http://www.zeit.de/2011/12/Iran-Proteste-Ebadi/seite-3>

³⁰³ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

³⁰⁴ Vgl. Map of Freedom, www.freedomhouse.org

8.3 Die iranische Medienrevolte

Man spricht von „politischer Partizipation, wenn die Gruppenmitglieder eine kollektive Entscheidung im Sinne ihrer individuell bestimmten Interessen zu beeinflussen suchen und dabei eine „faktische Teilnahmechance“ haben.“³⁰⁵

Der erste Teil der Definition ist im Falle der iranischen Opposition sicherlich gegeben: Sie versuchen, die iranische Politik zu verändern. Nun ist die Frage, inwiefern von einer Teilnahmechance gesprochen werden kann. Ich würde an dieser Stelle die Auffassung vertreten, dass das Internet in jedem Falle eine Teilnahmechance bietet, da seine Eigenschaften (wie Interaktivität, Globalität etc.; vgl. Kapitel 4.2) es ermöglichen, die sonst im autoritär regierten Iran bestehende strikte Medienzensur und Überwachung des öffentlichen Diskurses zu umgehen. Vor der Verbreitung des Internets war aus diesen Gründen eine politische Partizipation der Bevölkerung nur sehr eingeschränkt möglich (vgl. Kapitel 3.3), allein weil eine Organisation des Protests weitaus schwieriger war.

„Die Interaktivitätsmöglichkeiten des Internet ermöglichen es, eine Isolierung einzelner Gegenöffentlichkeiten zu durchbrechen.“³⁰⁶ Das Internet bietet eine Plattform für offenen politischen Diskurs, freie Meinungsäußerung und selektive Informationssuche.

Die Wissenschaftler sind sich einig, dass das Internet die Kommunikationsmöglichkeiten der Menschen grundlegend verändert hat. Das gilt besonders im Iran, wo auf Grund der Kontrolle durch das Regime die anderen Massenmedien kaum eine politische Funktion haben können, die über zensierte Berichterstattung hinausgeht.

Diverse Publikationen und Artikel betonen die tragende Rolle, die das Internet bei der „Grünen Revolution“ 2009 gespielt hat:

Zu Beginn des Protests am 12.06.2009 formierte sich die Opposition „trotz der Zensur über das Internet. Ausgetauscht werden Termine für Demonstrationen, Bilder und Videos.“³⁰⁷

Eine Konferenz, die im Brüsseler Parlament zur Grünen Revolution abgehalten wurde, kam ebenfalls zu dem Schluss, dass „You Tube, Twitter, Skype und andere digitale Kommunikationsmittel [...] die aus Protest gegen die mutmaßliche Wahlfälschung bei den Präsidentschaftswahlen 2009 hervorgegangene „Grüne Bewegung“ entscheidend gestärkt“ haben.³⁰⁸

³⁰⁵ Lindner (1990): S.15

³⁰⁶ Nutz (2005): S.108

³⁰⁷ Von der Osten- Sacken (2010): S.116

³⁰⁸ <http://www.barbara-lochbihler.de/iran/twitter-facebook-und-die-gruene-revolution.html>

Der deutsche Historiker und Publizist Oliver Piecha bezeichnet in seinem Artikel den Aufstand im Irak gar als eine „Medienrevolte“, bei der „auch ein Jahr nach der Grünen Revolution [...] Blogger und Journalisten die Avantgarde des Widerstands“³⁰⁹ bilden. Er begründet die Bedeutung des Internets damit, dass alle anderen Medien seit der Präsidentschaftswahl noch viel weiter eingeschränkt worden sind, als sie es ohnehin schon vorher waren. Weitere zwanzig Zeitungen wurden am Erscheinen gehindert und alle, die erscheinen, vorher von Beauftragten gelesen. „Angesichts der noch einmal verschärften Angriffe und Beschränkungen für Journalisten nach den Wahlen rückte der Informationsfluss über das Internet schnell ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ein Informationsfluss, den das Regime trotz aller Zensurbemühungen und Verfolgungen zwar verlangsamen, jedoch niemals stoppen konnte.“³¹⁰

Genauso spielt das Internet eine wichtige Rolle dabei, die Weltöffentlichkeit auf die Ereignisse im Iran aufmerksam zu machen und darüber zu informieren, da bereits kurz nach der Präsidentschaftswahl ausländischen Journalisten die Berichterstattung unmöglich gemacht worden war. „Junge Leute filmen mit ihren Handys, was sie auf den Straßen Teherans erleben und stellen es für die ganze Welt sichtbar ins Internet.“³¹¹ Durch die Verbreitung via Internet wurde das Handyvideo eines der Demonstranten, dass die Ermordung der Studentin Neda zeigt, weltweit bekannt und sorgte für Empörung und Entsetzen. Das Internet dient somit als „ein globaler Raum, den Protestbewegungen nutzen, um zu versuchen, von einer globalen politischen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und eine Gegenöffentlichkeit zu produzieren.“³¹²

Bahman Nirumand hat in seinem 2006 erschienen Buch über den Iran bereits auf den hohen Stellenwert verwiesen, den das Internet (schon weit vor der weltweiten Beschäftigung mit diesem Thema) innerhalb der iranischen Opposition einnahm.

Er vertritt die Überzeugung, dass „das Internet den islamischen Traditionalisten in ihrem Kulturkampf die endgültige Niederlage zugefügt“ und „eine Revolution erzeugt hat“.³¹³ Er begründet seine These damit, dass dieses neue Medium es den Regierenden unmöglich

³⁰⁹ <http://www.welt.de/kultur/article8045933/Ihr-habt-Waffen-aber-wir-haben-Handys.html>

³¹⁰ <http://www.welt.de/kultur/article8045933/Ihr-habt-Waffen-aber-wir-haben-Handys.html>

³¹¹ http://www.planet-wissen.de/laender/leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/gruene_revolution.jsp

³¹² Fleissner (2007): S.67

³¹³ Nirumand (2006): S.183

gemacht hat, den Iran weiterhin von der Außenwelt abzuschotten und so erhielt die Bevölkerung Zugang zu unzensurierten Informationen.³¹⁴

Nirumand berichtet, dass bereits immer mehr iranische Internetdienste bestehen, die unzensurierte Berichterstattung betreiben. Strengere Strafen, Inhaftierungen und eine Verschärfung des Mediengesetzes im Oktober 2004 konnten die Internetszene allerdings nicht aufhalten, sondern führten vor allem zu einer Anonymisierung der Schreibenden.³¹⁵

Die offiziellen Zahlen belegen auf jeden Fall, dass die Internetnutzung im Iran seit der Jahrtausendwende massiv angestiegen ist: Es wird geschätzt, 7,5 Millionen Iraner das Internet regelmäßig nutzen. Trotz des starken Anstiegs wären diesen Angaben zufolge allerdings erst etwa 12% der Gesamtbevölkerung Onlinenutzer.³¹⁶ Die wissenschaftliche Forschungsplattform OpenNet spricht hingegen von über 20 Millionen Nutzern, das heißt 31,9% der Bevölkerung.³¹⁷ In jedem Falle ist ein starker Anstieg der Internetnutzung zu erwarten, denn die Gruppe junger Menschen wächst konstant.

Gerade die iranische Bildungspolitik, die die Zielsetzung verfolgte, Bildung für möglichst viele Menschen zugänglich zu machen, hat dazu geführt, dass „eine gut ausgebildete, politisch denkende Jugend herangewachsen“³¹⁸

Die iranische Dozentin Alavi betont ebenfalls den hohen Stellenwert des Internets in der zensurierten Medienöffentlichkeit des Iran. 2001 wurde das erste Internettagebuch (Weblog) auf Farsi von einem iranischen Journalisten in Netz gestellt; mittlerweile ist Farsi die vierthäufigste Sprache, in der Weblogs verfasst werden. Alavi sieht den Grund für die Popularität des Weblogs darin, dass die anderen iranischen Medien das Bedürfnis nach freier Meinungsäußerung und unkontrolliertem Austausch nicht mehr erfüllen. Zudem verwenden oppositionelle Gruppierungen sie zur Koordinierung von Aktivitäten.³¹⁹

„Die Webseiten, auf denen Menschen einzeln oder in Gruppen das politische Geschehen kommentieren, haben im Iran in den vergangenen Jahren einen regelrechten Boom erlebt. Ihr Einfluss auf die Gesellschaft ist dabei ständig gewachsen“.³²⁰

³¹⁴ Vgl. Nirumand (2006): S.183

³¹⁵ Vgl. Nirumand (2006): S.184f

³¹⁶ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Internetzensur_im_Iran

³¹⁷ Vgl. <http://opennet.net/>

³¹⁸ Alavi (2005): S.22

³¹⁹ Vgl. Alavi (2005): S.11f

³²⁰ www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1241751,00.htm

Die Annahme, dass das Internet bereits seit längerem für die iranische Opposition sehr wichtig war, wird insbesondere durch die Zensurbemühungen der Regierung offenkundig, die schon 2005 im Rahmen einer Studie der Universitäten Harvard, Oxford und Cambridge eindeutig nachgewiesen werden konnten. Die Initiative, die den Namen „OpenNet Initiative“ trägt, hatte es sich zum Ziel gesetzt, „to investigate, expose and analyze Internet filtering and surveillance practices“. ³²¹ Die Forscher untersuchten dabei die Erreichbarkeit ausgewählter Webseiten und stellten fest, dass 2004 über 30% der Seiten blockiert waren.

Die neuste Publikation der Initiative erschien kurz nach der Revolution 2009 und bestätigte noch mehr massiv verschärfte Kontrollen und Versuche, die oppositionellen Aktivitäten online zu unterbinden: „The Islamic Republic of Iran continues to expand and consolidate its technical filtering system, which is among the most extensive in the world“³²²

Insgesamt ist zu sagen, dass faktisch alle Artikel und Publikationen, die hohe Bedeutung des Internets für die Protestbewegung immer wieder thematisieren und hervorheben. Das Internet hat es den Protestierenden ermöglicht zu kommunizieren, sich zu informieren und ihre Aktionen zu koordinieren. Vor allem hat es den Zugang zu ungefilterten Informationen ermöglicht und somit eine freie Meinungsbildung erlaubt, die ansonsten mangels objektiver Berichterstattung kaum möglich gewesen wäre.

[Das Kapitel 8 „Iran“ ist zum Teil meiner Forschungspraktikumsarbeit zum Thema „Die grüne Revolution im Iran und die neuen Formen der politischen Partizipation“ aus dem Wintersemester 2010/11 entnommen.]

³²¹ <http://opennet.net/>

³²² <http://opennet.net/research/profiles/iran>

9. Bahrain

9.1 Vom autoritären Staat zur konstitutionellen Monarchie und der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten

Vom Jahre 1867 an war Bahrain britisches Protektorat, zeitweise wichtigster britischer Stützpunkt in der Region.³²³

Der damals amtierende Herrscher Scheich Sulman baute bereits in den 40er Jahren das staatliche Sozialleistungssystem aus, seit 1919 gab es freie Wahlen auf kommunaler Ebene. Als Abgrenzung zu Großbritannien führte Bahrain in den 60ern eine eigene Währung, eigene Briefmarken und eine eigene Gerichtsbarkeit ein. Zudem wurden weitreichende politische und administrative Reformen durchgesetzt und ein freies Bildungs- und Gesundheitssystem etabliert. 1970 wurde ein Gremium als Hauptexekutivorgan gegründet, in dem nur ein Drittel der Sitze von der königlichen Familie besetzt waren und die Sitzverteilung die Bevölkerungsanteile der Sunniten und Schiiten repräsentierte.³²⁴

Bahrain begann zudem Banken und Finanzdienstleistungen anzubieten und die Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur auszubauen.³²⁵

1973 trat eine Verfassung in Kraft und 1975 wurde in freier Wahl ein Parlament gewählt, das jedoch Mitte 1975 wegen angeblicher Linkstendenzen wieder aufgelöst wurde. Bahrain wurde daraufhin wieder zu einem autokratisch regierten Staat, in dem Parteien verboten sind und islamisches Recht gilt.³²⁶

Seitdem kam und kommt es vermehrt zu Unruhen unter den mehrheitlich schiitischen Bahrainern und Beschwichtigungsversuchen von Seiten der herrschenden Elite. Diese richteten sich gegen die pro-westliche sunnitische Herrscherfamilie, unter deren Regime die Schiiten diskriminiert und in allen Bereichen systematisch benachteiligt werden.^{327 328}

Die hauptsächlichen Lebensräume der Schiiten, wie der Südlibanon und ländliche Regionen Bahrains, kamen erst verhältnismäßig spät mit den Annehmlichkeiten der Modernisierung (Gesundheitsversorgung, Medien, Bildung etc.) in Kontakt, wodurch sie in der arabischen Welt häufig als Unterklasse gesehen werden. In Bahrain ist bis heute zu beobachten, dass

³²³ Vgl. Digel (1983): S.7

³²⁴ Vgl. Dean (2003): S.225

³²⁵ Vgl. Baker (2009): S.178

³²⁶ Vgl. Digel (1983): S.6

³²⁷ Vgl. Baker (2009): S.178

³²⁸ Vgl. Dean (2003): S.226ff

Wohngegenden, die hauptsächlich von Schiiten bewohnt werden, weniger Zuwendungen finanzieller und materieller Natur von Seiten des Staates erfahren als andere Gegenden.³²⁹

Die Schiiten fordern seit Jahrzehnten neben einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen vor allem politische Rechte und Repräsentation in politischen Institutionen. Von staatlicher Seite wurden diese Forderungen bisher weitestgehend nicht erfüllt, ignoriert und deren Thematisierung zu verhindern versucht: „Obwohl ethnische Auseinandersetzungen in weiten Teilen der Region zu gewalttätigen Konflikten geführt haben und immer wieder führen, werden öffentliche Debatten über ethnische oder konfessionelle Themen unterdrückt und die Existenz einer multi-ethnischen Gesellschaft geleugnet.“³³⁰

Nach der Rückkehr zur autokratischen Monarchie unter dem Chalifa-Clan 1975 gab es erst 1993 zum ersten Mal wieder eine Ratsversammlung.³³¹

1999 folgte Shaikh Hamad bin Isa Al Khalifa seinem Vater als Herrscher nach und setzt zahlreiche ökonomische und politische Reformen um, die eine Demokratieentwicklung in Bahrain fördern sollten. 2000 ließ er von einem Nationalkomitee eine Verfassung ausarbeiten, die bei einem Referendum von einer großen Mehrheit der Bevölkerung bestätigt wurde. Seit 2002 ist Bahrain eine konstitutionelle Monarchie mit faktischer Gewaltenteilung, in der regelmäßig Parlamentswahlen durchgeführt werden und auch Frauen wahlberechtigt sind.³³²

Insgesamt ist Bahrain ein relativ wohlhabender Staat und der Lebensstandard der Bevölkerung ist vergleichsweise hoch. Sozial-, Bildungs- und Schulsystem sind sehr gut ausgebaut und die Alphabetisierungsrate liegt bei 90%.³³³

Charakteristisch für Bahrain ist auch der hohe Stellenwert von Stammeszugehörigkeit bzw. Verwandtschaft für die soziale und gesellschaftliche Ordnung. Ähnlich wie im Jemen ergibt sich daraus immer wieder ein Konflikt mit den sozio-politischen Strukturen.³³⁴

³²⁹ Vgl. Meinel (2002): S.160f

³³⁰ Meinel (2002): S.35f

³³¹ Vgl. Dean (2003): S.229

³³² Vgl. <http://www.undp.org.bh/aboutbahrain.html>

³³³ Vgl. <http://www.wissen-digital.de/Bahrain>

³³⁴ Vgl. Meinel (2002): S.38

Bahrain liegt im Ranking des Bertelsmann Transformation Index weit vor den anderen in dieser Arbeit untersuchten Staaten auf Platz 51 von 128.³³⁵

Allerdings ist Bahrain von einer wichtigen Demokratisierung noch weit entfernt:

- Die systematische Diskriminierung und Benachteiligung der Bevölkerungsmehrheit steht im absoluten Widerspruch zu demokratischen Grundprinzipien.
- Innerhalb der herrschenden Elite sind Machtmissbrauch und Korruption verbreitet.³³⁶
- Menschenrechte werden immer wieder missachtet: In Bahrain sind hunderte Personen aus politischen Gründen inhaftiert. Immer wieder gibt es Berichte über Folter und wochenlange Gefängnisaufenthalte, während derer dem Inhaftierten keinerlei Kontakt zur Außenwelt oder einem Anwalt gestattet wurde.³³⁷

9.2 Die Proteste: Bahrain als „Nutshell des saudisch- iranischen Konflikts“ und der Einmarsch der saudischen Truppen

Die Proteste in Bahrain begannen am 14.02.2011, drei Tage nach dem Rücktritt des ägyptischen Herrschers Mubarak.

Von Anfang an kam es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Militär und Demonstranten, die Tote und Verletzte forderten. Laut Augenzeugenberichten sollen sich zeitweise kriegsähnliche Szenen zugetragen haben: Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas und Schlagstöcke gegen Demonstranten ein und schossen unter anderem aus der Luft mit scharfer Munition wahllos in die unbewaffnete Menge. Den Ärzten wurde indes nahegelegt, verletzte Demonstranten nicht zu behandeln. Die Fahrt von Rettungswagen zu Verwundeten wurde von Sicherheitskräften aktiv verhindert.³³⁸

In diesem Zusammenhang ist es wichtig anzumerken, dass es bahrainischen Bürgern, die der schiitischen Mehrheit angehören, nicht gestattet ist, bei Polizei oder Militär zu arbeiten. Die bahrainischen Sicherheitskräfte setzen sich nur aus Personen der sunnitischen herrschenden Minderheit und aus Personen, die aus dem Ausland rekrutiert wurden, zusammen.³³⁹

Diese Zusammensetzung minimiert die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Sicherheitskräfte mit der protestierenden Bevölkerungsmehrheit solidarisieren, wie es in Ägypten der Fall war.

³³⁵ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

³³⁶ Vgl. Meinel (2002): S.311

³³⁷ Vgl. <http://english.aljazeera.net/programmes/peopleandpower/2011/03/201138153916892448.html>

³³⁸ Vgl. http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/naher-osten-blutige-proteste-im-jemen-und-bahrain-aid_601367.html

³³⁹ Vgl. <http://english.aljazeera.net/programmes/peopleandpower/2011/03/201138153916892448.html>

Einen Monat nach Beginn der Proteste (15.03.) wurden auf Bitten der Regierung saudische Truppen nach Bahrain entsandt, um die Sicherheitskräfte zu „unterstützen“ und die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Der Scheich rechtfertigte den Einsatz ausländischer Truppen damit, dass “if we want the talks and dialogue to succeed, then we need to calm the situation in the streets. This can be achieved by the withdrawal of everybody from the streets.”³⁴⁰

Am darauffolgenden Tag wurde in Bahrain das Kriegsrecht ausgerufen und der König wies das Militär an, temporär die Kontrolle des Staates zu übernehmen. Unterdessen kam es zu Großdemonstrationen gegen die Intervention Saudi-Arabiens.³⁴¹

Anfang Mai ließen die Proteste unter dem starken militärischen Druck nach, es gab Gerichtverhandlungen gegen namhafte Oppositionelle und zahlreiche Demonstranten. Während der Proteste waren 30 Personen getötet und hunderte verletzt worden.³⁴²

Am 1. Juni wurde der Ausnahmezustand aufgehoben. Der König versprach Gespräche mit allen Gruppen.³⁴³ Inzwischen wurden diverse Personen, die an den Protesten teilgenommen hatten, gekündigt, mehrere Personen zum Tode verurteilt und Ärzte wegen der medizinischen Versorgung von verletzten Demonstranten angeklagt.³⁴⁴

Die Unruhen in Bahrain unterscheiden sich auf Grund der speziellen Ausgangssituation von denen, die sich in den anderen arabischen Staaten ereigneten: Die Träger der Revolution waren hier größtenteils die Schiiten, die Mehrheit der Bevölkerung, die von einer sunnitischen Herrscherfamilie regiert werden. Die Schiiten in Bahrain werden zwar nicht offen religiös verfolgt, aber ständig auf sozialer, ökonomischer und politischer Ebene diskriminiert. Forderungen der Schiiten beinhalteten, wie oben erläutert, neben einer Verbesserung des Lebensstandards, politische Partizipation und Repräsentation, teilweise auch eine Absetzung der Herrscherfamilie.³⁴⁵

³⁴⁰ <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/03/2011314124928850647.html>

³⁴¹ Vgl. http://www.nzz.ch/kriegsrecht_in_bahrain_1.9912198.html

³⁴² Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/koenig_von_bahrain_kuendigt_aufhebung_des_notstands_an_1.10511548.html

³⁴³ Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/ausnahmezustand_in_bahrain_aufgehoben_1.10782219.html

³⁴⁴ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

³⁴⁵ Vgl. Markl (2011): S.5

Zudem haben auch viele andere Staaten großes Interesse an den weiteren Entwicklungen in Bahrain: Die USA sehen die pro-westliche Herrscherfamilie als Verbündete, das mehrheitlich sunnitische Saudi-Arabien ist ebenfalls an einer Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse interessiert. Der schiitische Iran hingegen ist auf Seiten der Demonstranten und verspricht sich von einem Erfolg der Proteste auch eine Ausweitung seiner Macht. Genau das will Saudi-Arabien unbedingt verhindern, das nach der US- amerikanischen Intervention bereits den sunnitischen Irak als starken Verbündeten verloren hat.

Und auch innerhalb Bahrains wird der Protest vielfach als Teil iranischer Hegemoniebestimmungen interpretiert und den Demonstranten wird vorgeworfen, für die Interessen des Irans und gegen Bahrain zu kämpfen. Dieser Vorwurf wird von den Angehörigen der Protestbewegung bestritten.^{346 347}

Die Standard Chefredakteurin Harrer bezeichnet Bahrain als „Nutshell des saudisch-iranischen Konflikts“. Sie bewertet die saudische Intervention auch als eine Demonstration der Stärke dem Iran gegenüber und als ein Zeichen an die eigene schiitische Bevölkerungsminderheit, dass ein Aufbegehren erfolglos wäre.

Eine Intervention von Seiten der USA hält sie für unrealistisch, da diese ihren militärischen Stützpunkt in Bahrain, den einzigen im Persischen Golf, der ihnen durch die sunnitische Herrscherfamilie Bahrains garantiert ist, nicht aufs Spiel setzten wollen.³⁴⁸

Prinzipiell scheint die mehrheitlich sunnitische Protestbewegung mit ihren Forderungen nach politischem Wandel und Demokratie vorerst gescheitert, was in Anbetracht der vielen konträren Interessen, die in diesem Konflikt vermischen, und der Intervention ausländischer Truppen, nicht überraschend ist. Inwieweit der König zu Zugeständnissen bereit sein wird, nachdem die Proteste mit Hilfe des Militärs erfolgreich unterbunden wurden, bleibt abzuwarten. Zu Befürchten ist, dass nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste und der scheinbaren Beruhigung der Situation das internationale Interesse am Konflikt nachlässt. Bereits in den Monaten des Notstands hat die Regierung zahlreiche Demonstranten und Kritiker zu hohen Strafen verurteilt. Dieses Vorgehen erweckt nicht den Anschein, als sei der regierende Chalifa- Clan zum Einlenken bereit. Allein die Tatsache, dass der Aufstand im eigenen Staat mit Hilfe ausländischer Soldaten niedergeschlagen wurde, macht deutlich, dass für die Herrschenden der eigene Machterhalt oberste Priorität hat.

³⁴⁶ Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/mit_saudischen_truppen_gegen_bahrains_schiiten_1.9958978.html

³⁴⁷ Vgl. <http://english.aljazeera.net/programmes/peopleandpower/2011/03/201138153916892448.html>

³⁴⁸ Vgl. Harrer (2010): Vortrag

9.3 Bahrain: One of the most Internet- connected countries in the Middle East

Im Hinblick auf das Bildungsniveau der Bevölkerung bestehen auffallende Ähnlichkeiten zwischen Bahrain und dem Iran: Beide Staaten haben das Konzept der freien Bildung für alle umgesetzt, was auch deutlich an den hohen Alphabetisierungsraten der Bevölkerungen erkennbar ist. Zudem begünstigt das Bildungssystem die Aneignung von Kompetenzen, die zur Nutzung neuer Medien notwendig sind. Der relative Wohlstand erleichtert den Zugang zur notwendigen Infrastruktur, zumindest für die wohlhabenden Teile der Bevölkerung.

Das spiegelt sich auch in den Zahlen zur Internetnutzung wieder:

“Bahrain is a regional ICT leader and is one of the most Internet-connected countries in the Middle East.”³⁴⁹ (August 2009). 53% der Bevölkerung verwenden das Internet.³⁵⁰

Die Medien in Bahrain unterliegen alle einer relativ strengen staatlichen Zensur.

In der von Reporter ohne Grenzen 2010 veröffentlichten Rangliste der Freiheit von Presse und Journalisten liegt belegt Bahrain nur den 144. Platz von 178 Staaten.³⁵¹

Bereits vor den Protesten war das Internet von staatlichen Stellen zensiert worden, insbesondere politische, regimekritische und pornografische Inhalte wurden gefiltert.³⁵²

Seit Beginn der Proteste hat die Regierung Bahrains den Druck auf die Journalisten und die Kontrolle der Medien noch weiter verschärft. „Die Geschwindigkeit der Internetverbindungen wurde in Bahrain stark gedrosselt, Seiten mit Filmen und Bildern der Proteste blockiert.“³⁵³

Auf Grund der hohen Netzabdeckung, des Bildungsniveaus und der strengen Medienzensur ist davon auszugehen, dass das Internet eine Rolle für die Protestbewegung spielte.

Da Journalisten seit Beginn der Proteste noch härteren Repressionen ausgesetzt sind und Medien noch strenger kontrolliert werden, stellt das Internet die einzige Möglichkeit dar, unabhängige Berichterstattung zu verfolgen oder Informationen weiterzugeben.

Zwar filtert der Staat Internetinhalte, die Filterung ist aber mangels technischer Kenntnisse auf Seiten des bahrainischen Regimes bei weitem nicht so perfektioniert wie dies zum Beispiel in Tunesien der Fall war. Und auch das konnte die Formierung der tunesischen Opposition im Netz nicht verhindern.

³⁴⁹ <http://opennet.net/research/profiles/bahrain>

³⁵⁰ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/bahrain>

³⁵¹ Vgl. <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/die-neue-rangliste-2010.html>

³⁵² Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/bahrain>

³⁵³ [http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews\[tt_news\]=1124&tx_ttnews\[backPid\]=59#1124](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews[tt_news]=1124&tx_ttnews[backPid]=59#1124)

Von Al Jazeera interviewte Bahrainer berichten von ihrer Oppositionsbewegung, die nach dem Tag des Protestbeginns Bewegung des 14. Februar genannt wird. Vorwiegend junge und gebildete Menschen organisieren sich nach eigener Aussage hier über das Internet.

Abdul Imam, der 2005 wegen des Betreibens einer regimekritischen Website inhaftiert wurde, bezeichnet die Revolution in einem Interview als Internetrevolution, die hauptsächlich von der neuen Internetgeneration getragen wird. Es handle sich dabei um eine dezentral organisierte Bewegung ohne Führungspersonen oder Entscheidungsträger.

Praktisch das komplette Bildmaterial, das von den bahrainischen Protesten existiert, wurde von Teilnehmern der Proteste mit Handys und Kameras gefilmt und ins Internet gestellt.³⁵⁴

„The power of technology is giving a voice to the people that the government cannot control.“³⁵⁵

Allerdings stellt sich an dieser Stelle die Frage, warum der Begriff der Internetrevolution in der aktuellen Berichterstattung zu den Protesten kaum mit Bahrain in Verbindung gebracht. Es könnte daran liegen, dass Bahrain in der internationalen Berichterstattung ohnehin in Relation zu den anderen Staaten relativ wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde. Genauso, wie die Regierung seit Jahren eine Kommunikationspolitik betreibt, die Informationen zum nationalen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten systematisch zu unterdrücken versucht (siehe oben), ist auch in diesem Fall davon auszugehen, dass das Ziel auch während der Unruhen von Februar bis Mai verfolgt wurde.

³⁵⁴ Vgl. <http://english.aljazeera.net/programmes/peopleandpower/2011/03/201138153916892448.html>

³⁵⁵ <http://english.aljazeera.net/programmes/peopleandpower/2011/03/201138153916892448.html>

10. Libyen

10.1 Gaddafis Machtergreifung und die islamisch- sozialistische Volksrepublik

Libyen erlangte 1951 seine Unabhängigkeit von den italienischen Besatzern und wurde zur konstitutionellen Monarchie. Damals war Libyen ein extrem armer Staat und galt als „Prototyp eines Entwicklungslandes.“ Die Entdeckung der Ölvorkommen verbesserte die Lage, zog aber auch gravierende Konsequenzen nach sich, wie steigende Korruption, einen rapiden Abfall der Löhne in anderen Wirtschaftsbereichen und einen drastischen Anstieg der Land- Stadt- Migration.³⁵⁶

1969 kam es zu einem Militärputsch unter der Führung des Oberst Muammar al Gaddafi.³⁵⁷ Obwohl Gaddafi die Vorfälle als Revolution und sich selbst als Revolutionsführer bezeichnet, handelte es sich um eine unblutige militärische Machtübernahme durch Offiziere, die im starken Kontrast zur monarchischen Herrscherfamilie standen. Alle entstammten einem ländlichen Milieu und unbedeutenden Familien. Gaddafi sah damals den ägyptischen Präsidenten Nasser als sein großes Vorbild³⁵⁸; Slogan seiner Ideologie war „Freiheit, Sozialismus und Einheit.“³⁵⁹ Er übernahm die politische Macht und setzte die stufenweise Umwandlung Libyens zu einem sozialistischen Einparteiensstaat mit dem Namen „Sozialistische Libysch- Arabische Volks- Jamahiria“ durch. Seit 1977 ist Libyens Staatsform als islamisch- sozialistische Volksrepublik zu bezeichnen.³⁶⁰

Gaddafis Politik und die seiner Staatspartei „Sozialistische arabische Union“, der einzigen erlaubten Partei, ist gekennzeichnet durch Islamismus, Populismus, Sozialismus und religiös begründeten Nationalismus.³⁶¹ Zudem war eines von Gaddafis Zielen die arabische Einheit, der sogenannte Panarabismus. Alle außenpolitischen Versuche in dieser Hinsicht scheiterten aber. Libysche außenpolitischer Maßnahmen und Diskussionen über Libyens Verhältnis zum Islamismus führten immer wieder zu Spannungen, Sanktionen und schlechten Beziehungen zu anderen Staaten. Die völlige wirtschaftliche Konzentration auf den Rohstoff Erdöl (99,7% der nationalen Exporte) führt zugleich zu einer starken Abhängigkeit des Landes vom Weltmarktpreis.³⁶²

³⁵⁶ Vgl. Obeidi (2001): S.30f

³⁵⁷ Vgl. Digel (1983): S. 132

³⁵⁸ Vgl. Vandewalle (1998): S.63f

³⁵⁹ Vgl. Obeidi (2001): S.45

³⁶⁰ Vgl. Baker (2009): S.316

³⁶¹ Vgl. Digel (1983): S.132

³⁶² Vgl. http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=QDXE3G

Laut dem Bertelsmann Index rangiert Libyen im Transformationsranking auf Platz 113 von 128 und schneidet somit in deren Bewertung am schlechtesten von allen in der Arbeit untersuchten Staaten ab.³⁶³

Staatsoberhaupt ist Revolutionsführer Gaddafi, politische Institutionen sind ein Parlament und die Revolutionskomitees, deren Mitglieder nicht wählbar sondern festgesetzt sind.

Bildung ist kostenlos, die Alphabetisierungsrate liegt bei 87%.³⁶⁴

Die Menschenrechtssituation wird von Amnesty International als „trostlos“ bezeichnet.

Inhaftierungen ohne Beweise an unbekannten Orten, Folterungen und Verurteilungen wegen Ehebruchs und Regimekritik sind gängige Praxis.³⁶⁵

Fast jeder Dritte Libyer ist arbeitslos, Gaddafi und seine Familie leben hingegen in Reichtum und Luxus, wie in kürzlich veröffentlichten Wikileaks Dokumenten beschrieben wurde.³⁶⁶

Die bedeutendste soziale Einheit ist die Großfamilie, in der das männliche Familienoberhaupt alle bedeutenden Entscheidungen trifft; Frauen sind den Männern untergeordnet.³⁶⁷

Die Stämme haben zwar seit dem Ende der Monarchie an Einfluss verloren, sind aber für die Identitätsbildung und den sozialen Status immer noch von großer Bedeutung.

„Basic units, such as family, clan and tribe, of a traditional society as Libya´s have an important impact on the life and behaviour of individuals.“³⁶⁸

³⁶³ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

³⁶⁴ Vgl. <http://www.undp-pogar.org/countries/theme.aspx?t=2&cid=10>

³⁶⁵ Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/libyen_verletztmenschenrechte_1.6214764.html

³⁶⁶ Vgl. <http://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Gaddafi-Clan-lebt-in-Saus-und-Braus-article2692306.html>

³⁶⁷ Vgl. Obeidi (2001): S.42f

³⁶⁸ Obeidi (2001): S.45

10.2 Die Proteste und die militärische Intervention

Am 14.01.2011, dem Tag der Amtsniederlegung von Tunesiens Staatschef Ben Ali, verurteilte Gaddafi in einer Ansprache im libyschen Fernsehen die Proteste aufs Schärfste und bewertete sie als Ergebnis westlicher Intrigen.³⁶⁹

Einen Monat später, am 15.02.2011, erreichte die Protestwelle Libyen. Die Demonstranten warfen Gaddafi seiner 42jährigen repressiven Herrschaft vor, den Staat wirtschaftlich ruiniert zu haben. Ziel der Protestierenden ist der Sturz des Regimes, was auch bei Protesten in den darauffolgenden Tagen immer wieder gefordert wurde.³⁷⁰

Gaddafi hatte offenbar aus den Beispielen Ägyptens und Tunesiens den Schluss gezogen, seine Machtposition nur mit Gewalt halten zu können und wies seine Truppen an, mit äußerster Härte vorzugehen. Es kam zu Massakern und Bombardierungen der eigenen Bevölkerung durch Gaddafis Truppen. Allerdings liefen auch große Teile der Armee zu den Aufständischen über, die sich, unter anderem auch mit Hilfe der Deserteure, ebenfalls bewaffneten.³⁷¹ Das schwächte die Armee jedoch nur bedingt, da Gaddafi neben seiner Leibgarde für seine Truppen vor allem gut bezahlte Söldner aus anderen afrikanischen Ländern rekrutiert.³⁷² Ähnlich der bahrainischen Truppen bestehen somit große Teile der nationalen Armee aus Personen, die kaum eine Bindung zu Libyen und seiner Bevölkerung haben.

Die Lage eskalierte immer mehr, Gaddafis Truppen schossen mit Maschinengewehren und Scharfschützen auf Trauerzüge und Menschenansammlungen, wobei hunderte Menschen starben. Die Aufständischen brachten trotz des brutalen Vorgehens von Gaddafis Truppen zahlreiche Städte unter ihre Kontrolle.³⁷³ Gaddafi und sein Sohn zeigten sich unterdessen zu keinerlei Zugeständnissen bereit und drohten mit weiterem brutalem Vorgehen gegen die Bevölkerung.³⁷⁴

Zwei Wochen nach Beginn der Proteste bat schließlich Libyens UN Botschafter die internationale Gemeinschaft um Hilfe, der Konflikt in Libyen wurde bereits als Bürgerkrieg und Völkermord bezeichnet. Die internationale Gemeinschaft zögerte noch, beschloss

³⁶⁹ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

³⁷⁰ Vgl. <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1289264/Chronologie+der+Ereignisse+in+Libyen/>

³⁷¹ Vgl. http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/661985/Geografie-des-Wandels_Von-Tunis-bis-Manama?_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/635829/index.do&direct=635829

³⁷² Vgl. <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1289264/Chronologie+der+Ereignisse+in+Libyen/>

³⁷³ Vgl. http://www.n24.de/news/newsitem_6676694.html

³⁷⁴ Vgl. <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,560927>

Sanktionen und Einfrieren von Konten und diskutierte die Einrichtung einer Flugverbotszone.³⁷⁵

Mitte März, einen Monat nach Beginn der Proteste, bat schließlich die arabische Liga um ein internationales Eingreifen und der UN Sicherheitsrat verabschiedete eine Resolution, die den Schutz der Bevölkerung mit allen Mitteln außer Bodentruppen gestattet.³⁷⁶

Das Bitten der arabischen Liga um eine Intervention in Libyen erscheint allerdings vor dem Hintergrund der Proteste in den anderen arabischen Staaten paradox zu sein.

Andere Staaten wie Bahrain, der Iran und Syrien unterdrücken jegliche Opposition, schlagen Proteste blutig nieder und weisen Kritik als Eingriff in nationalstaatliche Belange zurück.

Bahrain erbat sogar die Intervention saudischer Truppen, um die Demonstrationen zu beenden, stimmte andererseits für eine Unterstützung der libyschen Opposition durch internationale Truppen. Offenbar war die Unterstützung Gaddafis weder Anliegen der arabischen noch der westlichen Staaten und einer Intervention standen keine konträren Interessen entgegen.

Am 19.03. kam es zu ersten Luftangriffen auf Gaddafis Armee und für das Regime wichtige Einrichtungen durch britische, französische und amerikanische Truppen in der Operation „Odyssey Dawn“. ³⁷⁷ Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 20% der Bevölkerung auf der Flucht und lebten größtenteils in provisorischen Zeltstätten in Grenznähe.³⁷⁸

Bis heute werden Luftschläge gegen Ziele in Libyen geflogen, wobei auch immer wieder zivile Opfer zu beklagen sind. Die Nato überwacht die Intervention, zehn Nato-Mitglieder, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar sind beteiligt. Die humanitäre Lage ist dramatisch. Die Opposition sieht freie Wahlen und die Ausarbeitung einer Verfassung nach dem Sturz Gaddafis als Ziel.³⁷⁹

Am 16.06.2011 bot Gaddafis Sohn Saif offiziell freie Wahlen innerhalb der nächsten drei Monate unter internationaler Aufsicht an, sein Vater werde das Land aber nicht verlassen. Saif sagte, er sei der Überzeugung, dass die Mehrheit der Bevölkerung auf Seiten seines Vaters stünde und die „demonstrierenden Terroristen“ die Wahl nie gewinnen würden.³⁸⁰

³⁷⁵ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

³⁷⁶ Vgl. http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/661985/Geografie-des-Wandels_Von-Tunis-bis-Manama?_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/635829/index.do&direct=635829

³⁷⁷ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/2011/mar/19/libya-air-strikes-gaddafi-france>

³⁷⁸ Vgl. <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1289264/Chronologie+der+Ereignisse+in+Libyen/>

³⁷⁹ Vgl. http://www.bpb.de/themen/EUC3AF,0,0,B%FCrgerkrieg_in_Libyen.html

³⁸⁰ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,768805,00.html>

Die Frage danach, wer die Träger der Revolution in Libyen sind, kann nicht pauschal beantwortet werden: International scheint die nationale oppositionelle Bewegung eher unbekannt zu sein, was auch als Grund dafür gesehen werden könnte, dass insbesondere die USA so lange zögerten, ehe sie einer Intervention zustimmten. Möglicherweise bestand die Befürchtung, islamistische Gruppierungen zu unterstützen.³⁸¹

Ein Interview mit einer GEO- Journalistin sorgte in den Medien für Aufsehen: Sie hatte sich als letzte westliche Journalistin noch in Libyen aufgehalten und bewertet die Lage sehr kritisch: Laut ihrer Aussage existiere dort keine Demokratiebewegung, vielmehr handle es sich um bereits seit langem schwelenden Stammeskonflikte, die nun ausgebrochen seien und allgemeine Unzufriedenheit mit der korrupten Regierung. Sie bewertet die Protestierenden nicht als organisierte Opposition, denn diese konnte sich ihrer Einschätzung nach unter Gaddafis Herrschaft kaum bilden.³⁸²

Offiziell erklären Politiker immer wieder ihre Unterstützung für die arabische Revolution³⁸³, Medien und befragte libysche Oppositionelle bezeichnen die Aufständischen in Libyen als „junge Demokratiebewegung“³⁸⁴.

Wichtig für die Bewegung sind sicher die libyschen Stämme. Wie zum Beispiel im Jemen prägen Stammeshierarchien seit langem die Macht- und Sozialstruktur in Libyen. Gaddafi hatte während seiner Regierungszeit versucht, sich durch materielle Anreize und Vergabe von Posten deren Loyalität zu sichern. Es gibt insgesamt 140 Stämme, von denen aber nur wenige aktiv politisch partizipierten. Mittlerweile wenden sich immer mehr Stämme von Gaddafi ab.³⁸⁵ Ende April wurde eine Erklärung der Stammesvertreter veröffentlicht, in der diese sich für ein „geeintes, freies und demokratisches Libyen ohne Gaddafi“ aussprachen.³⁸⁶

Bisher ist eine Entmachtung und Absetzung Gaddafis noch nicht vollständig gelungen, die erste Stufe einer Transformation ist somit noch nicht abgeschlossen. Ob es sich um einen Transformationsprozess hin zu einem demokratischen System handeln wird, ist noch nicht abschätzbar.

³⁸¹ Vgl. Harrer (2011): Vortrag

³⁸² Vgl. <http://www.geo.de/GEO/kultur/gesellschaft/67453.html>

³⁸³ Vgl. <http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=6613166>

³⁸⁴ Vgl. <http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=6613166>

³⁸⁵ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,747115-2,00.html>

³⁸⁶ <http://www.news.at/articles/1117/19/295270/stammesvertreter-gaddafi-fuer-libyen-demokratie>

10.3 Internet in Libyen: Ein Medium mit wenig Einfluss

Libyen gilt als das erste arabische Land, in dem 100% der Bevölkerung 2008 Handys besaßen. Bei der Internetnutzung gehört Libyen mangels Infrastruktur allerdings zu den Schlusslichtern. Schätzungen zufolge nutzen in Libyen zwischen 4% und 4,7% das Internet.^{387 388}

Die Medien unterliegen strenger Zensur und sind in der Regel in staatlichem Besitz, da die Kommunikationsgesetze bestimmen, dass nur zwei staatliche Stellen das Recht zur Publikation von Informationen haben. Eine Möglichkeit zur Umgehung der Zensur ist das Satellitenfernsehen.³⁸⁹

Eine Filterung des Internets findet im Hinblick auf politische und regimekritische Inhalte statt, allerdings nur sehr vereinzelt und in geringem Maße.

Die überschaubare Zahl libyscher Internetblogs ist in der Regel aus Angst vor staatlicher Repression unpolitischer Natur. Politische Seiten werden in der Regel vom Ausland aus betrieben.³⁹⁰

Seit Beginn ist es ausländischen Journalisten untersagt, in Libyen zu arbeiten.

Das Internet wurde in Februar und März mehrfach abgeschaltet und unterbrochen, seit Ende März funktioniert es gar nicht mehr.³⁹¹ Selbes gilt für die Mobilfunknetze, die aber mittlerweile mit Hilfe ausländischer Ingenieure wieder teilweise funktionsfähig gemacht wurden.³⁹² Den Abschaltungen vorausgegangen waren Online- Aufrufe zu Massendemonstrationen am zum „Tag des Zorns“ erklärten 17.02.³⁹³ Zudem wurden im Internet Amateurvideos von Demonstrationen veröffentlicht.³⁹⁴

Allerdings ist auf Grund des sehr niedrigen Anteils von Internetnutzern, ähnlich wie im Jemen, nicht davon auszugehen, dass das Internet zentraler Weg zur Mobilisierung gewesen ist. Von Bedeutung war es aber sicher zur Information des Auslandes über die Geschehnisse, die auf anderem Wege kaum möglich war /ist.

³⁸⁷ Vgl. <http://www.indexmundi.com/g/g.aspx?c=ly&v=118&l=de>

³⁸⁸ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/libya>

³⁸⁹ Vgl. <http://www.undp-pogar.org/countries/theme.aspx?t=2&cid=10>

³⁹⁰ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/libya>

³⁹¹ Vgl. http://www.n24.de/news/newsitem_6676694.html

³⁹² Vgl. Frefel (2011): S.9

³⁹³ Vgl. <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,560927>

³⁹⁴ Vgl. <http://www.welt.de/politik/ausland/article12565354/Libysche-Demonstranten-fordern-Gaddafis-Sturz.html>

11. Syrien

11.1 Die Geschichte Syriens und die Voraussetzungen für die Revolution

Syrien war bis seit dem 19. Jahrhundert unter französischer Herrschaft, Aufstände gegen diese in den 1920er Jahren wurden von den Besatzern mit Gewalt niedergeschlagen.³⁹⁵

1946 erlangte Syrien seine Unabhängigkeit, die folgenden Jahre waren geprägt von ökonomischen Problemen.

In diesen Jahren wurde die nationalistisch orientierte Ba'ath Partei gegründet, deren größtes Ziel der Panarabismus, ein gemeinsamer arabischer Staat war. Insbesondere vor dem Hintergrund der Übergabe von Land an Israel, das als Teil Syriens angesehen wurde, erhielt die Partei viel Unterstützung in der Bevölkerung.³⁹⁶ 1961 wurde die arabische Republik Syrien proklamiert, 1967 verlor Syrien in einem Krieg die strategisch wichtigen Golan Höhen an Israel.³⁹⁷

Mitte der 60er Jahre übernahmen einige Leitfiguren der Ba'ath Partei die Regierungsmacht im Staat, 1970 gelangte durch einen Militärputsch eine dieser Leitfiguren, Hafez al-Assad, an die Macht und wurde zum Präsidenten Syriens.³⁹⁸

Assad ließ während seiner Regierungszeit eine Landreform umsetzen, ein staatlich getragenes Erziehungssystem einrichten und Maßnahmen setzen, um eine Industrialisierung voranzutreiben. Es gelang ihm, den Staat einigermaßen zu stabilisieren, was allerdings mit hohen Kosten und einer massiven Einschränkung der bürgerlichen Partizipationsrechte verbunden war. Alle politischen Institutionen verloren auf Kosten der Kompetenzerweiterung des Präsidenten viel von ihrer Macht.³⁹⁹

Die Verfassung von 1973 machte Syrien zur sozialistischen Volksrepublik und verlieh zugleich dem Präsidenten fast uneingeschränkte Kompetenzen: Der Premierminister ist der Regierungschef und wird, genau wie die Minister, vom Präsident eingesetzt. Die Bevölkerung kann alle 4 Jahre einen Teil (!) des Rates wählen, der Gesetze vorschlägt und für den Staatshaushalt zuständig ist. Allerdings sind 50% der Sitze für die Ba'ath Partei reserviert, was sogar in der Verfassung festgeschrieben ist. Somit garantiert die Verfassung der dominierenden Partei ihre Macht und die Bevölkerung kann auf dem Wege der Wahl diese

³⁹⁵ Vgl. Antoun (1991): S.8

³⁹⁶ Vgl. South (2006): S.28ff

³⁹⁷ Vgl. Scheck (2009): S.110

³⁹⁸ Vgl. South (2006): S.29

³⁹⁹ Vgl. Hinnebusch (2002): S.9

Vormachtstellung der Partei auch nicht verändern. Andere Parteien existieren zwar neben der Ba'ath Partei, sind aber bedeutungslos. Die Ba'ath Partei hat die Kontrolle über das Militär und die meisten Medien.⁴⁰⁰

Am 10.06.2000 starb Hafez al-Assad, sein Sohn Bashar übernahm das Präsidentenamt. Viele erhofften sich von ihm eine Liberalisierung des Landes und eine internationale Öffnung, die Bashar aber nur teilweise realisierte. .⁴⁰¹

Syrien ist ein autoritär regierter Staat mit einem sehr mächtigen Präsidenten und einem faktischen Einparteiensystem. Die anderen bestehenden Parteien sind in der Regel regierungstreu und haben keinerlei politischen Einfluss. Der BTI reiht Syrien im Hinblick auf den Transformationsfortschritt auf Platz 108 von 128 Staaten. Seit Jahrzehnten wird das Land per Notstandsgesetz regiert.⁴⁰² Die Macht des Präsidenten Assad beruht vor allem auf den fünfzehn nationalen Geheimdiensten, die als Unterdrückungsapparat gegen die Bevölkerung dienen.⁴⁰³

Die Menschenrechtslage in Syrien ist einem Bericht von Amnesty International zufolge auch nach der Amtsübernahme durch Bashar al-Assad weiterhin problematisch: Freie Meinungsäußerung ist nur sehr eingeschränkt möglich, Festnahmen von Regimekritikern und Oppositionellen sind gängige Praxis und ihre Verurteilungen erfolgen häufig ungerecht und rechtlich nicht fundiert. Zudem wird über Diskriminierung von Minderheiten und Misshandlungen in syrischen Gefängnissen berichtet.⁴⁰⁴

75% der Einwohner Syriens sind Sunniten, eine bedeutende Minderheit, der auch die Mehrheit der Führungselite entstammt, sind hingegen Alawiten.

Wie in vielen anderen arabischen Staaten ist die familiäre Herkunft ausschlaggebend für die soziale Stellung. Die Erreichung hoher politischer Ämter ist abhängig von richtiger Parteizugehörigkeit und guten Verbindungen der Familie.⁴⁰⁵

Syrien ist überwiegend ein Agrarland, das jährliche Bevölkerungswachstum liegt bei 2,5%, das Durchschnittsalter bei 16 Jahren. Die Arbeitslosenrate beträgt offiziell 8%, die

⁴⁰⁰ Vgl. South (2006): S.31f

⁴⁰¹ Vgl. Hinnebusch (2002): S.9

⁴⁰² Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2010, Rankingtabelle; www.bertelsmann-transformation-index.de

⁴⁰³ Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrien_rafik_schami_interview_1.10045956.html

⁴⁰⁴ Vgl. <http://www.amnesty.de/umleitung/2007/deu03/132?lang=de%26mimetype%3dtext%2fhtml>

⁴⁰⁵ Vgl. Devlin (1983): S.30

Inflationsrate ist hoch und die ständigen Militärausgaben für die Konflikte im Libanon und mit Israel belasten das Staatsbudget.⁴⁰⁶

11.2 Die Proteste und die Verbrechen der Sicherheitskräfte

Ende Januar 2011 bezeichnete Syriens Präsident Assad sein Land in einer öffentlichen Stellungnahme als stabil. Es selbst präsentierte sich als Reformier, der in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht, sodass keinesfalls Proteste wie in Ägypten und Tunesien zu erwarten seien.⁴⁰⁷

Bereits am darauffolgenden Tag berichteten Medien über eine Formierung der Opposition in Syrien. Über Facebook wurde zum „Tag des Zorns“ aufgerufen, dabei die folgende Botschaft an Assad veröffentlicht: „Wir sind nicht gegen dich persönlich, sondern gegen Alleinherrschaft, Korruption und Tyrannei sowie dagegen, dass deine Familie die Reichtümer an sich reißt.“⁴⁰⁸

Anfangs war die Reaktion auf die Aufrufe eher verhalten und die Zahl der Demonstranten gering. Die Polizei ging mit Gewalt und Schusswaffen gegen die Protestierenden vor. Die Unruhen breiteten sich von der Stadt Daraa ausgehend aus. Dort waren mehrere Kinder, die Parolen gegen das Regime an Hauswände gesprüht hatten, in Handschellen von der Polizei aus den Klassenzimmern abgeführt worden.⁴⁰⁹

Mitte März eskalierte die Situation, es gab zahlreiche Tote und Verletzte und die Zahl der Demonstranten stieg konstant an. Als Reaktion verkündete die Regierung Ende März die Aufhebung des Notstandsgesetzes, zwei Tage später trat sie zurück.

Im April kam es fast täglich zu landesweiten Großdemonstrationen und blutigen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Nach massiven Protesten riegelten Sicherheitskräfte sogar die ganze Stadt Daraa von der Außenwelt ab und verhaftete und töteten deren Einwohner.

Im Mai besetzte die Armee weitere Städte und ging systematisch gegen die Bevölkerung vor. Assad behauptete weiterhin, es handle sich nur um einen Kampf gegen Terroristen.

⁴⁰⁶ Vgl. Scheck (2009): S.27f

⁴⁰⁷ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,742607,00.html>

⁴⁰⁸ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,743026,00.html>

⁴⁰⁹ Vgl. <http://www.alsharq.de/2011/03/unruhen-in-syrien-daraa-das-syrische.html>

Seit Ende des Monats unterstützen laut amerikanischen Aussagen iranische Sondereinheiten die syrischen Sicherheitskräfte. Sie wenden die Strategien an, mit der sie bereits die Grüne Revolution im Iran 2009 niederschlugen.^{410 411}

Am 1.06.2011 veröffentlichte Human Rights Watch einen Bericht über die Lage in Syrien, in der sie die Lage als furchtbar beschrieben: „We’ve Never Seen Such Horror“⁴¹². Die Übergriffe syrischer Sicherheitskräfte wurden als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet.⁴¹³

Mittlerweile sind zahlreiche syrische Städte von der Armee besetzt und immer mehr Menschen fliehen in Richtung der türkischen Grenze, 10.000 sind bereits in der Türkei. Allerdings rückt die syrische Armee sogar schon bis in die Nähe der Grenze vor. Zudem häufen sich die Demonstrationen, die die internationale Gemeinschaft zum Eingreifen auffordern.⁴¹⁴

Die EU verschärfte derweil die Sanktionen gegen Syrien und auch den Iran und verurteilte das Vorgehen der Sicherheitskräfte als „schockierende Gewalt“. Eine Verurteilung durch den UN Sicherheitsrat scheiterte bisher an der Weigerung Russlands.⁴¹⁵

Assad verspricht Reformen und bewertet die Proteste als Massaker und Sabotage, die von einer Minderheit ausgehen.⁴¹⁶ An der Macht hält er weiterhin fest, obwohl die Proteste bereits seit vier Monaten anhalten und er die Armee anweist, brutal gegen das eigene Volk vorzugehen.

Ausgelöst wurden die Proteste durch das willkürliche und übermäßig harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Kinder in Daraa. Diese ersten spontanen Unruhen haben sich schnell im ganzen Land und auf quasi alle Bevölkerungsgruppen ausgebreitet.

„Was als Protest gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte begann, ist längst zu einem Aufstand gegen Korruption und die Herrschaft des Assad-Clans geworden, der die Fäden in Politik und Wirtschaft in den Händen hält.“⁴¹⁷

⁴¹⁰ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>

⁴¹¹ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Revolte_in_Syrien_2011

⁴¹² <http://www.hrw.org/en/reports/2011/06/01/we-ve-never-seen-such-horror>

⁴¹³ Vgl. <http://www.hrw.org/en/reports/2011/06/01/we-ve-never-seen-such-horror>

⁴¹⁴ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/aufstand-in-syrien-assads-truppen-ruecken-an-tuerkische-grenze-vor-1.1111871>

⁴¹⁵ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,770417,00.html>

⁴¹⁶ Vgl. http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/671714/Syrien_Neue-Unruhen-nach-AssadRede?_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/635829/index.do&direct=635829

⁴¹⁷ <http://www.alsharq.de/2011/03/unruhen-in-syrien-daraa-das-syrische.html>

Der syrische Schriftsteller Schami ist vom Ausmaß der Proteste in Syrien überrascht und lobt die neue Generation, die die Angst vor dem Regime überwunden hat.

Schami benennt drei Gründe dafür, dass die Proteste in Syrien genau jetzt ausbrechen:

- „Die wirtschaftliche Misere“: Durch die Korruption und die persönliche Bereicherung der führenden Elite gibt es in den Führungsschichten unsagbar reiche Syrer. Die Bevölkerung wurde jahrelang mit gefälschten Wirtschaftsberichten getäuscht, deren Glaubwürdigkeit in letzter Zeit immer mehr angezweifelt wurde.
- „Demütigung durch das Notstandsgesetz“: Die Inhaftierung tausender Regimegegner wurde durch die staatlich kontrollierten Medien verschwiegen. Die modernen Kommunikationsmedien und die technische Bildung haben nun dazu geführt, dass via Internet die Zensur umgangen und die Bevölkerung über die Wahrheit informiert wird.
- „Die Ereignisse in Nordafrika“: Die Protestwelle ergriff nach den Erfolgen in Ägypten und Tunesien nun auch Syrien.⁴¹⁸

Wie sich die Lage in Syrien weiterhin entwickeln wird, ist noch völlig unklar. Die Proteste können erfolgreich sein und eine Entmachtung des Regimes ermöglichen. Genauso kann aber auch, wie in Bahrain, der Fall eintreten, dass die Proteste mit Hilfe ausländischer Truppen (in diesem Falle iranischer) blutig beendet werden.

Bisher zeigt sich Assad völlig uneinsichtig und hält an seiner Macht fest.

11.3 Syrien: „The biggest prison for cyber- dissidents in the Middle East“

Offiziell erlaubt und eingeführt wurde das Internet in Syrien erst nach der Machtübernahme durch Bashar Assad, also etwa 20 Jahre später als in den meisten anderen Staaten.

In den folgenden Jahren stieg die Zahl der Nutzer jährlich um 4900% an und bis heute verwenden bereits 20,4% der Syrer das Internet. Vorrangig wird das Internet von öffentlichen Orten aus verwendet.⁴¹⁹

Das syrische Regime filtert alle Internetseiten; das Hauptaugenmerk liegt auf politischen Inhalten und die Strafen für die Online- Publikation regimekritischer Inhalte sind sehr hoch. Reporter ohne Grenzen bezeichnen Syrien als „biggest prison for cyber- dissidents in the Middle East“, ein Journalistenkomitee wählte Syrien um Platz 3 der Länder, die am strengsten gegen Online- Journalisten vorgehen.⁴²⁰

⁴¹⁸ Vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrien_rafik_schami_interview_1.10045956.html

⁴¹⁹ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/syria>

⁴²⁰ Vgl. <http://opennet.net/research/profiles/syria>

Trotz der rigiden Zensur und der Androhung hoher Strafen war die oppositionelle Bewegung von Anfang an auch im Internet präsent.

Ende Januar kam es zu ersten Protestaufrufen via Facebook, die von verschiedenen Facebook-Gruppen verfasst wurden. Die Plattform ist zwar in Syrien gesperrt, syrische Nutzer umgehen dies aber mit Hilfe spezieller Programme.⁴²¹

Die Geheimdienste verfolgten die Oppositionellen auch im Internet und versuchten, durch die Festnahmen zahlreicher Blogger und Aktivisten die Proteste von Anfang an zu unterbinden.⁴²² „Speziell ausgebildete Sicherheitskräfte überwachten die sozialen Netzwerke [Twitter](#) und Facebook, was vermutlich zu einer Verhaftungswelle von hunderten Syrern in den letzten Wochen geführt hatte.“⁴²³

Nach Beginn der Proteste und der Ausweisung ausländischer Journalisten waren ins Internet gestellte Amateuraufnahmen die Hauptinformationsquelle über die Vorgänge im Land. Demonstranten dokumentierten darin das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte. Bei den Belagerungen und Abschottungen ganzer Städte wurde neben dem Mobilfunknetz auch die Internetverbindung abgeschaltet.⁴²⁴

Offenbar kam dem Internet bei der Organisation der Proteste und der Information über die Ereignisse durchaus eine bedeutende Rolle zu.

Zudem wäre das Regime nicht so rigoros gegen Internetaktivisten vorgegangen, sähen sie in ihnen nicht ein hohes Gefahrenpotential.

Gerade weil die anderen syrischen Medien alle von der Ba'ath Partei kontrolliert werden, bietet das Internet einen alternativen Raum für politische Diskussion und Organisation.

Der syrische Journalist Rafik Schami beschreibt die Rolle des Internets für die Protestbewegung folgendermaßen:

„Nun aber hat sich eine kluge junge Generation der direkten Kontrolle entzogen. Es sind ausgebildete Techniker und Intellektuelle, die so versiert sind, dass sie sich per Handy, Facebook und Internet im Geheimen organisieren und informieren konnten. Man bekommt von einer Demonstration innerhalb Sekunden wahrhaft gute Bilder. Das hat die bleierne Decke der Angst zerrissen.“⁴²⁵

⁴²¹ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,743026,00.html>

⁴²² Vgl. <http://www.alsharq.de/2011/03/unruhen-in-syrien-daraa-das-syrische.html>

⁴²³ http://de.wikipedia.org/wiki/Revolte_in_Syrien_2011

⁴²⁴ Vgl. <http://www.alsharq.de/2011/03/unruhen-in-syrien-daraa-das-syrische.html>

⁴²⁵ http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrien_rafik_schami_interview_1.10045956.html

12. Die Proteste in der arabischen Welt als Gesamtphänomen

In diesem Kapitel wird auf Basis der theoretischen Grundlagen (Teil II) und der länderspezifischen Ergebnisse (Kapitel 5-11) das Gesamtphänomen der Proteste diskutiert. Die Theoriekonzepte und –begriffe werden auf die konkreten Sachverhalte bezogen.

Natürlich ist es bei der Bewertung der Ereignisse immer wichtig, sich dessen bewusst zu sein, dass jeder Mensch Sachverhalte vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrung, Sozialisation und kulturellen Prägung bewertet. Somit kann eine Interpretation der Ereignisse nur auf Basis eines westlich geprägten Demokratieverständnisses erfolgen.

12.1 Warum jetzt? Nationale Ausgangssituationen

Das Konzept des Middle East Exceptionalism (III) traf bis zum Beginn der Proteste mehr oder weniger auf alle untersuchten Staaten zu: In keinem der Staaten wurden bzw. werden alle Menschenrechte in angemessenem Umfang gewährt oder garantiert und die Gleichberechtigung der Geschlechter ist in der Praxis nicht hinreichend umgesetzt. Am kritischsten ist die Situation hierbei in Libyen und dem Jemen.

Bei allen sieben Staaten handelte oder handelt es sich um autokratisch bzw. autoritär regierte Systeme. In einigen, wie Ägypten und Bahrain sind oppositionelle Parteien offiziell zwar zugelassen, verfügen bzw. verfügten aber über keinerlei oder kaum politische Einflussmöglichkeiten. Demokratische Elemente sind nur in Ansätzen erkennbar: Der Bertelsmann Transformation Index reihte in seinem Transformationsranking Bahrain auf Platz 55 von 128, womit es der Staat der in dieser Arbeit untersuchten ist, der die beste Platzierung erreichte. Allerdings ist in Anbetracht der Tatsache, wie das Regime gegen die eigene Bevölkerung vorgeht und seit dem Beginn der Proteste Oppositionelle gnadenlos verfolgt und unrechtmäßig verurteilt, diese Platzierung in Frage zu stellen.

In Ägypten und im Jemen war zumindest in Maßen ein offener politischer und regimekritischer Diskurs möglich, in den anderen fünf Staaten wird bzw. wurde dieser von Seiten der Regierung völlig unterbunden und gesetzlich untersagt.

Allerdings fand in einigen der Länder eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung statt, die den Lebensstandard der Bevölkerung hob, z.B. Bahrain, Tunesien, Libyen. Im Jemen und Ägypten hingegen stellt sich die ökonomische Situation sehr problematisch dar.

Zuletzt geht der Middle East Exceptionalism von einem Fehlen „demokratischer politischer Kultur“ in den Staaten aus. Dieser Behauptung kann ich auf Basis der Ergebnisse meiner Arbeit nicht zustimmen: Im Iran, Tunesien und Bahrain gibt es eindeutig seit Jahren bzw.

Jahrzehnten relativ große oppositionelle Bewegungen, die die Implementierung eines demokratischen Systems anstreben. Die Bevölkerung ist zum großen Teil gut ausgebildet und mit demokratischen Konzepten und Werten sehr wohl vertraut, wozu auch die Massenmedien beigetragen haben. In Ägypten hat sich ebenfalls die politische Kultur des Landes verändert und die Diskussionsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung ist gestiegen, was erstmals in größerem Ausmaß bei den oppositionellen Protesten gegen Mubaraks erneute Präsidentschaftskandidatur 2004 erkennbar wurde.

Inwieweit eine demokratische Kultur in Syrien, Libyen und dem Jemen besteht, kann an dieser Stelle nicht abschließend bewertet werden. Offensichtlich ist, dass sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den herrschenden korrupten Regimen in Form von Massenprotesten manifestiert.

Alle untersuchten politischen Systeme wiesen zumindest bis zu den Protesten die drei Merkmale nach Gardner auf, die dieser (2010, Kapitel III) als charakteristisch für arabische Staaten bezeichnet:

Bei allen Staaten handelte es sich um mehr oder weniger autoritäre Systeme, in denen die Machtposition der Herrschenden durch Militär und Geheimdienst gesichert war und nicht auf gesellschaftlicher Legitimation basierte.

Die vier möglichen Formen politischer Partizipation (Kersting, 2008, Kapitel 4.3) wurden der Bevölkerung höchstens ansatzweise gewährt:

Politischer Diskurs in der Öffentlichkeit ist in keinem der Länder umfassend möglich und in allen Staaten bestehen Gesetze, die die Meinungsfreiheit beschränken.

Politischer Protest in Form von Streiks oder Demonstrationen ist unerwünscht und auf ihn wird, wie die aktuellen Proteste zeigen, mit dem Einsatz von Sicherheitskräften und einem harten Vorgehen gegen die Protestierenden reagiert.

Politische Kontakte zu Medien, Behörden und Politikern sind zwar theoretisch möglich, auf Grund der Medienzensur und Rechtslage im Zweifel aber ohne Effekt.

Wahlen und Abstimmungen gibt es zwar in allen sieben Staaten; es handelt sich aber überall mehr um Inszenierungen zur Legitimierung des Regimes als um universelle Wahlen.

Entweder die Wahlergebnisse sind manipuliert oder die Rechtslage verhindert erfolgreich die Kandidatur und/ oder den Erfolg aussichtsreicher Kandidaten. Beispiele hierfür sind der iranische Wächterrat, der nur linientreue Präsidentschaftskandidaten zulässt und der syrische

Rat, von dessen Sitzen bereits vor der Wahl durch die Verfassung 50% für die Staatspartei reserviert sind.

In den Kapiteln 2.2 und 2.5 wurden verschiedene Faktoren vorgestellt, die bestimmten Ansätzen zufolge demokratische Transformationsprozesse begünstigen sollen.

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, inwieweit diese in den untersuchten Staaten vorlagen:

In allen Staaten lagen Provokationen von Seiten der Machthaber wie Korruption, Repression, Diskriminierung und/oder Missachtung der Menschenrechte vor, die die Unzufriedenheit in der Bevölkerung schürten. Die Unzufriedenen solidarisierten sich auf unterschiedlichem Wege und stellten Forderungen auf, von deren Erfüllung sie sich eine Verbesserung der aktuellen Situation versprachen. Eine Schwäche der Herrschenden lag überall insofern vor, als die Legitimität ihrer Herrschaft von der Bevölkerung nicht mehr anerkannt wurde.

Die Staaten hatten weder vor noch während der Proteste hinreichende Reformen und politische Maßnahmen gesetzt, um den Ansprüchen der Bevölkerung gerecht zu werden und deren Forderungen zu erfüllen.

Innere staatliche Krisen begünstigten ebenfalls die Formierung der Protestbewegung.

Beispiele dafür sind der Konflikt zwischen herrschender sunnitischer Minderheit und diskriminierter schiitischer Mehrheit in Bahrain, Konflikte zwischen dem Nord- und dem Südjemen und die wirtschaftliche Situation in Ägypten.

Die Modernisierungstheorie (2.5) geht davon aus, dass das Vorliegen eines gewissen gesellschaftlichen Wohlstands positive Auswirkungen auf deren Demokratisierungsgrad hat. Das wird damit begründet, dass Wohlstand sich positiv auf Bildungsniveau und technische Infrastruktur auswirkt und innergesellschaftliche Unterschiede und Konfliktpotentiale reduziert.

Bei Tunesien und Bahrain handelt es sich um die untersuchten Staaten, die im Vergleich den größten Wohlstand aufweisen. In beiden erfolgte eine Liberalisierung des wirtschaftlichen Systems, das Bildungsniveau der Bevölkerung ist sehr hoch und beide verfügen über eine Verfassung. Offiziell werden regelmäßig Wahlen durchgeführt, die aber wegen Unregelmäßigkeiten in der Kritik stehen. In beiden Staaten sind oppositionelle Parteien theoretisch erlaubt, haben aber faktisch keinen Einfluss. Alle Medien werden staatlich zensiert, um einen regimekritischen Diskurs zu unterbinden.

In der Bewertung nach dem Bertelsmann Transformation Index führen Bahrain und Tunesien vor den anderen untersuchten Staaten.

Der Modernisierungstheorie widerspricht die Tatsache, dass auch der Iran ein relativ wohlhabender Staat mit einer sehr jungen und gut ausgebildeten Bevölkerung ist. Die dortige bürgerliche Reformbewegung besteht bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Trotzdem ist das System statt von demokratischen Elemente von einem streng autoritären und repressiven Führungsstil geprägt.

In Ägypten und dem Jemen leben prozentual die meisten Menschen unterhalb der Armutsgrenze (Ägypten: 43% ⁴²⁶, Jemen: 42% ⁴²⁷). Trotzdem sind es die beiden Staaten, in denen der freiste politische Diskurs in den Massenmedien stattfindet.

Die „Theorie der religiös- kulturellen Zivilisationstypen“ (2.5) geht davon aus, dass der Islam die Implementierung eines demokratischen Systems behindert.

Dazu ist zu sagen, dass die Scharia, das islamische Gesetz, in allen untersuchten Staaten außer Tunesien, die Grundlage aller oder vieler politischer und rechtlicher Entscheidungen darstellt. Somit sind Politik und Religion eng miteinander verbunden.

Insgesamt ist erkennbar, dass sich die Ausgangssituationen in den Staaten sehr voneinander unterscheiden: Trotzdem formierten sich in allen Staaten Protestbewegungen, unabhängig von Bildungsniveau, Wohlstand und wirtschaftlichem Systemtyp. Größte Gemeinsamkeit ist die durchschnittlich sehr junge Bevölkerung in den untersuchten Staaten und das autoritäre Regime, das in allen Staaten bestand bzw. noch besteht.

12.2 Der Verlauf und die bisherigen Resultate der Proteste

Die Proteste, die in den untersuchten Staaten zu beobachten sind, können nach Merkel (2.3) als Systeme im Wandel bezeichnet werden. Ob dieser Wandel einen Wechsel herbeiführen wird, ist in den meisten der Staaten noch unklar.

In Ägypten und Tunesien hat bisher ein Wechsel der Regierungen stattgefunden. Die Frage ist, ob darauf nun auch ein Wechsel des Regimes und die damit einhergehenden grundlegenden Veränderungen bei Herrschaftszugang, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise folgen werden.

Auf die erste Stufe der Transformation, die Entmachtung der herrschenden Eliten, müsste nun eine Demokratisierung der politischen Institutionen folgen. Ob diese gelingt, wird erst nach den geplanten Wahlen zu erkennen sein.

⁴²⁶ Vgl. Gardner (2010): S.53

⁴²⁷ Vgl. <http://www.undp.org.ve/y-profile.php>

Innerhalb großer Teile der Bevölkerung besteht der Wunsch nach Demokratie- von einer Demokratisierungsresistenz (2.4.3) kann also vom aktuellen Standpunkt nicht die Rede sein. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Wunsch auch realisiert werden wird.

In Syrien, Libyen, Bahrain, dem Iran, dem Jemen und Tunesien halten sich die autoritären Regime weiterhin bzw. noch an der Macht.

Allerdings sind sie sehr instabil, da die Machthaber bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Legitimität mehr besitzen.

Aus diesem Grund bedienen sich die Machthaber zur Sicherung ihrer Macht ihrer Armee und Sicherheitskräfte. Während diese in Ägypten und Tunesien größtenteils nicht bereit waren, mit übermäßiger Gewalt gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, stellt sich die Lage im Jemen, in Syrien, in Bahrain, im Iran und in Libyen anders dar.

Große Teile des libyschen und bahrainischen Militärs sind aus anderen Staaten rekrutiert worden und haben somit eine geringere Bindung zur Bevölkerung.

Im Iran hingegen gehen Revolutionswächter und die sogenannten Freiwilligen der Revolution mit Gewalt gegen alle vor, die die islamische Republik gefährden.

Auch in Syrien und im Jemen gehen die Sicherheitskräfte setzen die Sicherheitskräfte auf Gewalt zur Eindämmung der Proteste.

13. Die Rolle des Internets für die Protestbewegung

Dieses Kapitel widmet sich der Frage danach, welche Rolle das Internet für die Protestbewegung im Nahen Osten spielte oder noch spielt.

Prinzipiell ist es Aufgabe der Medien, Öffentlichkeit herzustellen, freie Meinungsbildung zu ermöglichen und zugleich eine Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Handlungen wahrzunehmen (4.1).

Wie oben ausgeführt, unterliegen die Medien aller untersuchten Staaten einer mehr oder weniger strengen Zensur. In der ägyptischen und jemenitischen Medienlandschaft ist im Vergleich der lebhafteste politische Diskurs zu beobachten. Allerdings gibt es auch dort, ebenso wie in den anderen Staaten, Gesetze, die Aussagen gegen das Regime und die Publikation von regimfeindlichen Inhalten unter Strafe stellen.

Diese Medienzensur verhindert den politischen Diskurs und schränkt die Möglichkeiten der Bevölkerung, sich durch objektive Berichterstattung über Ereignisse zu informieren, in gravierendem Maße ein. Da die nationalen Medien zum größten Teil im Besitz oder unter der Kontrolle der herrschenden Eliten sind, bieten sich als Ausweichmöglichkeiten das Satellitenfernsehen und das Internet an. Ersteres wird in arabischen Staaten sehr viel genutzt und besonders der Sender Al Jazeera gewinnt zunehmend an Popularität.

Genauso steigt auch die Zahl der Internetnutzer in den untersuchten Staaten seit längerem an. Als Konsequenz daraus dehnen die Regime ihre Medienzensur auch auf das Internet aus.

„Gerade in Ländern, in denen die Medien staatlich kontrolliert werden, dient das Internet als unabhängiges und meist einziges Sprachrohr der Gegner. Folglich versuchen die Regierungen, das Netz entsprechend stark zu regulieren.“⁴²⁸

Allerdings gestaltet sich auf Grund der Eigenschaften des Internets eine Zensur weitaus schwieriger und verlangt vom Regime mehr Know-how und technische Infrastruktur, als dies bei den anderen Massenmedien der Fall ist.

Bei den klassischen Massenmedien handelt es sich um Einwegkommunikationsmedien- somit müssen die Aussagen der Journalisten zensiert oder nur solche zugelassen werden, die dem Regime loyal gegenüber stehen. Der Zeitraum zwischen Produktion der Berichte Veröffentlichung selbiger kann genutzt werden, um diese zu kontrollieren.

⁴²⁸ <http://www.zeit.de/digital/internet/2011-01/tunesien-zensur-facebook>

Das Internet hingegen weist diverse Charakteristika auf, die eine Zensur erschweren (2.4.2): Es ist kein Einwegkommunikationsmedium, sondern ist interaktiv. Jeder Nutzer kann Inhalte ins Netz stellen und mit anderen Nutzern auf verschiedene Arten in Kontakt treten.

Zudem ist es multimedial, was bedeutet, dass es die Funktion der anderen gängigen Massenmedien in sich vereint: Zeitung lesen, Radiobericht hören, Fernsehen und Videos anschauen ist im Internet möglich. Umgekehrt können die Nutzer auch all dies selbst produzieren, es online stellen und andere Nutzer erreichen. Dabei ist der Kreis der potentiell erreichbaren Personen riesig, da das Internet global verfügbar ist.

Es unterliegt keinerlei Zeitbeschränkungen, Informationen können verfasst bzw. aufgenommen und quasi zeitgleich veröffentlicht werden.

All diese Charakteristika erschweren die Zensurbemühungen von Seiten des Staates und begünstigen die Entstehung alternativer Diskursräume. Der Austausch und die Diskussion politischer Inhalte werden eher ermöglicht, als das in den anderen nationalen Massenmedien der Fall ist. Zudem konnte und kann die globale Öffentlichkeit auf diesem Wege über die Ereignisse während der Proteste informiert werden, da journalistische Berichterstattung nicht gestattet war.

Doch kann das Internet wirklich politische Partizipation ermöglichen oder sie unterstützen? Dazu möchte ich die vier Bereiche betrachten, in die Kersting (3.4.3) politische Partizipationsformen einteilt:

- politischer Diskurs: Dieser kann, wie oben erläutert, im Internet durchaus stattfinden. Information, Diskussion und Informationsaustausch sind online möglich. Hier sind die Facebook Gruppen zu nennen, die sich bereits vor Protestbeginn formierten. Genauso zentral sind Weblogs und Blogs, die zum Beispiel von iranischen Regimekritikern sehr intensiv genutzt werden. Außerdem werden die Menschen im In- und Ausland über Ereignisse informiert, die von nationalen Medien in ihrer Berichterstattung ignoriert wurden, wie das gewaltsame und blutige Vorgehen der Sicherheitskräfte in Bahrain und dem Iran. In Syrien ist das Regime mittlerweile dazu übergegangen, das Internet in vom Militär abgeriegelten Staaten komplett auszuschalten.
- politischer Protest: Bei der Organisation politischer Proteste kann das Internet unterstützend wirken. Streiks und Demonstrationen können organisiert werden. Allerdings können so nur die Teile der Bevölkerung erreicht werden, die das Internet nutzen oder von Personen informiert werden, die Internetnutzer sind. Die Zahl der Nutzer liegt in den untersuchten Staaten zwischen 1,4% im Jemen und 34,1% in

Tunesien. Zudem kann das Internet Proteste zwar unterstützen- die Proteste müssen aber auch in der Realität stattfinden.

- politische Kontakte: Hiermit sind Briefe und Kontakte zu Medien, Behörden und Politikern gemeint. Theoretisch ist eine Kontaktaufnahme durch das Internet mit all diesen Stellen möglich. Nachdem das nationale Regime im Zweifel für Kritik der Bevölkerung nicht empfänglich ist, kann nur der Kontakt mit ausländischen Stellen oder nationalen Oppositionspolitikern von Bedeutung sein.
- Wahlen und Abstimmungen: Diesen zentralen Punkt demokratischer Systeme kann das Internet nicht ersetzen. Durch das Internet können Wähler nur mobilisiert und über die Wahl informiert werden. Zudem können sich wie in Ägypten und dem Iran Protestbewegungen gegen das Wahlergebnis oder die Kandidaten formieren.

Die folgende Tabelle bildet den Bevölkerungsanteil der Internetnutzer in den untersuchten Ländern und die Faktoren ab, die großen Einfluss auf die Internetnutzung haben.

Hierbei sind die Alphabetisierungsrate und der gesellschaftliche Wohlstand gemeint.

Die Alphabetisierungsrate ist insofern von großer Bedeutung, als eine Internetnutzung ohne Schriftkenntnis kaum möglich ist. Zudem spiegelt sie in gewissem Maße auch das Bildungsniveau der Bevölkerung wieder. Für die Nutzung des Internets sind Anwenderkenntnisse und Vertrautheit mit neuen Medien eine Voraussetzung. Diese Kenntnisse sind besonders bei Personen mit höherem Bildungsstand anzutreffen.

Der Wohlstand ist für die Internetnutzung relevant, weil die notwendige technische Infrastruktur in Form von Computer, Internetanschluss und Nutzungsgebühr verhältnismäßig teuer ist. Der Besuch von Internetcafes ist zwar eine günstigere Möglichkeit- diese existieren aber nicht unbedingt in allen ländlichen Gebieten. Zudem ist es zum Beispiel im Jemen Frauen nicht gestattet, sich dort aufzuhalten. Dadurch wird dort die weibliche Bevölkerung von dieser Zugangsmöglichkeit ausgeschlossen.

Tunesien, Bahrain und der Iran sind eindeutig die Staaten mit dem prozentual größten Anteil an Internetnutzern. Die nationalen Regime haben darauf mit intensiver Filterung und Zensur des Internets reagiert, was die Formierung der oppositionellen Bewegung, die politische Diskussion und den Informationsaustausch jedoch nicht verhindern konnte. In allen drei Staaten sind Blogger massiven Repressionen und der Gefahr hoher Haftstrafen ausgesetzt. In allen Staaten liegt die Alphabetisierungsrate relativ hoch und die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ist verhältnismäßig gering. Allerdings trafen diese beiden

Punkte auch auf Libyen zu, wo die Zahl der Internetnutzer mangels einer geeigneten Infrastruktur sehr gering ist.

Wichtig ist also neben den aufgelisteten Bereichen auch die Verfügbarkeit der notwendigen technischen Infrastruktur. In Libyen und dem Jemen ist diese sehr schlecht ausgebaut und von Seiten des Staates sind kaum Bemühungen erkennbar, die Situation zu ändern. In Ägypten hingegen forcierte Mubarak den Ausbau des Telekommunikationsnetzwerks, was sich auch in der relativ hohen Anzahl von Internetnutzer widerspiegelt, der eine geringe Alphabetisierungsrate und ein hoher Prozentsatz armer Menschen gegenüberstehen.

Die Zahl der Internetnutzer in Syrien muss vor dem Hintergrund bewertet werden, dass dort erst seit 2000 das Internet überhaupt erlaubt ist. Somit ist der Wert der Nutzer innerhalb von elf Jahren von 0 auf 20% angestiegen.

	Tunesien	Ägypten	Jemen	Iran	Bahrain	Libyen	Syrien
Internetnutzer (% der Bevölkerung)	34,1%	15-24,3%	1,4%	31,9%	53%	4-5,5%	20,4%
Internetfilterung	Intensiv	Keine	Intensiv	Intensiv	Intensiv	Gering	teilweise
Alphabetisierungsrate (% der Bevölkerung)	78%	~50%	50-60,9%	77%	90%	87%	83,6%
Menschen unterhalb der Armutsgrenze (% der Bevölkerung)	6-7%	43%	42%	18%	k.A.	7,4%	11,9%

429 430 431

⁴²⁹ Vgl. <http://opennet.net/>

⁴³⁰ Vgl. www.undp.org

⁴³¹ Vgl. www.indexmundi.com

Die Rolle des Internets für die Protestbewegung in den untersuchten Staaten wurde bereits in den Kapitel 5-11 ausführlich erläutert und soll an dieser Stelle nur noch kurz zusammengefasst werden:

- Tunesien: In Tunesien kam den aktuellen Berichten und Einschätzungen zufolge dem Internet eine wichtige Rolle zu. Trotz der strengen Internetzensur waren soziale Plattformen wie Facebook und Twitter für die Mobilisierung und Organisation der Proteste von großer Bedeutung. Das ganze Land wurde online über die Tat Bouazizis informiert, die die nationalen Massenmedien ignoriert hatte.
- Ägypten: Der Opposition gelang bereits 2008 ein erfolgreicher Boykottaufruf im Internet. Für die Solidarisierung und Information war es vor Beginn der Proteste wichtig. Zwei Tage später wurde es landesweit abgeschaltet.
- Jemen: Das Internet ist von untergeordneter Bedeutung gewesen, da nur 1,4% der Bevölkerung auf diesem Wege erreicht werden können.
- Iran: Bereits die Grüne Revolution aus dem Jahre 2009 galt als Internetrevolution. Die iranische Opposition ist im Internet sehr präsent. An der Diskussion politischer Themen im Internet nehmen immer mehr Menschen teil und deren Einfluss auf die Bevölkerung wächst.
- Bahrain: Bahrain ist das arabische Land mit der höchsten Internetnutzungsdichte. Das Internet wird zwar ebenfalls zensiert, aber nicht so umfassend wie die nationalen Massenmedien. Befragte Oppositionelle sprechen von einer Internetrevolution. Beim gesamten Bildmaterial, das von den Protesten in Bahrain existiert, handelt es sich um Amateuraufnahmen, die die Filmer ins Internet gestellt haben.
- Libyen: Die Zahl der Internetnutzer ist relativ gering und das Internet für die Protestbewegung nicht von essentieller Bedeutung. Trotzdem ließ das Regime nach Protestbeginn das Internet landesweit ausschalten.
- Syrien: Das Internet dient in Syrien vor allem der Solidarisierung der oppositionellen Bewegung und der Information der Weltöffentlichkeit über die Proteste. Das Regime zensiert das Internet streng und geht mit aller Härte gegen Internet- Dissidenten vor.

Es gibt verschiedene Standpunkte dazu, wie wichtig das Internet wirklich für die Protestbewegung war:

Die Journalistin Harrer weist den Begriff der Facebook Revolution mit der Begründung zurück, dass im Iran, einem Staat mit sehr hoher Internetnutzung, die Revolution scheiterte.⁴³²

Der Journalist Martin Vogler sieht das bedeutende Potential des Internets darin, unter „Umgehung der Zensur, Missstände [anzuprangern] und zu Protestkundgebungen [aufzurufen].“⁴³³

Er verweist auf die Tatsache, dass in Ägypten und Libyen das Internet nach Beginn der Proteste ausgeschaltet wurde, diese aber trotzdem weitergingen. Dadurch zeigt sich, „dass diese Technik zwar sehr nützlich für Volksbewegungen ist, aber nicht existenziell.“⁴³⁴

Ich würde auf Basis der Ergebnisse drei der vier eingangs (Kapitel 4.4.4) angesprochenen Hypothesen zum politischen Potential des Internets zustimmen.

Das Internet kann durchaus eine Mobilisierung der Massen unterstützen (Mobilisierungshypothese). Zugleich ist aber der Zugang zu den Informationen im Internet den Menschen vorbehalten, die über Internetzugang und Anwenderkenntnisse verfügen (Differenzierungshypothese). Oppositionelle Bewegungen müssen zudem auch in der Realität Bestand haben und erkennbar sein, um wirkliche politische Veränderungen herbeiführen zu können (Fragilität virtueller Gemeinschaften), was an der Protestbewegung deutlich erkennbar ist.

Nicht zuletzt hängt der Erfolg des Internets für die Formierung und Organisation der Protestbewegung vom Verhalten der Nutzer ab (4.1).

Das Internet unterscheidet sich von anderen Massenmedien dadurch, dass der Nutzer völlig frei über die Inhalte entscheiden kann, die er oder sie rezipieren möchte. Das bedeutet aber auch, dass Menschen, die mit dem Regime zufrieden sind, über das Internet kaum erreicht und vom Gegenteil überzeugt werden können. Voraussetzung ist die gezielte Suche des Nutzers nach regimekritischen Inhalten.

⁴³² Vgl. Harrer (2011): Vortrag

⁴³³ <http://www.wz-newsline.de/home/leitartikel/das-maerchen-von-der-internet-revolution-1.565621>

⁴³⁴ <http://www.wz-newsline.de/home/leitartikel/das-maerchen-von-der-internet-revolution-1.565621>

IV SCHLUSS

14. Beantwortung der Forschungsfragen und Bewertung der Hypothesen

Bereits in den vorigen beiden Kapiteln ist die Rolle des Internets ausführlich diskutiert und das Gesamtphänomen der Proteste detailliert bewertet worden.

In diesem abschließenden Teil werde ich meine Ergebnisse kurz zusammenfassen, indem ich meine Forschungsfragen soweit wie möglich beantworte und die eingangs aufgestellten Hypothesen verifiziere oder falsifiziere.

DAS INTERNET

→ *Kann in autoritär regierten Staaten das Internet neue Formen der politischen Partizipation ermöglichen?*

Diese Forschungsfrage würde ich definitiv mit „JA“ beantworten.

Wie ich ausführlich erläutert habe, bietet das Internet auf Grund seiner speziellen Merkmale ganz neue Möglichkeiten, die die gängigen Massenmedien nicht bieten können.

Die Interaktivität und Multimedialität ermöglicht die Kommunikation und Interaktion vieler Nutzer. Das zeigt sich vor allem in Internetforen wie Facebook und Twitter (Tunesien, Bahrain etc.), im Iran haben die Weblogs große Bedeutung.

Die mehr oder weniger strenge staatliche Zensur von medialen Inhalten in Fernsehen, Radio und Zeitungen verhindert eine objektive Berichterstattung und einen regimekritischen Diskurs. Auch das Internet wird in den untersuchten Staaten (mit Ausnahme von Ägypten) zwar zensiert; gänzlich verhindert werden kann dadurch dessen Verwendung durch die oppositionelle Bewegung allerdings nicht. Sogar in Tunesien, wo die Internetzensur von staatlicher Seite sehr intensiv durchgeführt wird, gelangen politische Diskussion, Informationsweitergabe und Protestorganisation im Internet.

Gespräche und Diskussionen über Politik, Analysen aktueller Themen und Organisation von Protesten sind wichtige politische Aktionsformen, die in Ermangelung öffentlicher freier politischer Institutionen und Medien neue Wege der Artikulation im Internet finden.

Von Nachteil sind dabei allerdings die Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um das Internet nutzen zu können. Neben technischem Know-how ist auch teure technische Infrastruktur erforderlich. Damit ist die Verwendung schwieriger als die der anderen Massenmedien und Teilen der Bevölkerung ist die Benutzung aus verschiedenen Gründen nicht möglich.

Trotz dieses Nachteils bewerte ich das Internet als ein positives Instrument der politischen Partizipation, dass der Bevölkerung autoritär regierter Staaten die aktive Auseinandersetzung mit und Beteiligung an Politik ermöglichen kann.

→ *Bietet der Austausch politischer Meinungen über das Medium Web 2.0 in autoritär regierte Staaten die Möglichkeit, größere Massen zu mobilisieren?*

Diese Frage muss differenziert beantwortet werden.

Auf Grund der oben erläuterten Eigenschaften, die das Medium Internet aufweist, sind theoretisch politischer Diskurs und Informationsverbreitung möglich.

Die Tatsache, dass die Internetnutzungsrate allerdings in den sieben untersuchten Staaten zwischen 1,4% und 53% liegt, verweist auch zugleich darauf, dass es große Unterschiede zwischen diesen Staaten gibt. Während in Bahrain theoretisch über die Hälfte der Bevölkerung über das Internet erreichbar sind, sind es im Jemen nur 1,4%.

Die Tatsache, dass es trotzdem in allen Ländern zu Unruhen kam, zeigt, dass es zur Mobilisierung der Bevölkerung nicht unbedingt des Internets bedarf.

Das Internet kann die Mobilisierung aber sicherlich unterstützen und wie im Falle des Tunesiers Bouazizi, der sich selbst aus Protest gegen die Behörden anzündete, Informationen verbreiten, die die staatlich kontrollierten Massenmedien in ihrer Berichterstattung ignorieren.

→ *Ist das World Wide Web im Stande, die anderen Medien Fernsehen, Radio und Print im politischen Diskurs zu ersetzen?*

Diese Forschungsfrage kann prinzipiell bejaht werden.

Die strenge Medienzensur in den untersuchten Staaten verhindert (Tunesien, Iran, Bahrain, Syrien, Libyen) oder erschwert zumindest (Jemen, Ägypten) die Wahrnehmung der sozialen und politischen Aufgaben, die den Massenmedien kommunikationswissenschaftlichen Theorien zufolge zukommen.

Das Internet kann hier einen alternativen Raum für politischen Diskurs und objektive Berichterstattung bieten. Gesellschaftliche und politische Missstände können kritisiert werden. Zudem können sich die Rezipienten auf der Grundlage eines großen Informationsangebotes (allerdings in den meisten Staaten eingeschränkt durch die Internetzensur) eine freiere Meinung bilden, als dies beim Konsum nationaler Massenmedien der Fall ist.

→ *Inwieweit unterstützt das Internet die Kommunikation der oppositionellen Bewegung mit anderen Staaten?*

Diese Vermittlung von Informationen ans Ausland durch das Internet fand und findet in allen untersuchten Staaten statt. Auf den Ausbruch der Proteste reagierten alle autoritären Regime mit der Ausweisung ausländischer Journalisten und einer noch strengeren Zensur der inländischen Medien. Dementsprechend stellten Amateuraufnahmen von beteiligten Oppositionellen, die online verbreitet wurden, die wichtigste Informationsquelle über die Proteste dar.

→ *Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem gesellschaftlichen Aufbau sowie der sozialen Struktur einer Gesellschaft und dem Stellenwert des Internets für die Proteste?*

Diese Frage wurde in Kapitel 13 ausführlich diskutiert (S.110-112).

Kurz gesagt begünstigen Bildungsniveau und Wohlstand einer Gesellschaft den Zugang zum Internet. Genauso wichtig sind aber der Ausbau der technischen Infrastruktur und das Verhalten des Regimes in diesem Bereich.

Je größer der Kreis der Internetnutzer ist, desto mehr Menschen werden erreicht und desto bedeutender kann das Internet für die Protestbewegung sein.

→ *Das Internet kann nicht Hauptauslöser von Protesten sein: Nur in Kombination mit anderen Faktoren kann es zu einer Mobilisierung der Bevölkerung führen.*

Diese Hypothese ist definitiv zu verifizieren.

Wie oben erläutert kann das Internet bei der Formierung der oppositionellen Bewegung und der Organisation der Proteste unterstützend wirken. Es kann die Entwicklungen allerdings nur fördern, die Proteste aber nicht auslösen.

→ *Das Internet hat eine unterstützende Funktion innerhalb der aktuellen Protestbewegung.*

Ich verifiziere diese Hypothese. Die Gründe sind oben und in Kapitel 13 bereits ausführlich dargelegt worden.

→ *Wenn die öffentlichen Massenmedien durch staatliche Institutionen kontrolliert und zensiert werden, dann eröffnet das Internet den Betroffenen einen alternativen Kommunikationsraum für den politischen Diskurs.*

Ich verifiziere diese Hypothese. Meine Argumente dafür habe ich bereits bei der Beantwortung der ersten und der dritten Forschungsfrage ausführlich erläutert.

→ *Wenn die Einwohner eines autoritären Staates die Ereignisse im Internet veröffentlichen, dann werden die Informationen weltweit zugänglich und damit wächst der Druck auf die Regierenden.*

Diese Hypothese hat sich ebenfalls als korrekt erwiesen (siehe Forschungsfrage 4).

Allerdings hat die Beschäftigung mit den nationalen Entwicklungen auch gezeigt, dass internationaler Druck und ausländische Kritik verhältnismäßig wenig am Verhalten der autokratischen Herrscher änderten. Verschiedene Interessen und Beziehungen bestimmen das Handeln der Machthaber, wie am Beispiel Bahrains besonders deutlich erkennbar ist (Kapitel 9). Iranische, saudische und US- amerikanische Interessen standen sich gegenüber und internationale Kritik wurde von der regierenden Monarchenfamilie ignoriert.

Nach der Niederschlagung der Proteste werden nun zahlreiche Regimekritiker inhaftiert und verurteilt.

Auch Syriens Präsident Assad zeigt sich weder vom erschreckenden Human Rights Watch Bericht noch von EU- Sanktionen beeindruckt und änderte nichts am gewaltsamen Vorgehen gegen die Bevölkerung.

DAS GESAMTPHÄNOMEN

→ *Wie stellen sich die jeweiligen nationalen Ausgangssituationen dar und inwieweit ist ein Zusammenhang zum Verlauf der Proteste erkennbar?*

Diese Frage wurde bereits in Kapitel 12 ausführlich erläutert.

Prinzipiell ist zu sagen, dass sich die Ausgangssituationen in den untersuchten Staaten in vielen Bereichen sehr voneinander unterscheiden. Trotzdem ergriff die Welle der Proteste alle diese autoritär regierten Staaten, deren hauptsächliche Gemeinsamkeit die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem nationalen Regime war bzw. ist.

→ *Handelt es sich um eine homogene Protestbewegung mit einheitlicher Zielsetzung oder um national abgegrenzte und agierende Bewegungen?*

Die Untersuchung der Proteste in den einzelnen Staaten hat ergeben, dass durchaus ein starkes Solidaritätsgefühl mit anderen Staaten besteht. Beispielsweise wurden im Iran und in Ägypten Solidaritätskundgebungen für die Demonstranten in Tunesien abgehalten.

Allerdings unterscheiden sich die jeweiligen nationalen Bewegungen im Vergleich voneinander, auch wenn ähnliche Ziele wie mehr politische Mitbestimmung und eine Verbesserung des Lebensstandards Forderungen aller sind.

→ *Hat in den Staaten bereits ein Transformationsprozess hin zu einem demokratischen System eingesetzt?*

Von einer beginnenden Transformation kann, wie oben erläutert, in Ägypten und Tunesien gesprochen werden. Dort hat die Erhebung großer Teile der Bevölkerung Erfolge gezeigt und den Rücktritt der amtierenden Regierungen und Präsidenten erzwungen.

Eine vollständige Entmachtung der alten Eliten und einen Wechsel des Regimes ist aber noch nicht abgeschlossen. Zweite Phase einer Transformation wäre die Demokratisierung des Systems. Erster Schritt in diese Richtung wären die geplanten freien Wahlen.

In den anderen Staaten sind die Machthaber bisher mit allen Mitteln bemüht, ihre Position zu halten. In Bahrain und dem Iran scheint die Revolution bereits gescheitert zu sein.

In Syrien, Libyen und dem Jemen findet sie noch statt.

Zwar fordern in allen Ländern große Teile der Protestbewegung Demokratisierung und politische Mitbestimmung. Alleine die Entmachtung der herrschenden Eliten dauert aber laut Kollmorgen (2.6) Jahre bis Jahrzehnte, der politisch- rechtliche Übergang der zweiten Transformationsphase drei bis fünf Jahre. Somit ist noch nicht abzusehen, ob es sich wirklich um Transformationsprozesse handelt, an deren Ende demokratische Systeme stehen werden.

→ *Bestimmte Gegebenheiten begünstigen die Erfolgsaussichten der Proteste, andere verschlechtern sie.*

Diese Hypothese kann nicht verifiziert werden, da die Komplexität der Sachverhalte eine pauschale Aussage nicht zulässt. (siehe Kapitel 12)

→ *Die Stärke der autokratisch Herrschenden und die Stabilität des Regimes hängen vor allem vom Verhalten und der Loyalität des Militärs und des Sicherheitsapparats ab.*

Diese Hypothese ist zu verifizieren.

Die Macht der autokratischen Herrscher in den untersuchten Staaten gründet sich auf ihre Armee und ihre Geheimdienste und nicht auf eine Legitimation durch die Bevölkerung.

Somit begünstigt es natürlich den Erfolg der Proteste und schwächt die Macht der Herrschenden, wenn die Armee und die Sicherheitskräfte nicht bereit sind, mit aller Härte gegen das eigene Volk vorzugehen und sich im besten Falle auf dessen Seite stellen (Beispiel Ägypten, zumindest bis zum Rücktritt Mubaraks).

Dieser Gefahr und der Instabilität ihrer Macht scheinen sich die Herrschenden durchaus bewusst zu sein: In Libyen setzt Gaddafi Söldnerarmeen ein, was die Wahrscheinlichkeit einer Solidarisierung mit der Bevölkerung reduziert. Gleiches gilt für Bahrain, wo der König zudem noch um die Entsendung saudischer Truppen bat, um die Proteste niederzuschlagen. In Syrien werden derzeit ebenfalls ausländische (iranische) Sondereinheiten zur Unterstützung der eigenen Sicherheitskräfte eingesetzt

→ In Tunesien und Ägypten kann bereits von einer beginnenden Transformation gesprochen werden, deren Ergebnis allerdings noch nicht abzusehen ist.

Dieser Hypothese stimme ich teilweise zu. Meine Argumente dafür habe ich bereits in der dritten Forschungsfrage zum Gesamtphänomen erläutert.

15. Quellenverzeichnis

Bücher

- **Albrecht**, Holger: 1001 Reform im Jemen. Wirtschaftsreform, Staat und Machterhalt, LIT Verlag, Hamburg 2002
- **Alavi**, Nasrin: Wir sind der Iran. Aufstand gegen die Mullahs- die junge persische Weblog-Szene, Kiepenheuer& Witsch, Köln 2005
- **Antoun**, Richard T.; Quataert, Donald (Hg.): Syria. Society, Culture and Polity, State University of New York Press, New York 1991
- **Arns**, Inke: Netzkulturen, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2002
- **Baker**, Jill (Hg.): Weltatlas und Länderlexikon, Tandem Verlag, Königswinter 2009
- **Bandzauner**, Gerald: Internet. Grundlagen und Anwendungen, Ueberreuter Verlag, Wien 1996
- **Beck**, Martin; Harders, Cilja; Jünemann, Annette; Stetter, Stephan (Hg.): Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009
- **Benz**, Arthur: Der moderne Staat, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, Oldenbourg 2001
- **Beyme**, Klaus von; Czemoiel, Ernst-Otto; Kielmansegg; Peter Graf; Schmoock, Peter: Politikwissenschaft. Eine Grundlegung. I. Theorien und Systeme, Verlag W. Kohlhammer, Weinheim 1987
- **Birnbaumer**, Susanne: Das politische System in der Theorie sozialer Systeme von Niklas Luhmann, Diplomarbeit, Wien 1994
- **Bruckberger**, Petra: Der Burgibismus. Ein Mann weist seinem Volk den Weg, Diplomarbeit, Wien 1992
- **Bucher**, Hans-Jürgen; Püschel, Ulrich (Hg.): Die Zeitung zwischen Print und Digitalisierung, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001
- **Burkhardt**, Roland: Kommunikationswissenschaft, Böhlau Verlag, Wien 2002
- **Carothers**, Thomas. The end of the transition Paradigm; In: Journal of Democracy 13 (1), 2002, S.5-21
- **Dean**, Lucy (Hg.): The Middle East and North Africa 2004, European Publication 2004
- **Devlin**, John F.: Syria. Modern state in an ancient land, Westview Press, Beckenham 1983
- **Digel**, Werner; Kwiatowski, Gerhard (Hg.): Meyers großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Bibliografisches Institut, Mannheim 1983

- **Eisel**, Stephan; Scholl, Mechthild (Hg.): Internet und Politik, Konrad Adenauer Stiftung, St- Augustin 1998
- **Eisenstein**, Cornelia: Meinungsbildung in der Mediengesellschaft. Eine theoretische und empirische Analyse zum Multi-Step Flow of Communication, Westdeutscher Verlag, Opladen 1994
- **Fleissner**, Peter; Romano, Vincente (Hg.): Digitale Medien- neue Möglichkeiten für Demokratie und Partizipation?, trafo Verlag, Berlin 2007
- **Gardner**, David: Letzte Chance. Der Nahe und Mittlere Osten am Scheideweg, Primus Verlag, Darmstadt 2010
- **Glemza**, Birgit: Die Problematik des Stabilitätsbegriffs und die Einordnung der politischen Stabilität in Belarus, Grin Verlag, Norderstedt 2006
- **Habuda**, Judith; Jennewein, Marga; Oppenländer, Karl Heinrich: Der Transformationsprozess in Ostmitteleuropa. Stärkung der Mikroebene angesagt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung München, ifo Studien zur Osteuropa- und Transformationsforschung, Weltforum Verlag, Köln 1996
- **Hackforth**, Josef: Sportmedien& Mediensport. Wirkung- Nutzung- Inhalte der Sportberichterstattung, Vistas Verlag, Berlin 1988
- **Heck**, Gerhard; Wöbcke, Manfred: Arabische Halbinsel, Dumont Reiseverlag, Bramsche 2005
- **Hensell**, Stephan: Die Willkür des Staates. Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009
- **Hinnebusch**, Raymond A.: Syria. Revolution from above, Routledge, New York 2001
- **Huntington**, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, University of Oklahoma Press 1991
- **Janosch**, Meike; Schomaker, Rahel (Hg.): Wasser im Nahen Osten und Nordafrika. Wege aus der Krise, Waxmann Verlag, Münster 2008
- **In der Smitten**, Susanne: Online- Vergemeinschaftung. Potentiale politischen Handelns im Internet, Verlag Reinhard Fischer, München 2007
- **Kersting**, Norbert: Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, VS Verlag, Wiesbaden 2008
- **Kollmorgen**, Raj (Hg.): Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche, LIT Verlag, Münster 2005
- **Krische**, Antonia: Tunesien unter Ben Ali von 1987 bis 2002: Das Scheitern einer demokratischen Systemtransformation, Diplomarbeit, Wien 2004

- **Kropp**, Sabine; Lauth, Hans- Joachim (Hg.): Gewaltenteilung und Demokratie. Konzepte und Probleme der „horizontal accountability“ im interregionalen Vergleich, Nomos Verlag, Baden- Baden 2007
- **Kruse**, Wolfgang: Die Französische Revolution, Schöningh Verlag, Paderborn 2005
- **Kutzner**, Stefan: Die Autonomisierung des Politischen im Verlauf der Französischen Revolution. Fallanalysen zur Konstituierung des Volkssouveräns, Waxmann Verlag, Münster 1997
- **Lauth**, , Hans- Joachim; Wagner, Christian (Hg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung, Schöningh Verlag, Paderborn 2009
- **Lindner**, Clausjohan: Kritik der Theorie der partizipatorischen Demokratie, Westdeutscher Verlag, Opladen 1990
- **Luhmann**, Niklas: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Opladen 1970
- **Meckel**, Miriam; Stanoevska- Slabeva: Web 2.0. Die nächste Generation Internet, Nomos Verlag, Baden- Baden 2008
- **Meinel**, Ute: Die Intifada im Ölscheichtum Bahrain 1994-98, LIT Verlag, Berlin 2002
- **Merkel**, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Lehrbuch, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010
- **Merten**, Klaus: Wirken sie wirklich, die Wirkungen der Massenkommunikation?, In: Deutsches Institut für Fernstudien (Hg.): Funkkolleg Medien und Kommunikation. Einführungsbrief, Weinheim/Basel 1990
- **Naghibzadeh**, Fathiyeh; Benl, Andreas: Nachholende Säkularisierung. Bilanz und Perspektiven der iranischen Freiheitsbewegung, In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung, Studienverlag, Innsbruck 2010
- **Nirumand**, Bahman: Der unerklärte Weltkrieg. Akteure und Interessen in Nah- und Mittelost, Booklett Verlag, Berlin 2007
- **Nirumand**, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Kiepenheuer und Witsch, Köln 2006
- **Nutz**, Daniel: Cyberdemokratie? Öffentlichkeit, Deliberation und Internet, Diplomarbeit, Wien 2005
- **Obeidi**, Amal: Political culture in Libya, Curzon Press, Surrey 2001
- **Pertthes**, Volker: Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch, Siedler Verlag, München 2006

- **Pickel**, Gert; Pollack, Detlef; Müller, Olaf; Jacobs, Jörg (Hg.): Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006
- **Plasser**, Fritz; Ulram, Peter A.: Transformation oder Stagnation? Aktuelle politische Trends in Osteuropa, Signum Verlag, Wien 2003
- **Rada**, Holger: Von der Druckerpresse zum Web-Server. Zeitungen und Magazine im Internet, Wissenschaftlicher Verlag, Berlin 1999
- **Radtke**, Günter D.: Teilnahme an der Politik. Bestimmungsgründe der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Ein empirischer Beitrag, Heggen Verlag, Leverkusen 1976
- **Röhrich**, Wilfried: Die politischen Systeme der Welt, C.H. Beck Verlag, München 1999
- **Schäfer**, Jan Michael: Protest in Ägypten. Wie Al Jazeera und andere Medien die Kifaya-Bewegung möglich machten, Franck& Timme Verlag, Berlin 2009
- **Scheck**, Frank Rainer; Odenthal, Johannes: Syrien. Hochkulturen zwischen Mittelmeer und arabischer Wüste, DuMont Verlag, Ostfildern 2009
- **Schmidt**, Manfred G.: Demokratietheorien, VS Verlag, Wiesbaden 2010
- **Schmitt**, Eberhard: Repräsentation und Revolution. Eine Untersuchung zur Genesis der kontinentalen Theorie und Praxis parlamentarischer Repräsentation aus der Herrschaftspraxis des Ancien régime in Frankreich (1760-1789), Verlag C.H. Beck, München 1969
- **Schulin**, Ernst: Die Französische Revolution, C.H. Beck, München 2004
- **Schwanitz**, Dietrich: Bildung. Alles, was man wissen muss, Goldmann Verlag, München 2002
- **South**, Coleman; Jermyn, Leslie: Syria. Cultures of the world, Marshall Cavendish International, New York 2006
- **Stykwow**, Petra: Vergleich politischer Systeme, Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2007
- **Thibaut**, Bernd: Präsidentialismus und Demokratie in Lateinamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im historischen Vergleich, Leske+ Budrich Verlag, Opladen 1996
- **United Nations Development Programme**: Arab Human Development Report 2009
- **Vandewalle**, Dirk: Libya since independence, Tauris& Co, London 1998
- **Versper**, Sebastian: Das Internet als Medium. Auftrittsanalysen und neue Nutzungsoptionen, Wissenschaftler Verlag, Lüneburg 1998
- **Von der Osten-Sacken**, Thomas (Hg.): Verratene Freiheit. Der Aufstand im Iran und die Antwort des Westens, Verbrecher Verlag, Berlin 2010

- **Vovelle**, Michel: Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, Oldenbourg Verlag, München 1982
- **Wahdat- Hagh**, Wahied: Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur, In: Grigat, Stephan; Hartmann, Simone Dinah (Hg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Studienverlag, Innsbruck 2008
- **Waldrauch**, Harald: Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen des osteuropäischen Regimewechsels, Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 36, 1996
- **Wöhler- Khalfallah**, Khadija Katja: Der islamische Fundamentalismus, der Islam und die Demokratie. Algerien und Tunesien: Das Scheitern postmoderner „Entwicklungsmodelle“ und das Streben nach einem ethnischen Leitfaden für Politik und Gesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004
- **Wolling**, Jens; Seiffert, Markus; Emmer, Martin (Hg.): Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess, Nomos Verlag, Baden- Baden 2010
- **Ziaei**, Ziaeddin: Ein Überblick über die Außenpolitik des Iran in vier Phasen (1939-2005), Dissertation, Wien 2007
- **Zimmermann**, Ekkhart: Evolutionärer und revolutionärer Wandel; In: Beyme, Klaus von; Czemoiel, Ernst-Otto; Kielmansegg; Peter Graf; Schmoock, Peter: Politikwissenschaft. Eine Grundlegung. I: Theorien und Systeme. Verlag W. Kohlhammer, Weinheim 1987, S.248-292
- **Zimpel**, Gisela: Der beschäftigte Mensch. Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation, Juventa Verlag, München 1970

Zeitungsartikel

- **Di Grazia**, Giuseppe; Knobbe, Martin; Reuter, Christoph; Streck, Michael; Operation Geronimo; In: Der Stern, Nr.19, 5.5.2011, S.32-57
- **Frefel**, Astrid: Bengasi, Routine abseits der Normalität; In: Der Standard, 20.04.2011, S.9
- **Harrer**, Gudrun: Ticker, Ägypten; In: Der Standard, 21.04.2011, S.4
- **Kaiys**, Miriam: Revolution, und was danach geschah; In: Unique, Mai 2011, S.6
- **Lambrecht**, Elisabeth: Von der Hoffnung auf einen besseren Morgen; In: Unique, Mai 2011, S.7
- **Markl**, Florian: Proteste in Bahrain,; In: Unique, Mai 2004, S.5

- **Mohammad-Assad**, Soma: Islam oder Laizität; In: Unique, Mai 2011, S.4
- **Wandler**, Reiner: Ben Ali im Visier der Justiz. Tunesische Justiz- Kommission ermittelt gegen Clan; In: Der Standard, 20.04.2011, S.9

Sonstiges

Harrer, Gudrun (2011): Vortrag „Umbrüche im Nahen Osten“ am 24.03.2011 an der Universität Wien

Internetquellen

- Al Jazeera

<http://english.aljazeera.net/indepth/spotlight/tunisia/2011/01/201114142223827361.html>,

Zugriffsdatum: 16.06.2011, Rifai, Ryan: Timeline: Tunisia' s uprising, 23.01.2011

<http://english.aljazeera.net/programmes/2011/02/201121310411102992.html> ,

Zugriffsdatum: 19.06.2011, Egypt burning, 24.02.2011

<http://english.aljazeera.net/programmes/peopleandpower/2011/03/201138153916892448.html>

Zugriffsdatum: 20.06.2011, Bahrain: Fighting for change, 09.03.2011

<http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/03/2011314124928850647.html>,

Zugriffsdatum: 20.06.2011, Saudi soldiers sent into Bahrain, 15.03.2011

<http://english.aljazeera.net/video/middleeast/2011/06/2011617202014432762.html>,

Zugriffsdatum: 20.06.2011, Anti-government protests continue in Yemen, 17.06.2011

- Amnesty International

<http://www.amnesty.de/umleitung/2007/deu03/132?lang=de%26mimetype%3dtext%2fhtml>,

Zugriffsdatum: 24.06.2011, Syrien Jahresbericht 2007

- ARD

<http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=6613166>,

Zugriffsdatum: 22.06.2011, Libyen- junge Demokratiebewegung, 01.03.2011

- Bertelsmann

<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/>, Zugriffsdatum: 09.06.2011, .

Bertelsmann Transformation Index

www.bertelsmann-transformation-index.de, Zugriffsdatum: 14.06.2011, Bertelsmann

Transformation Index 2010, Rankingtabelle

- Bundeszentrale für politische Bildung

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=QDXE3G, Zugriffsdatum: 22.06.2011,

Kogelmann, Franz: Libyen, 2002

http://www.bpb.de/themen/EUC3AF,0,0,B%FCrgerkrieg_in_Libyen.html, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Bürgerkrieg in Libyen, 11.05.2011

- CNN

<http://www.cnn.com/2011/WORLD/meast/03/20/middle.east.africa.unrest/index.html?iref=allsearch>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Unrest in the Middle East and North Africa, country by country, 20.03.2010

- Die Presse

http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/661985/Geografie-des-Wandels_Von-Tunis-bis-Manama?_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/635829/index.do&direct=635829, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Dumbs, Helmar: Chronologie des Wandels- Von Tunis bis Manama, 13.05.2011

http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/671714/Syrien_Neue-Unruhen-nach-AssadRede?_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/635829/index.do&direct=635829, Zugriffsdatum: 25.06.2011, Gehlen, Martin: Syrien- Neue Unruhen nach Assad- Rede, 20.06.2011

- Die Welt

<http://www.welt.de/politik/ausland/article12565354/Libysche-Demonstranten-fordern-Gaddafis-Sturz.html>, Zugriffsdatum: 23.06.2011, Libysche Demonstranten fordern Gaddafis Sturz, 16.02.2011

<http://www.welt.de/kultur/article8045933/Ihr-habt-Waffen-aber-wir-haben-Handys.html>, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Piecha, Oliver M.: Grüne Revolution im Iran- Ihr habt Waffen, aber wir haben Handys, 15.06.2010

- Die Zeit

<http://www.zeit.de/digital/internet/2011-01/tunesien-zensur-facebook>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Kühl, Eike: Twitter Revolution- Tunesien zensiert das Internet, 13.01.2011
<http://www.zeit.de/2011/12/Iran-Proteste-Ebadi/seite-1>, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Ladurner, Ulrich: Proteste im Iran- „Das Volk wird die Geduld verlieren“- Interview mit Shirin Ebadi, 17.03.2011

- Financial Times Deutschland

<http://www.ftd.de/politik/international/:aufstand-im-nahen-osten-ein-toter-bei-protesten-im-iran/60012404.html>, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Aufstand im Nahen Osten- Ein Toter bei Protesten im Iran, 15.02.2011

<http://www.ftd.de/politik/international/:aufruhr-in-vorderasien-arabiens-gefaehrlichste-revolution-im-jemen/60029959.html>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Arabiens gefährlichste Revolution im Jemen, 23.03.2011

- Focus

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/wahl-in-aegypten-opposition-spricht-von-wahlbetrug_aid_579324.html, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Wahl in Ägypten- Opposition spricht von Wahlbetrug, 06.12.2010

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/naher-osten-blutige-proteste-im-jemen-und-bahrain-aid_601367.html, Zugriffsdatum: 2006.2011, Naher Osten- Blutige Proteste im Jemen und Bahrain, 18.02.2011

- Frankfurter Allgemeine Zeitung

<http://www.faz.net/artikel/C31325/jemen-im-geflecht-der-staemme-30061582.html>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Lerch, Wolfgang Günther: Jemen- Im Geflecht der Stämme, 20.06.2010

- Freehouse Homepage

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=1>, Zugriffsdatum: 09.06.2011, Freedom House Index

www.freedomhouse.org, Zugriffsdatum: 14.06.2011, Map of Freedom

- GEO

<http://www.geo.de/GEO/kultur/gesellschaft/67453.html>, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Carstens, Peter: „Ich habe nie jemanden von Demokratie sprechen hören“, 21.02.2011

- Guardian

<http://www.guardian.co.uk/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline>, Zugriffsdatum: 14.06.2011, Blight, Garry (2011): The path of protest

<http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/14/middle-east-iran-bahrain-yemen>, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Black, Ian: Arrests and deaths as Egypt protest spreads across Middle East, 14.02.2011

<http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/15/middle-east-unrest#block-11>,

Zugriffsdatum: 18.06.2011, Protests in Middle East, 15.02.2011

<http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/27/tunisian-prime-minister-ghannouchi-resigns>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Wilsher, Kim: Tunisian Prime Minister Mohamed Ghannouchi resigns amid unrest, 27.02.2011

<http://www.guardian.co.uk/world/2011/mar/13/iran-child-soldiers-tehran-protests>,

Zugriffsdatum: 18.06.2011, Tait, Robert: Iran 'using child soldiers' to suppress Tehran protests, 13.03.2011

<http://www.guardian.co.uk/world/2011/mar/19/libya-air-strikes-gaddafi-france>,

Zugriffsdatum: 22.06.2011, McGreal, Chris: Allied strikes sweep Libya as west intervenes in conflict, 20.03.2011

<http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/03/yemen-clashes-ali-abdullah-saleh?intcmp=239>,

Zugriffsdatum: 20.06.2011, Black, Ian: Yemen slides towards all-out war after President Saleh survives rocket attack, 04.06.2011

- Handelsblatt

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/aegypten-erwartet-proteste-mit-einer-million-demonstranten/3820052.html>, Zugriffsdatum: 19.06.2011, Krisenherd Naher Osten.

Ägypten erwartet Proteste mit einer Million Demonstranten, 31.01.2011

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/menschen-lassen-sich-den-mund-nicht-mehr-verbieten/3830744.html>, Zugriffsdatum: 19.06.2011, Umbruch im Nahen Osten-

Menschen lassen sich den Mund nicht mehr verbieten, 12.02.2011

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/tunesien-verschiebt-wahlen-auf-oktober/4266036.html>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Tunesien verschiebt Wahlen auf Oktober, 08.06.2011

- n24

http://www.n24.de/news/newsitem_6676694.html, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Nasrawi, Salah: Lage eskaliert in Libyen- Sicherheitskräfte richten Blutbäder an, 20.02.2011

- Neue Züricher Zeitung

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/fluch_der_unvollkommenheit_1.9512836.html,

Spillmann, Markus: Fluch der Unvollkommenheit, 14.02.2011

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/ereignisse_die_sich_nicht_mehr_vergessen_lassen_1.9814456.html, Zugriffsdatum: 10.06.2011, Münkler, Herfried: Ereignisse, die sich nicht mehr vergessen lassen, 09.03.2011

http://www.nzz.ch/kriegsrecht_in_bahrain_1.9912198.html, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Kriegsrecht in Bahrain, 16.03.2011

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/mit_saudischen_truppen_gegen_bahrains_%20schiiten_1.9958978.html, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Rogg, Inga: Mit saudischen Truppen gegen Bahrains Schiiten, 20.03.2011

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/koenig_von_bahrain_kuendigt_aufhebung_des_%20notstands_an_1.10511548.html, Zugriffsdatum: 20.06.2011, König von Bahrain kündigt Aufhebung des Notstands an, 08.05.2011

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/ausnahmezustand_in_bahrain_aufgehoben_1.10782219.html, Zugriffsdatum: 20.06.2011, 01.06.2011

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/sanaa_im_freudentaumel_1.10822892.html, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Sanaa im Freudentaumel, 05.06.2011

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/jemen_20juni_1.10988660.html, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Zehntausende in Jemen fordern Einsetzung von Übergangsrat, 20.06.2011

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/libyen_verletztmenschenrechte_1.6214764.html, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Mathari, Annegret: Libyen verletzt nach wie vor Menschenrechte, 23.06.2010

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrien_rafik_schami_interview_1.10045956.html, Zugriffsdatum: 24.06.2011, „Kinder haben die syrische Revolution gezündet“, 28.03.2011

- News

<http://www.news.at/articles/1117/19/295270/stammesvertreter-gaddafi-fuer-libyen-demokratie>, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Stammesvertreter geben Gaddafi auf: Für ein geeintes Libyen und Demokratie, 27.04.2011

- ntv

<http://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Gaddafi-Clan-lebt-in-Saus-und-Braus-article2692306.html>, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Armut in Libyen- Gaddafi Clan lebt in Saus und Braus

- Open Net Initiative

<http://opennet.net/>, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Forschungsplattform der OpenNet Initiative

<http://map.opennet.net/filtering-IT.html>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Global Internet Filtering Map

<http://map.opennet.net/filtering-IT.html>, Zugriffsdatum: 19.06.2011, Map of Filtering

<http://opennet.net/research/profiles/iran>, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Iran, 16.06.2009

<http://opennet.net/research/profiles/egypt>, Zugriffsdatum: 18.06.2011, Egypt, 06.08.2009

<http://opennet.net/research/profiles/bahrain>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Bahrain, 06.08.2009

<http://opennet.net/research/profiles/libya>, Zugriffsdatum: 23.06.2011, Libyen, 06.08.2009

<http://opennet.net/research/profiles/tunisia>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Tunisia, 07.08.2009

<http://opennet.net/research/profiles/yemen>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Yemen, 07.08.2009

<http://opennet.net/research/profiles/syria>, Zugriffsdatum: 25.06.2011, Syrien, 07.08.2009

- Planet Wissen

<http://www.planet->

[wissen.de/laender/leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/gruene_revolution.jsp](http://www.planet-wissen.de/laender/leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/gruene_revolution.jsp),

Zugriffsdatum: 18.06.2010, Kaufmann, Sabine: Die Grüne Revolution, 18.01.2010

- Reporter ohne Grenzen

<http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/die-neue-rangliste-2010.html>,

Zugriffsdatum: 21.06.2011, Rangliste der Pressefreiheit weltweit vom 20.10.2010

<http://www.reporter-ohne->

[grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews\[tt_news\]=1124&tx_ttnews\[backPid\]=59#1124](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews[tt_news]=1124&tx_ttnews[backPid]=59#1124),

Zugriffsdatum: 21.06.2011, ROG verurteilt Angriffe gegen Medienvertreter und Ausweitung der Internetzensur, 23.02.2011

- Spiegel Online

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,742232,00.html>,

Zugriffsdatum: 19.06.2011, Kremp, Matthias: Totalabschaltung- Wie Ägypten aus dem Internet verschwand, 28.01.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,742607,00.html>, Zugriffsdatum: 24.06.2011, Assad erklärt Syrien für „stabil“, 31.01.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,743026,00.html>, Zugriffsdatum: 24.06.2011, Oppositionelle in Algerien und Syrien formieren sich, 01.02.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,747115-2,00.html>, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Freiburg, Frederike: Machtstruktur in Libyen, 22.02.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,756041,00.html>, Zugriffsdatum: 19.06.2011, Blutige Unruhen- Arabische Regime fürchten die Wut der Massen, 09.04.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,756078,00.html>, Zugriffsdatum: 19.06.2011, Tahrir Platz- Ägyptisches Militär droht Demonstranten mit Gewalt, 09.04.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,768805,00.html>, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Gaddafi- Sohn schlägt schnelle freie Wahlen vor, 16.06.2011

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,770417,00.html>, Zugriffsdatum: 25.06.2011, EU verschärft Sanktionen gegen Syrien, 24.06.2011

- Stern

<http://www.stern.de/politik/ausland/netzsperre-in-aegypten-groesste-internet-blockade-aller-zeiten-1648193.html>, Zugriffsdatum: 19.06.2011, Netzsperre in Ägypten- Größte Internet-Blockade aller Zeiten, 28.01.2011

- Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-in-tunesien-von-der-strasse-ins-netz-1.1046518>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Weiss, Marlene: Von der Straße ins Netz, 14.01.2011

<http://www.sueddeutsche.de/politik/wandel-im-nahen-osten-kochtoepfe-und-demokratie-1.1066016>, Zugriffsdatum: 14.06.2011, Fischer, Joschka: Kochtöpfe und Demokratie. Wandel im Nahen Osten und Nordafrika, 28.02.2011

<http://www.sueddeutsche.de/politik/aufstand-in-syrien-assads-truppen-ruecken-an-tuerkische-grenze-vor-1.1111871>, Zugriffsdatum: 25.06.2011, Assads Truppen rücken an türkische Grenze vor, 24.06.2011

- Tagesschau

<http://www.tagesschau.de/ausland/jemenfrauen100.html>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Durm, Martin: Jemens Frauen trotzen Saleh- Protest trotz pechschwarzer Schleier, 10.06.2011

- United Nations Development Programm

<http://arabstates.undp.org/>, Zugriffsdatum: 14.06.2011, United States Development Programm, Arab States

<http://www.undp-pogar.org/countries/theme.aspx?t=2&cid=22#sub4>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Programme on Governance in the Arab region- Yemen Civil Society- Media and government regulations

<http://www.undp-pogar.org/countries/theme.aspx?t=2&cid=10>, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Programme on Governance in the Arab region- Libya Civil Society- Media and government regulations

<http://www.undp.org.ye/y-profile.php>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Country Profile Yemen, 29.03.2011

<http://www.undp.org.bh/aboutbahrain.html>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Country Profile Kingdom of Bahrain

- Welt in Zahlen

<http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=91>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Jemen, 01.04.2007

- Wikipedia

http://de.wikipedia.org/wiki/Internetzensur_im_Iran, Zugriffsdatum: Januar 2011,

Internetzensur im Iran

http://de.wikipedia.org/wiki/Iranische_Pr%C3%A4sidentschaftswahlen_2009,

Zugriffsdatum: 18.06.2011, Iranische Präsidentschaftswahl 2009

http://de.wikipedia.org/wiki/Revolution_in_%C3%84gypten_2011#Gewaltsame_Eskalation,

Zugriffsdatum: 19.06.2011, Revolution in Ägypten

<http://de.wikipedia.org/wiki/Jemen>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Jemen

http://de.wikipedia.org/wiki/Proteste_im_Jemen_2011, Zugriffsdatum: 20.06.2011,

Proteste im Jemen

http://de.wikipedia.org/wiki/Revolte_in_Syrien_2011, Zugriffsdatum: 24.06.2011,

Revolte in Syrien 2011

- wissen.de

<http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/services/nachrichten/ftd/PW/60004129.html>,

Zugriffsdatum: 19.06.2011, Ägyptens Revolution aus dem Internet, 28.01.2011

- Wissen Digital

http://www.wissen-digital.de/Jemen_%28Geschichte%29, Zugriffsdatum: 20.06.2011,

Jemen Geschichte

<http://www.wissen-digital.de/Bahrain>, Zugriffsdatum: 20.06.2011, Bahrain

- ZDF

[#/beitrag/video/1289264/Chronologie-der-Ereignisse-in-Libyen](http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1289264/Chronologie+der+Ereignisse+in+Libyen),

Zugriffsdatum: 22.06.2011, Chronologie der Ereignisse in Libyen

- Sonstige Internetquellen (alphabetisch geordnet)

<http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJOE6BI06U20101219>, Zugriffsdatum: 15.06.2011,

Witnesses report rioting in Tunisian town, Artikel vom 19.12.2010 auf der Reuters Africa Homepage

<http://www.alsharq.de/2011/03/unruhen-in-syrien-daraa-das-syrische.html>, Zugriffsdatum:

24.06.2011, Unruhen in Syrien, Artikel vom 24.06.2011 auf der Homepage von „Naher und Mittlerer Osten“

<http://www.barbara-lochbihler.de/iran/twitter-facebook-und-die-gruene-revolution.html>,

Zugriffsdatum: 18.06.2011, Twitter, Facebook und die Grüne Revolution, Beitrag auf der Homepage von Barbara Lochbihler

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/183282/umfrage/internetfreiheit-weltweit-nach-dem-freedom-house-index/>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Freedom House Index

Internetfreiheit weltweit, Beitrag aus dem Jahre 2011 von der Statista Homepage

<http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Der-Mut-der-Verzweiflung-id4173147.html>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Tunesien- Der Mut der Verzweiflung, Artikel vom 16.01.2011 auf der Homepage der WAZ Mediengruppe

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1370831/>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Noll, Andreas: Per SMS in die Freiheit, Artikel vom 22.01.2011 auf der Deutschlandfunk Homepage

<http://www.geheimnisse-des-himalaya.de/2011/02/12/umbruch-im-nahen-osten-ein-zweiter-herbst-89/>, Zugriffsdatum: 14.06.2011, Umbruch im Nahen Osten: Ein zweiter Herbst 1989?, auf der Homepage Geheimnisse des Himalaya. Politik, Musik, Sport und noch viel mehr...

<http://www.hrw.org/en/reports/2011/06/01/we-ve-never-seen-such-horror>, Zugriffsdatum: 24.06.2011, We´ve never seen such horror, Beitrag vom 01.06.2011 auf der Human Rights Watch Homepage

<http://www.indexmundi.com/g/g.aspx?c=ly&v=118&l=de>, Zugriffsdatum: 23.06.2011, Diagramm Internetnutzer Libyen auf der Index Mundi Homepage

<http://www.kas.de/wf/de/21.50/>, Zugriffsdatum: 14.06.2011, Umbrüche im Maghreb und im Nahen Osten, Beitrag auf der Homepage der Konrad Adenauer Stiftung

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,560927>, Zugriffsdatum: 22.06.2011, Libyen- eine Chronologie der Ereignisse, Artikel vom 23.02.2011 auf der Homepage der OÖ Nachrichten

<http://www.netzeitung.de/sport/368453.html>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Kritik an der Internetzensur in Tunesien, Beitrag vom 18.11.2005 auf der Homepage der Netzeitung

<http://politik-digital.de/Aegypten-Internet-Social-Media-Twitter-Facebook>, Zugriffsdatum: 19.06.2011, Wenzel, Steffen: Das Internet und die Proteste in Ägypten, Artikel vom 11.02.2011 auf der Politik- Digital Homepage

<http://www.pushthebutton.de/2011/02/07/tunesische-bloggerin-lina-ben-mhenni-das-internet-spielt-eine-fuhrende-rolle-fur-die-revolution/>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Tunesische Bloggerin Lina Ben Mhenni: "Das Internet spielt eine führende Rolle für die Revolution.", Artikel vom 07.02.2011 im Blog von Hardy Prothmann

<http://www.suite101.de/content/tunesien-innenminister-sichert-internet--und-pressefreiheit-zu-a98717>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Geyer, Elke: Tunesien- Innenminister sichert Internet- und Pressefreiheit zu, Artikel vom 22.01.2011 auf der Homepage von Suite 101

<http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/aegypten/aegypten-geschichte.php>,

Zugriffsdatum: 18.06.2011, Ägyptens Geschichte, Beitrag auf der Transafrika Homepage

<http://www.tunispro.de/tunesien/internet-in-tunesien.htm>, Zugriffsdatum: 16.06.2011, Internet

in Tunesien, Beitrag auf der Homepage Tunis Pro

<http://www.wz-newsline.de/home/leitartikel/das-maerchen-von-der-internet-revolution-1.565621>, Zugriffsdatum: 27.06.2011, Vogler, Martin: Das Märchen von der Internet-

Revolution, Beitrag vom 01.02.2011 auf der Homepage der Westdeutschen Zeitung

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit hat den aktuellen gesellschaftlichen Wandel im Nahen Osten und Nordafrika zum Thema.

Die Protestbewegung, die sich seit Ende Dezember 2010 ausgehend von Tunesien auf diverse arabische Staaten ausbreitete, wird im Hinblick auf zwei Bereiche untersucht:

Zum einen erfolgt eine Auseinandersetzung mit der Rolle, die das Internet für die gesamte Protestbewegung spielt und dem Stellenwert, den es innerhalb der autokratischen Staatssysteme für die politische Partizipation einnimmt.

Zum anderen wird das Phänomen der Protestwelle insgesamt untersucht. Hierbei geht es um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ausgangssituationen und Protestverläufen der ausgewählten Staaten.

Die in der Arbeit verwendete Methode ist die Literatur- und Internetrecherche; das Studium und die Analyse von wissenschaftlicher Sekundärliteratur, Internetquellen, Reportagen, Artikeln und Interviews.

Im theoretischen Teil werden verschiedene Arten politischer Systemen dargestellt und ausgeführt, welche Faktoren die Implementierung von Demokratie begünstigen und auf welchem Wege Systeme verändert werden können. Zudem werden die Grundlagen der Transformationsforschung erläutert: Die theoretische Fundierung, begünstigende Faktoren, die Transformationsphasen und bedeutende historische Transformationsprozesse.

Außerdem werden Eigenschaften und Potentiale des Internets diskutiert.

Der dritte Teil der Arbeit widmet sich dem Umbruch bzw. den Umbrüchen im Nahen Osten: Zu den sieben ausgewählten Staaten Tunesien, Ägypten, dem Jemen, dem Iran, Bahrain, Libyen und Syrien werden die historische Entwicklung, die nationalen Voraussetzungen, der Verlauf der Proteste und die Rolle des Internets erläutert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Internet in autoritär regierten Staaten neue Formen der politischen Partizipation ermöglichen kann. Es kann die Protestbewegung unterstützen, ist aber für diese nicht existentiell.

Obwohl sich die untersuchten Ausgangssituationen in vielen Bereichen sehr voneinander unterscheiden, ergriff die Welle der Proteste all diese autoritär regierten Staaten, deren hauptsächliche Gemeinsamkeit die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem nationalen Regime war bzw. ist.

Lebenslauf Katharina Meltzow

Geboren am 31. Dezember 1984 in Wien,
österreichische und deutsche Staatsbürgerin

Akademische Ausbildung

- 10/05-04/09 Bakkalaureatsstudium der **Publizistik** an der Universität Wien mit den Praxisfeldern „Public Relations“ und „Feministische Kommunikationsforschung“
- 03/08-01/11 Bachelorstudium der **Kultur- und Sozialanthropologie** an der Universität Wien mit dem Erweiterungscurriculum „Deutsche Philologie“
- 04/09-11/10 Masterstudium **Publizistik** an der Universität Wien. Masterarbeit: „Die Thematisierung nachbarschaftlicher Beziehungen im Kontext der Europäisierung am Beispiel der Darstellung Deutscher in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen während der Fußball- Weltmeisterschaft 2010“
- 10/09-... Masterstudium **Politikwissenschaft** an der Universität Wien. Masterarbeit: „Politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse im Nahen Osten“
- ab 03/11 Doktoratsstudium der **Sozialwissenschaften**

Berufliche Tätigkeiten

- 04/01 Praktikum an der **Grundschule** Kall
- 09/02-11/05 Erteilen von **Nachhilfe** in den Fächern Deutsch und Englisch
- 03/02-06/05 Redaktionelle Mitarbeit bei der Jugendsendung des **Bürgerradios** Euskirchen
- 06/03-08/03 Praktikum bei der AWO (karitative Organisation) als **Deutschlehrerin** für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache
- 07/04 Praktikum beim **Westdeutschen Rundfunk** (Produktion und Redaktion)
- 09/06-01/07 **Kultur – PR –Assistenz** für zwei Theaterstücke im Künstlerhaus (Journalistenrecherche, Kontaktaufnahme, Presseaussendung und Journalistenbetreuung vor Ort)
- 01/07-09/07 **Callcentertätigkeit** beim Meinungsforschungsinstitut Triconsult
- 06/08-08/08 Praktikum in der **PR – Agentur** „Public Health PR“
- 09/08-05/09 Mitarbeiterin des „Costumer Sales Service Center“ der **Ersten Bank**
- 07/09-09/09 Praktikum in der **PR- Agentur** „Public Health PR“
- 07/10-02/11 PR-Assistenz in der **PR- Agentur** „Public Health PR“

Sprachen

- Englisch Fließend in Wort und Schrift
- Spanisch Fließend in Wort und Schrift
- Französisch Gute Kenntnisse
- Italienisch Grundkenntnisse
- Lateinisch Großes Lateinum